

d'Lëtzeburger **Land**

Reise

Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#44 65. Jahrgang 2. November 2018



5 453000 174663



4,00€

Reibungs- und Leckverlust

Noch zehn bis 15 Jahre lang bleibt landesweit viel in den Wasser- und Abwasserbereich zu investieren. Aber ist er auch sinnvoll organisiert?

La passion d'un promoteur

Dans les années 1970 et 1980, Willy Hein (1934-2018) apparaît comme le promoteur de confiance du pouvoir politique. Puis il s'enfonce dans la Place de l'Étoile

Book lounge, free wifi

Une visite à la Maison du livre – ou Luxembourg Learning Centre –, à Belval, qui donne une idée de ce que l'accès au savoir veut dire aujourd'hui : meubles design et accès gratuit à Internet rapide

Photo : Trash Picture Company

Reibungs- und Leckverluste

Noch zehn bis 15 Jahre lang bleibt viel in den Wasserbereich zu investieren. Aber ist er auch sinnvoll organisiert?

Peter Feist

Vergangene Woche erstatteten staatliche Verwaltungen Vertretern von DP, LSAP und Grünen in Vorgesprächen zu Koalitionsverhandlungen Bericht über ihre Ressorts. Am Donnerstag war die Reihe am Wasserwirtschaftsamt. Als Formateur Xavier Bettel (DP) am Abend sagte, „es muss noch viel in die Infrastruktur investiert werden“, habe er den Wasserbereich gemeint, glaubt Jean-Paul Lickes, der Direktor des Wasserwirtschaftsamts. „Wir waren an dem Tag die einzige Verwaltung, die mit Investitionen zu tun hat, und ich habe gesagt, in den Wasserbereich müsse noch zehn bis fünfzehn Jahre lang viel investiert werden.“

Dass das noch derart lange so sein soll, erscheint nicht gleich einleuchtend. Zwar hatte die für die Wasserpolitik zuständige Umweltministerin Carole Dieschbourg (Grüne) im März eine Studie präsentiert, laut der Mitte der 2030-er Jahre in Luxemburg das Trinkwasser knapp werden könnte. Selbst wenn bis 2021 die Aufbereitungsanlage am Stausee in ihrer Tages-Kapazität um 40 000 Kubikmeter ausgebaut sein wird und die Gesamtkapazität im Lande, alle Quellen eingeschlossen, dann 218 000 Kubikmeter beträgt. Dieschbourg deutete an, die Gewinnung von Trinkwasser aus der Mosel durch Uferfiltration prüfen zu lassen. Griffe man darauf tatsächlich zurück, würde das vermutlich teuer. Die Ministerin stellte außerdem die Grundzüge einer Strategie vor, wie sich über die nächsten zwei Jahrzehnte der Wasserverbrauch durch unterschiedlich einschneidende Maßnahmen um 14 bis 31 Prozent senken lassen könnte. Manche davon würden Investitionen erfordern – so dass es alles in allem verständlich erscheint, dass in der Trinkwasserversorgung viel zu tun bleibt.

Aber andererseits hob im Sommer die EU-Kommission die Strafe auf, zu der der EU-Gerichtshof Luxemburg vor fünf Jahren verurteilt hatte: Weil zwei große Kläranlagen nicht der EU-Siedlungswasserrichtlinie entsprachen, musste der Luxemburger Staat gleich nach dem Urteil zwei Millionen Euro an den EU-Haushalt abführen und anschließend 2 800 Euro für jeden Tag, der bis zur „Konformität“ verging. Erreicht war die, als der Neubau der Kläranlage Bleesbrück fertig war. Ihr Betreiber, das interkommunale Nord-Abwassersyndikat Siden, hatte es sogar geschafft, Bleesbrück zwölf Monate früher als geplant auf den Stand zu bringen, den die EU-Regeln verlangen. Die Strafrechnung fiel am Ende mit insgesamt 6,2 Millionen Euro kleiner aus als befürchtet. Gibt es dennoch auch im Abwasserbereich noch viel zu tun?

Anscheinend vor allem dort. Unter die EU-Siedlungswasserrichtlinie fallen nur große Kläranlagen. Bleesbrück ist eine der größten im Land. Was nun ansteht, sind Neubau oder Renovierung kleiner und mittlerer Anlagen, die meist 30 Jahre oder älter sind. Und es stellt sich die Frage, was mit jenen 107 Klärwerken wird, die ebenfalls alt sind und so klein, dass ihre Kapazität nur 100 bis 200 „Einwohner-Gleichwerten“ entspricht – ein technisches Maß für die Abwasserlast. Außerdem arbeiten die 107 Anlagen rein mechanisch, bei starkem Regen können abgelagerte Sedimente aus solchen Klärbecken in die Bäche geschwemmt werden. Und: 2017 waren 14 126 Einwohner noch an gar keine Kläranlage angeschlossen, hielt das Wasserwirtschaftsamt in seinem Jahresbericht fest. Ihre Abwässer wer-

den in Sickergruben gesammelt, die regelmäßig leergepumpt werden.

Ende 2015 machte ein Wasserbewirtschaftungsplan vor allem im Abwasserbereich Handlungsbedarf aus, der stark ins Geld schlug: Von einem geschätzten Investitionsaufwand von 1,51 Milliarden Euro im ganzen Wassersektor bis zum Jahr 2021 seien 1,1 Milliarden für Abwasser nötig. Rund 500 Millionen Euro allein für Kläranlagen, der Rest für die Renovierung maroder Abwasserkanäle und für den Bau von Abwasser-Pumpwerken und Regenwasser-Überlaufbecken.

„Bei der Umsetzung des Bewirtschaftungsplans tut sich schon was“, sagt Jean-Paul Lickes. Im Abwasserbereich seien zum 1. März dieses Jahres von insgesamt 1 257 Vorhaben 49 abgeschlossen und 631 „in Umsetzung“ gewesen. Von Letzteren seien mittlerweile „einige fertig und bloß noch nicht eingeweiht“. Darunter sind 23 Kläranlagen-Neubauten und 21 Ausbauten.

Allerdings läuft Luxemburg der Entwicklung hinterher. Auch bei den großen Kläranlagen: Kürzlich ausbaute und modernisierte sind mittlerweile schon wieder zu klein. „Für die Anlagen in Petingen und in Esch arbeiten wir an den Finanzierungsgesetzen zum Ausbau“, sagt Lickes. Und werde die Beggener Kläranlage, die mit Abstand größte im Land, demnächst fertig modernisiert, werde gleich danach auch für sie das Finanzierungsgesetz zum Ausbau nachgeschoben, „weil auf dem Kirchberg und im Ban de Gasperich so viel Abwasser neu hinzukommt“. Aus Sicht des Wasserwirtschaftsamts sei „das Wachstumstempo Luxemburgs schwindelerregend“. Zumal nun die großen Kläranlagen mit einer „vierten Reinigungsstufe“ nachgerüstet werden sollen. Sie würde auch Mikroschadstoffe aus dem Abwasser filtern, darunter Medikamentenrückstände, Reste von Seifen, Shampoos und organischen Chemikalien überhaupt. „Leider kann man solche Lösungen nicht von der Stange kaufen“, sagt Lickes. Man müsse sie für jede Anlage einzeln konzipieren, je nachdem, welche Art von Abwasser dort anfällt. „Ist ein Krankenhaus im Einzugsbereich, hat das Abwasser eine andere Zusammensetzung als wenn zum Beispiel ein Schlachthof da steht.“

Dass die großen Kläranlagen nun regelkonform sind, täuscht: Nun muss viel Geld in kleine und mittelgroße gesteckt werden. Und 14 000 Einwohner haben noch gar keinen Kläranlagenanschluss



Transport von Wasserproben in der Kläranlage in Beggen. Sie ist die mit Abstand größte Kläranlage des Landes



Ist die Beggener Kläranlage fertig modernisiert, muss voraussichtlich gleich ein Finanzierungsgesetz zu ihrem Ausbau nachgeschoben werden



Gut möglich ist aber, dass die Umsetzung dieser Pläne in der neuen Legislaturperiode nicht nur vom Geld abhängig sein wird. Oder besser: dass sich mit dem Geld auch politische Fragen verbinden. Der DP-LSAP-Grüne-Regierung war es viel besser als ihrer Vorgängerin gelungen, Wasserpolitik als Wasserschutzpolitik zu betreiben. Schutzgebiete um Trinkwasserquellen wurden ausgewiesen, Anrainer aus der Landwirtschaft nach und nach zur Mitarbeit beim Quellschutz gewonnen. Die Renaturierung von Bach- und Flussbetten wurde vorangetrieben – wobei katastrophale Überschwemmungen im Ernzal im Sommer 2016 und im Müllerthal dieses Jahr zeigten, dass begradigte und betonierte Wasserläufe das Hochwasserrisiko steigern.

Dagegen war unter der CSV-LSAP-Regierung vor allem über den Wasserpreis und sein „Kostendeckungsprinzip“ diskutiert worden. Was unter anderem an Versprechen von CSV-Premier Jean-Claude Juncker lag: Erst stellte er der Landwirtschaft einen „landesweiten Einheitspreis“ von einem Euro pro Kubikmeter Trinkwasser in Aussicht. Dann zählte Ende 2011, nachdem die Tripartite gescheitert war und die CSV-LSAP-Regierung den Index zu manipulieren beschlossen hatte, zu Junckers Versprechen auf soziale Kompensationen auch eine „landesweite Sozialstaffelung“ im Wasserpreis. Die Nord-CSV und ihr Wortführer Aly Kaes, *député-maire* aus Tandel und Präsident des Abwasser-Syndikats Siden, verlangten darüber hinaus generell landesweit einheitliche Wasserpreise für Landwirtschaft, Industrie und alle anderen Verbraucher. Der damals fürs Wasser zuständige CSV-Innenminister Jean-Marie Halsdorf konnte die Debatte erst beenden, nachdem das Wasserwirtschaftsamt ausgerechnet hatte, ein landesweiter Einheitspreis bringe für 89 Prozent der Leute eine Preiserhöhung mit sich (*d'Land*, 15.03.2013).

Die liberale Koalition vermied eine Preisdebatte. Es könnte aber sein, dass sie wieder aufflammt. Wahrscheinlich passiert das schon hinter den verschlossenen Türen zu den Koalitionsverhandlungen, denn einen „gestaffelten Wasserpreis“ zur „Reduzierung der Trinkwasserverschwendung“, hatte die LSAP in ihrem Wahlprogramm angekündigt, DP und Grüne hingegen nicht. Die Preisdiskussion könnte sich aber auch auf verschlungenen Wegen erneut Bahn brechen. Und mit ihr eigentlich gemeint sein, wer für welchen Teil der Wasserpolitik sinnvollerweise zuständig sein sollte. Unter anderem auch für die Infrastruktur, die gerade im Abwasserbereich so teuer zu stehen kommt.

Denn prinzipiell sind Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung mit allem, was dazu gehört, Sache der Gemeinden. Sie zählen laut Gesetz zu deren „obligatorischen Missionen“. Doch vom Gemeindeverband Syvicol ist zu hören, vor allem Dörfer im Norden des Landes hätten Schwierigkeiten, ihre Engagements zu Neubau und Modernisierung von Kläranlagen einzuhalten. Weil der Nachholbedarf so groß ist, finde man kaum noch Firmen als Auftragnehmer, und finde man sie, verlangten sie höhere Preise als noch vor zwei Jahren: Dass es in Luxemburg viel zu tun gibt, spreche sich herum.

Gleichzeitig stehen die Gemeinden unter Druck, ihre Abwasserinfrastruktur auf Vordermann zu bringen: Im Sommer 2017 änderte die DP-LSAP-

Grüne-Koalition das Wasser-Rahmengesetz. Gegen die Stimmen der CSV, die verschiedene Änderungen für „unrealistisch“ hielt. Zum Beispiel die 24-Monate-Frist für Abwasserprojekte: Sie werden seit der Gesetzesänderung nur noch zu 50 Prozent aus dem staatlichen Wasserfonds subventioniert, vorher waren es 65 Prozent. Doch vor allem Kläranlagenplanungen können lange dauern. Und der Beihilfensatz für Abwasservorhaben war schon in der Vergangenheit gesenkt worden. Das Sparpaket der CSV-LSAP-Regierung kürzte ihn 2010 von 90 auf 70 Prozent. Mit dem *Zukunftspak* der DP-LSAP-Grüne Regierung wurde er auf 65 Prozent gesenkt. Ins neue Wassergesetz kam deshalb eine Überangabeklausel: Wer ein Projekt innerhalb von 24 Monaten nach Inkrafttreten der Gesetzesänderung ausschreibt, erhält noch die alten Beihilfensätze. Womöglich sogar 90 Prozent, falls das Vorhaben schon lange anhängig ist. Vorausgesetzt, es wird spätestens nächstes Jahr ausgeschrieben.

Doch Schwierigkeiten wegen nicht verfügbaren Auftragnehmern und gestiegenen Preisen scheint es tatsächlich zu geben. „Wir sehen das am Wasserfonds“, sagt der Direktor des Wasserwirtschaftsamts. Teile von Kläranlagen-Ausschreibungen hätten annulliert werden müssen, und verschiedene Preise seien um bis zu hundert Prozent gestiegen. „Wir haben da Arbeit für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre geschaffen, haben aber Probleme, sie erledigen zu lassen.“ Auf allein Luxemburger Firmen werde nicht zurückgegriffen: „Die Auftragnehmer kommen schon jetzt auch aus dem Umland. Aus der Eifel zum Beispiel, aber auch aus Lüttich oder Namur.“

Im Umweltministerium will man noch nicht von einem Engpass sprechen. Ministerin Carole Dieschbourg habe angeordnet zu prüfen, ob die Auftragsvergabe abgesehen von Luxemburger Firmen in erster Linie an deutsche erfolgt und ob es im französischsprachigen Raum Reserven geben könnte, sagt Dieschbourgs Generalkoordinator André Weidenhaupt. Zwar scheint es danach nicht unbedingt auszusehen, wenn das Wasserwirtschaftsamt auch belgische Firmen in Aktion sieht, aber: „Wir prüfen das“, so Weidenhaupt.

Vielleicht ist das auch ein politisches Schutzargument. Denn die Fristen stehen nun mal im Gesetz. Carole Dieschbourg wollte durch sie die „Dynamik“ bei der Verbesserung der Abwasserinfrastruktur aufrechterhalten, wie sie dem parlamentarischen Umweltausschuss am 5. April 2017 erläuterte. Und Dynamik ist ohne Zweifel nötig, wenn man bedenkt, was zu tun bleibt im Abwasserbereich und dass Investitionen in Kläranlagen und lokale Abwasserkanäle vor allem für Landgemeinden lange keine Priorität waren. Oder in der Moselgegend, die noch vor ein paar Jahren eine kläranlagenfreie Zone war, in der die Abwässer einfach in den großen Fluss liefen.

Doch auch aus diesen Gründen hatte die Nord-CSV ab 2006 und besonders laut ab 2011 eine „nationale Solidarität“ und „landesweit einheitliche Wasserpreise“ verlangt. Eigentlich müssten Neubau und Renovierung der Abwasserinfrastruktur überhaupt nicht subventioniert, sondern durch die Einnahmen aus dem Wasserpreis bezahlt werden. Das Kostendeckungsprinzip für den Wasserpreis führte im Jahr 2000 die EU-Wasserrahmenrichtlinie ein. Doch in Luxemburg allein den Wasserpreis dafür zu nehmen,

wäre ziemlicher Wahnsinn angesichts des großen Nachholbedarfs. Nicht einmal grobe Schätzungen darüber, welche Höhen der Wasserpreis dann erreichen müsste, wurden öffentlich angestellt. Deshalb nutzt Luxemburg eine Klausel in der Richtlinie und subventioniert über den staatlichen Wasserfonds einen Teil der nötigen Projekte. Damit es nicht nur die Staatskasse ist, die den Fonds dotiert, fließen in ihn auch die Trinkwasser- und die Abwasserabgabe ein, die zurzeit mit zehn beziehungsweise 16 Cent auf jeden Kubikmeter Wasser aufgeschlagen wird. Eine nationale Solidarität besteht über diesen Fonds also bereits. Und nicht nur Abwasserprojekte bezuschusst er: Die Gesetzesänderung vom letzten Jahr erhöhte den Zuschuss für Trinkwasserprojekte auf 50 Prozent, für Bach- und Flussbett-Renaturierungen auf 90 und für Hochwasserschutzvorhaben auf hundert Prozent.

Doch wie das Wasserwirtschaftsamt schätzt, wendet höchstens die Hälfte aller Gemeinden im Land das Kostendeckungsprinzip im Wasserpreis so an, wie es eigentlich sein sollte. In der großen politischen Preisdebatte zwischen 2011 und 2013 hatte die Behörde, die damals noch dem Innenminister unterstand, mit viel Mühe eine Excel-Tabelle mit Kostenpunkten aufgestellt, die in die Preisbestimmung eingehen sollten. Daraus sollte sich ein „landesweit harmonisierter Wasserpreis“ für jede der drei Verbrauchergruppen Industrie, Landwirtschaft und den Rest ergeben. Für den „Rest“, darunter die Privathaushalte, sollte der Kubikmeterpreis in allen Gemeinden höchstens sieben Euro betragen; selbst wenn von Gemeinde zu Gemeinde ganz unterschiedlich viel an der Infrastruktur zu tun bleibt. Aber wenn das Wasserwirtschaftsamt heute meint, höchstens die Hälfte der Gemeinden sei „konform“, ist damit weniger gemeint, wer sich an die Excel-Tabelle zur Wasserpreisberechnung hält. Sondern dass sich nicht genau sagen lässt, wer die Einnahmen aus dem Wasserpreis tatsächlich für Wasser-Ausgaben aufwendet.

So dass „Solidarität“ nicht nur über den Wasserfonds funktioniert, sondern auch über die allgemeine Gemeindefinanzierung und den

2013 hieß es, die zersplitterten Zuständigkeiten für Trinkwasser und Abwasser seien die beste Garantie dafür, dass dieser Bereich nicht eines Tages privatisiert werde

interkommunalen Finanzausgleich: Muss in Wasser- und Abwasserinfrastruktur investiert werden und es fehlt das Geld dafür, bleibt die Kreditaufnahme. Ist eine Gemeinde nicht zu hoch verschuldet, genehmigt das Innenministerium so ein Darlehen auch, schließlich gilt Gemeindeautonomie. Aber damit wird die „Dynamik“ bei Investitionen im Wasserbereich abhängig von allen möglichen Finanzierungskanälen. Und in Wirklichkeit sind es nicht in erster Linie die Gemeinden selbst, die solche Projekte initiieren, sondern die Trinkwasser- und Abwasser-Syndikate, in denen fast alle Gemeinden regroupiert sind. Im Abwasserbereich ist das besonders ausgeprägt: Abgesehen von Luxemburg-Stadt und ein paar ihrer Randgemeinden sind alle anderen Mitglied in irgendeinem Abwasser-Syndikat. Das größte von ihnen, das Nord-Syndikat Siden mit Sitz in Bettendorf, hat mehr Mitarbeiter als das Wasserwirtschaftsamt.

Die politisch entscheidende Frage ist deshalb vermutlich gar nicht die, ob die Wasserpreise stimmen und wie gerecht sie sind. Ob sie „ge-

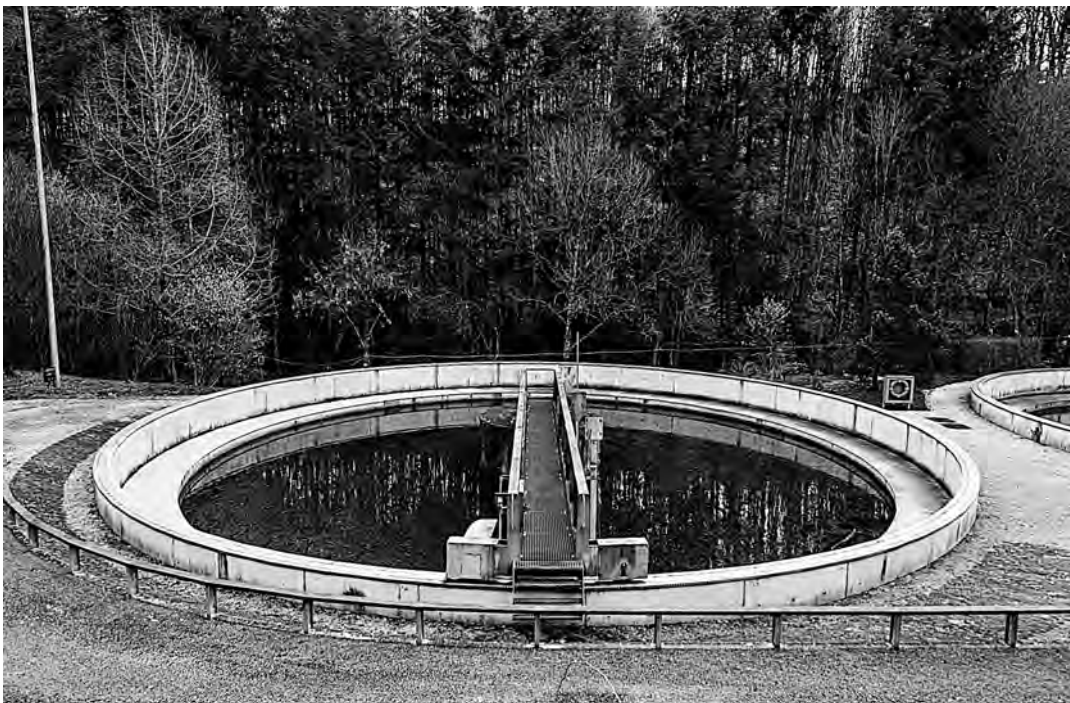
staffelt“ sein sollten, wie die LSAP sich das vorstellt, und ob es ein Menschenrecht ist, jedem Bürger 20 Liter Trinkwasser gratis zuzugestehen, wie Dan Kersch das in Monnerich durchsetzte, als er dort Bürgermeister war, und ob mehr „Solidarität“ zwischen den Gemeinden vonnöten wäre – gerade jetzt, da Kläranlagen-Firmen mehr Geld verlangen. Die entscheidendere Frage ist vermutlich, ob der Wassersektor wirklich gut organisiert ist, wenn die Zuständigkeit bei den Gemeinden liegt und sie die an Syndikate auslagern. Wäre nicht jeweils ein großes Syndikat für den Trink- und den Abwasserbereich, je zur Hälfte getragen von Staat und Gemeinden, besser?

Zuletzt hatte diese Frage der Rechnungshof angerissen, als er 2014 den Kläranlagenbau analysierte. Und herausfand, dass Planungen dafür mitunter viele Jahre dauern und es eigentlich kein Ausdruck von koordinierter Abwasserpolitik sei, wenn im kleinen Land die Initiative für Kläranlagenprojekte von den Abwasser-Syndikaten ausgeht, aber das staatliche Wasserwirtschaftsamt dafür geradestehen muss, wenn die Klärkapazität nicht reicht. Dass die Syndikate „undurchsichtig“ seien, fand der Rechnungshof auch (*d'Land*, 02.05.2014).

Die Option „Einheits-Syndikat“ hatte allerdings im Frühjahr 2013 auf dem Tisch gelegen, als der damalige CSV-Innenminister über die Wasserpreise, den „Einheitspreis“, den „harmonisierten Preis“ und was damit alles zusammenhänge, diskutieren ließ. Die vielen Syndikate zu fusionieren, war verworfen worden: Sie beizubehalten, wurde als die denkbar beste Garantie dafür bezeichnet, dass Wasserversorgung und Abwasserbehandlung nicht eines Tages privatisiert würden. Gäbe es nur je ein Syndikat für Trinkwasser und Abwasser oder gar ein einziges für alle Wasserbelange, sei das ein Risiko.

Viel weniger deutlich wurde damals, dass diese Frage innerhalb der politischen Parteien zu den besonders wenig konsensfähigen gehört. Manche Schöfferratsmitglieder wollen nicht auf die *Jetons* verzichten, die sie für die Mitarbeit in Syndikatsvorständen erhalten. Und Parteileitungen entsenden nicht ungern treue Parteisoldaten in die Syndikatsführungen. So dass, da heute so viel zu tun und zu investieren bleibt im Wasserbereich, die Organisationsfrage durchaus wieder gestellt gehört. Dass die Organisation öffentlich zu bleiben habe, könnte durch ein Gesetz festgeschrieben werden. Im EU-Ausland sinkt die Akzeptanz privater Wasserakteure immer weiter. Sogar in Frankreich, das vor Jahrzehnten ein Vorreiter bei der Wasser-Privatisierung war, nimmt die öffentliche Hand sich die Zuständigkeit nach und nach zurück, zumindest für die Netzinfrastruktur.

Doch dass in Luxemburg die Frage nach der Wasser-Organisation ernsthaft gestellt werden könnte, ist nicht sehr wahrscheinlich. Keiner der drei potenziellen alt-neuen Koalitionspartner widmete ihr in seinem Wahlprogramm auch nur ein Wort. Und selbst die CSV mit ihrem „Plang fir Lëtzebuerg“ schien nicht recht zu wissen, was sie wollte, versprach an einer Stelle ihres Programms die Zahl der Syndikate auf „leistungsfähig“ zu reduzieren, fand an anderer Stelle plötzlich, „mittelfristig“ müsse je ein Syndikat für Trink- und für Abwasser her.



Die Kläranlage in Mamer im Jahr 2014

Leitartikel

Die LSAP erneuert sich

Romain Hilgert

Der erweiterte Nationalrat der CSV hatte sich am 16. Oktober nicht auf einen neuen Präsidenten einigen können. Deshalb beschloss er zu seiner eigenen Überraschung, sich trotz der unerwarteten Wahlniederlage nicht geschlagen zu geben. Vielmehr kündigte die CSV verwegen an, zu kämpfen. Seither hat man nichts mehr von ihr gehört.

Die CSV ist nicht die einzige Partei in dieser Lage. Auch die LSAP hat die Wahlen und vor allem drei Mandate verloren. Die Grünen, die sich als linke Partei einst vorgenommen hatten, drittstärkste Partei des Landes vor der DP zu werden, haben nun als liberale Partei das Niveau der zur drittstärksten Partei gewordenen LSAP erreicht. Allerdings hat die LSAP eine längere Erfahrung in Wahlniederlagen als die CSV. Ihr Einfluss geht seit 1989 kontinuierlich zurück, vielleicht sogar seit 1968, wenn man den Stimmenzuwachs nach der Wiedervereinigung als optische Täuschung abtut.

Trotzdem hat die LSAP vor 14 Tagen weniger verloren, als sie befürchtet hatte und die Wahlprognosen vorausgesagt hatten. Sie hat sich auch besser gehalten als viele Schwesterparteien im Ausland. Schließlich gehört sie seit 2004 ununterbrochen der

Regierung an, am Ende der Legislaturperiode werden das fast 20 Jahre sein. Nicht dass die LSAP auf viele Dummheiten und Moden verzichtet hätte, mit denen sich die PS in Frankreich und die SPD in Deutschland ihr Grab schaufelten, von der „LS@P“ über das neoliberale Tina und den „ökosozialen Umbau der Industriegesellschaft“ bis zu Jeremy Rifkins digitalem Schlaraffenland. Aber hierzulande blieb aus diversen, nicht unbedingt mit hehren sozialdemokratischen Idealen vereinbaren Gründen eben mehr zum sozialstaatlichen Verteilen in der Staatskasse.

Dank ihrer längeren Erfahrung mit Wahlniederlagen reagiert die LSAP nun routiniert: Die Parteiführung aus einem Dutzend Apparatschiks, sich bei lokalen Grillfesten paternalistisch unter das verhasste „A“ im Parteinamen mischenden Rechtsanwältin und Studienräten, gibt dem ungünstigen politischen Klima und dem ungerechten Wahlsystem die Schuld. Sich für jung haltende Vierzigjährige nutzen die Gunst der Stunde und beanspruchen in idealistischen Leserbriefen die Dienstwagen, Minister- und Abgeordnetensessel der Alten als überlebenswichtige Erneuerung der Partei. Andere lenken mit dem Vorwurf, dass nicht genug diskutiert würde, von ihrer eigenen Ratlosigkeit ab. So als drehten sich nicht seit Jahrzehnten alle Diskussionen

im Kreis, ob die LSAP zu ihrer Rettung sozialer, liberaler, syndikalistischer oder ökologischer werden soll.

Lange erfüllte die LSAP mit beträchtlichem Erfolg ihre historische Rolle, die Arbeiterschaft zu spalten, den sozialen Protest ins Parlament zu verlagern und die organisierte Arbeiterbewegung an den Staat zu binden. In den heroischen Zeiten der Tripartite gehörte sie deshalb in die Regierung, um sich sogar während der Stahlkrise für die gesitteten Umformsformen des OGBL zu verbürgen. Doch in Zeiten der liberalen Globalisierung hielten die Unternehmer die Sozialpartnerschaft für einen überflüssigen Ausgabenposten und verließen die Tripartite.

Nun dürfen sozialdemokratische Gewerkschafter im Ruhestand Leserbriefe schreiben, um Bedingungen für ihre Zustimmung zu einer Regierungsbeteiligung zu stellen. Damit hofft die Parteiführung, die DP in den Koalitionsverhandlungen sanft erpressen zu können: Ohne sozialpolitisches Zugeständnis für die der LSAP wichtigen Arbeiter, kleinen Angestellten und Rentner keine Kongressmehrheit für die Koalition und damit kein Premierministerposten für Xavier Bettel. Ob die DP das glaubt?



Diese Woche begannen in Luxemburg-Stadt die Vorarbeiten zum Weiterbau der Tram. An der Avenue de la Liberté werden zwischen Metzger Platz und Pariser Platz Bäume entfernt und nach Aspelt umgepflanzt. Unterhalb der künftigen Tram-Trasse gelegene Wasser- oder Stromleitungen werden auf die andere Straßenseite verlegt. Tram-Betreiber Luxtram betont, nach Abschluss der Bauarbeiten würden neue Bäume gepflanzt. Zur Kommunikation mit der Öffentlichkeit wurden zwei „Baustellen-Mediateure“ eingesetzt, die unter 26 20 28 20 telefonisch erreichbar sind. Ende 2020 soll die Tram bis zum Hauptbahnhof fahren. pf

Luxtram

blog

Personalien

Personalien

Umwelt

Soziales

Gesundheit

Cécile Hemmen,



Bürgermeisterin (LSAP) von Weiler zum Turm, erklärte am Freitag ihren Rücktritt als Folge der „Unterstellungen und sonstigen politischen Provokationen“ vor den Komplementarwahlen vom 14. Oktober. Bei den Gemeindevahlen in der Majorzgemeinde war die ehemalige Radiomoderatorin vergangenes Jahr hinter dem CSV-Nachwuchspolitiker Vincent Reding gewählt worden, der sich aber damals mit dem Amt des Ersten Schöffen begnügen musste. Nach dem Rücktritt von zwei Ratsmitgliedern im Frühjahr waren Komplementarwahlen unumgänglich geworden. Auch bei den Kammerwahlen hatte Vincent Reding in der Gemeinde besser abgeschnitten als die Bürgermeisterin, die zudem ihr Parlamentsmandat mit geringer Aussicht aufs Nachrücken verlor (Foto: LSAP). rh.

Jean Asselborn,

Außen-, Immigrations- und Asylminister (LSAP) rechtfertigte in einer Presseerklärung, dass Luxemburg Asylsuchende nach Italien abschiebt, wenn sie dort zum ersten Mal den Boden der Europäischen Union betreten hatten (*d’Land*, 26.10.2018). Er hatte dem italienischen Innenminister Matteo Salvini „faschistische Methoden“ im Umgang mit Asylsuchenden vorgeworfen. Die Abschiebungen entsprächen dem Abkommen von Dublin, und Luxemburg könne sich nicht einseitig über eine europäische Regelung hinwegsetzen, meint Jean Asselborn. Seit 2017 seien 116 Asylsuchende nach Italien abgeschoben worden, in 41 Fällen habe sich Luxemburg aus humanitären Gründen für die Prüfung der Asylanträge selbst zuständig erklärt. rh.

Jimmy Skenderovic,

Präsident der Jungsozialisten, kündigte am Samstag über *Facebook* seinen Rücktritt an, weil er „lange genug in der JSL gewesen“ sei. Der 32-jährige Angestellte des Umweltministeriums aus Rümelingen war bei den Parlamentswahlen vor 14 Tagen auf Platz 19 unter 23 Kandidaten der LSAP im Südbezirk gelandet. rh.

Alter Méco

Vielleicht will der Mouvement écologique partout nicht alt erscheinen. Denn ihren 50. Geburtstag begeht die im Dezember 1968 gegründete Umweltorganisation nicht nur mit einer Party am 5. Dezember im Limpertsberger Tramsschapp, sondern mit Konferenzen und „Denkateliers“ über das Wachstum, den Klimawandel und die Zusammenhänge von Umwelt- und Sozialpolitik, aber auch mit Ausstellungen und Kabarett-Vorführungen bis ins kommende Jahr. Und obwohl der Méco in einem seiner Ateliers darüber nachdenken lassen will, ob „Chaos“ das „neue Zeitalter der Revolution“ sei, scheint er gut in der Mitte der Gesellschaft verankert: Zur Geburtstagsfeier am 5. Dezember wird der Großherzog erwartet, und die Post wird 50 Jahre Mouvement écologique durch die Herausgabe einer Sonderbriefmarke würdigen (Foto: Méco-Präsidentin Blanche Weber). pf



22,56 Euro mehr Mindestlohn

Zum 1. Januar soll der gesetzliche Mindestlohn auf 2 071,10 Euro monatlich erhöht werden. So sieht es der Gesetzentwurf vor, den Arbeitsminister Nicolas Schmit (LSAP) vergangene Woche im Parlament hinterlegte. Das Arbeitsgesetzbuch schreibt in Artikel 222-2 vor, dass die Regierung dem Parlament alle zwei Jahre einen Bericht über die allgemeine Lohnentwicklung abliefern muss und auf dessen Grundlage entscheiden darf, ob sie den Mindestlohn erhöhen will.

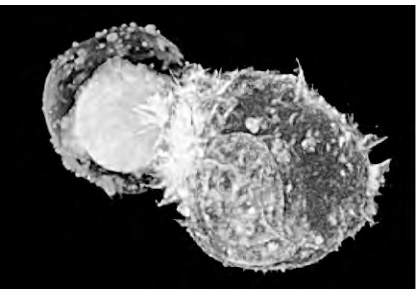
Laut dem Bericht, den die Generalinspektion der sozialen Sicherheit und das statistische Amt Stotec für die Regierung zusammenstellten, stieg der durchschnittliche Stundenlohn im Land zwischen 2015 und 2017 von 25,8 auf 26,8 Euro. Ausgenommen bei dieser Berechnung wurden die fünf Prozent höchsten und die 20 Prozent niedrigsten Löhne. Dies entspricht indexbereinigt einer Erhöhung der Durchschnittslöhne in den Jahren 2016 und 2017 um 1,1 Prozent, die zweitniedrigste Erhöhung seit Beginn des Jahrtausends. Nur 2015 war der Lohnanstieg mit 0,1 Prozent noch geringer gewesen.

Folglich sieht der Gesetzentwurf vor, den gesetzlichen Mindestlohn ebenfalls um 1,1 Prozent zu erhöhen, denn der Bericht stellt fest, dass die wirtschaftliche und soziale Lage eine Mindestlohnerhöhung erlaube. Für den unqualifizierten Mindestlohn macht das eine Erhöhung um 22,56 Euro, für den 20 Prozent höheren qualifizierten Mindestlohn um 27,07 Euro aus. Der Gesetzentwurf macht keine Anstalten, den verschiedentlich als diskriminatorisch empfundenen, zwischen 20 und 25 Prozent niedrigeren Mindestlohn für Minderjährige abzuschaffen.

Am 31. März dieses Jahres erhielten 15,3 Prozent aller Lohnabhängigen der Privatwirtschaft den Mindestlohn oder bis zu zwei Prozent mehr. Nach Berechnungen der Generalinspektion der sozialen Sicherheit werden zum 1. Januar 61 746 Beschäftigte der Privatwirtschaft bis zu 102 Prozent des gesetzlichen Mindestlohns verdienen, davon ein Sechstel in Teilzeitarbeit. 60 Prozent haben lediglich Anrecht auf den unqualifizierten Mindestlohn.

In ihrem Wahlprogramm hatte die LSAP versprochen, dass sie „zum 1. Januar 2019 den Mindestlohn als Sofortmaßnahme um 100 Euro netto erhöhen“ wolle (S. 65). Die DP hatte einen „Ausbildungsmindestlohn [...] deutlich unter dem aktuellen Mindestlohn“ in ihrem Wahlprogramm von 2013 (S. 53) angekündigt, nicht aber im Programm von 2018. Im Motivenbericht des Gesetzentwurfs heißt es nun, dass die Anpassung an die allgemeine Lohnentwicklung „ne préjudice pas une augmentation structurelle du salaire social minimum qui devrait faire l’objet d’un projet de loi“ (S. 1). Damit wären die 22,56 Euro Anpassung an die allgemeine Lohnentwicklung auch nicht Teil der versprochenen 100 Euro strukturellen Nettomindestlohnerhöhung. rh.

Krebs mit Schutzschild



Dass Krebszellen Wege finden, um sich der Eliminierung durch das Immunsystem zu entziehen, ist schon länger bekannt. Einen bisher unbekannten Abwehrmechanismus hat eine Forschergruppe des Luxembourg Institute of Health (LIH) um Clément Thomas an Brustkrebszellen entdeckt: Offenbar bauen sie ihr Zellskelett um. Ein solches Skelett besitzt jede Zelle. Es besteht aus langen Molekülen, so genannten Mikrofilamenten, die der Zelle Form und Struktur geben. Die von den Forschern beobachteten Brustkrebszellen bündelten ihre Mikrofilamente so, dass sie gegenüber dem Immunsystem wie ein Schutzschild wirkten. Im Labor gelang es auch, diesen Prozess zu blockieren. Die Krebszellen hätten daraufhin vom Immunsystems wieder beseitigt werden können, so das LIH in einer Pressemitteilung. Die Forschergruppe hat über ihre Arbeit im Fachjournal *Cancer Research* veröffentlicht (Foto: LIH). pf

Die fünf Strategien im Umgang mit der Wachstumsdebatte schnitten bei den Wahlen sehr unterschiedlich ab

Triumph und Niederlage

Romain Hilgert

Sollen die Armen am besten ihre Kinder essen, wie in der irischen Wachstumsdebatte Jonathan Swift 1729 sarkastisch empfohlen hatte? Ermutigt Sozialpolitik die Besitzlosen bloß zur ungehemmten Vermehrung, wie in der englischen Wachstumsdebatte Thomas Malthus 1798 geadelt hatte? Oder rennt der 700 000-Einwohnerstaat gegen die Rentenmauer, mit der die Luxemburger Wachstumsdebatte 1997 von Jean-Claude Juncker erfunden worden war?

Eines war in den vergangenen Monaten anscheinend sicher: „Im Wahlkampf dürfte die Wachstumsdebatte dann auch ein großes Thema werden, und müssen sich die Parteien klar positionieren.“ Das hatte jedenfalls das *Lëtzeburger Journal* am 11. Januar angekündigt. Von „der aktuellen Wachstumsdebatte, die wohl bis zur heißen Phase des Wahlkampfs anhalten dürfte“, hatte die *Lëtzeburger Revue* am 21. März berichtet. Das *Luxemburger Wort* hatte fünf Tage später gewusst, dass „Claude Wiseler die Wachstumsdebatte zum herausragenden Thema des CSV-Wahlkampfes erklärt hatte“. Das *Lëtzeburger Journal* hatte am 24. April festgestellt: „Seit mehreren Wochen prägt die Wachstumsdebatte die Luxemburger Öffentlichkeit.“ Dem hatte das *Luxemburger Wort* am 19. Juni nur beipflichten können: „Seit Monaten gewinnt die Wachstumsdebatte in Luxemburg an Fahrt.“

Dass der Wachstumsdebatte eine herausragende Rolle im Wahlkampf vorausgesagt worden war, hatte eine einfache Erklärung: Alle Wählerbefragungen hatten prophezeit, dass die CSV die Wahlen gewinnen würde, und ihr Spitzenkandidat Claude Wiseler hatte bei seiner Nominierung im Oktober 2016 die Wachstumsdebatte als konservative Wunderwaffe gezückt. In den Fußstapfen von Swift, Malthus und Juncker hatte er mit dem „1,2-Millionenstaat“ Überbevölkerungs- und Überfremdungsängste zu schüren versucht: In den nächsten 40 Jahren müssten „sechs Städte wie Luxemburg gebaut“ oder „jede Gemeinde verdoppelt“ oder „alle in den vergangenen 500 Jahren errichteten Gebäude noch einmal gebaut werden“. Dann gebe es nur „noch 30 Prozent Luxemburger“ in Luxemburg und täglich kämen „400 000 Grenzpendler“ zur Arbeit.

Auch wenn in jedem Wahlkampf, der auf einem Konjunkturgipfel ausgetragen wird, die Wachs-

tumsdebatte aufflackert, war sie im Wahlkampf anders verlaufen als vielfach erwartet. Vielleicht war das sogar absehbar gewesen. Denn auf vielen Wahlplakaten war zwar mit Vaterland und Muttersprache die soziale Frage in eine nationale verbogen worden, aber in den Wahlprogrammen hatten alle Parteien Vorschläge gemacht, um mit Steuersenkungen, Kaufkraft- und Investitions-erhöhungen das Wirtschaftswachstum noch zu erhöhen. Nach Luxleaks wollte man bis weit in die Linke hinein nicht allzu genau hinsehen, wo das hohe Wachstum und von wem erwirtschaftet wird, wie seine Früchte verteilt werden.

Am Ende spielte die Wachstumsdebatte im Wahlkampf nicht einmal die herausragende Rolle, die manche erhofft und andere befürchtet hatten. Trotzdem lassen sich die Wahlen und die Wahlergebnisse auch als eine Abstimmung über fünf verschiedene Strategien im Umgang mit den Hoffnungen und Ängsten lesen, die unterschiedliche Wählergruppen mit dem traditionell hohen Wirtschaftswachstum verbinden.

Franziskanisch Die CSV wollte mit der Wachstumsdebatte die Wähler von der Unausweichlichkeit eines Austeritätsprogramms bei den Staatsfinanzen und der Sozialversicherung überzeugen. Sie schürte Überbevölkerungsängste und drohte erneut mit der Rentenmauer ihres letzten Premierministers, um im Tonfall des heiligen Franziskus und verschiedener Umweltschutzvereine dem einfachen Volk Bescheidenheit, Verzicht und Demut zu predigen. Damit sollten hohe Haushaltsüberschüsse erspart und Rentenleistungen gekürzt werden.

Gegen Ende des Wahlkampfs drückte die CSV sich vorsichtiger aus, aber da war es schon zu spät: Ihr Stimmenanteil fiel von 34,1 auf 28,9 Prozent. Auf einem Konjunkturrückgang hielten viele Wähler eine identitär oder ökologisch motivierte Austeritätspolitik für überflüssig und erteilten einer noch immer paternalistisch daherkommenden rechtsliberalen CSV eine unerwartete Abfuhr.

Chauvinistisch Aufrichtig und unverblümt wie keine andere Partei hatte die ADR die Wachstumsdebatte als das dargestellt, was sie war: eine leicht begrünte Überbevölkerungs- und Überfremdungsdebatte. Ermutigt vom Erfolg chauvinistischer und protektionistischer Bewegungen im Ausland,



Wahlparty der Grünen in Hollerich

wollte die ADR zusammen mit dem Betreiber der Facebook-Seite *Neen 2015* an das Referendum über das Ausländerwahlrecht von 2015 anknüpfen. Einem neuen Bündnis der einst verhassten Beamten mit Arbeitern, kleinen Angestellten, Rentnern und erfolglosen Geschäftsleuten wollte sie die Verteidigung des Sozialstaats und des Beamtenstatuts gegen die Konkurrenz qualifizierterer und billigerer Grenzpendler versprechen.

Doch der Erfolg der ADR blieb erneut hinter ihren Erwartungen und den Wahlprognosen zurück. Sie konnte ihren Stimmenanteil zwar landesweit von 6,8 auf 8,6 Prozent verbessern, aber das war noch weit entfernt von ihren 11,3 Prozent 1999 und noch weiter von den 78,0 Prozent, die

Das *Luxemburger Wort* hatte im März berichtet, dass „Claude Wiseler die Wachstumsdebatte zum herausragenden Thema des CSV-Wahlkampfes erklärt hatte“

sich die Referendumsgegner zugutegehalten hatten. Der Nährboden für stramm rechte Politik blieb weiterhin karger als in anderen Ländern.

Nationalliberal Als liberale Partei wollte die DP den Marktkräften freien Lauf lassen, wie es sich eine traditionell mittelständische Wählerschaft und ein Sympathisantenkreis aus Industrie und Finanzsektor von ihr erwarten. Denn sie wissen aus dem Tagesgeschäft, dass Kapitalismus ohne Wachstum nicht geht, weil niemand eine Investition riskiert, wenn er am Ende nicht ein kleines Surplus herausziehen kann. Also machte die DP zum Trost so skrupellos wie keine andere Partei der ADR mit nationalistischen Sprüchen und einem 20-Jahresplan für eng Sproochen- a Kulturpolitik ronderëm d'Lëtzebuergesch Konkurrenz.

Zwar verlor die DP bei den Wahlen, ihr Stimmenanteil sank von 19,1 auf 17,5 Prozent. Aber das war weniger, als sie befürchtet und die Wahlprognosen vorausgesagt hatten. Den gutbürgerlichen Fahrern deutscher Geländelimosinen war die nationalliberale Antwort auf die Wachstumsfrage oft sympathischer als die franziskanische.

Technokratisch Anders als die CSV versprachen die Grünen nunmehr, die Probleme des Klimawandels und des Straßenverkehrs ohne Bescheidenheit, Verzicht und Demut, ohne Benzin zum Literpreis von 100 Franken lösen zu können. Erstmals hatten ihre Minister zeigen können, welch gewissenhafte Technokraten sie sind, wenn es heißt, die Umwelt zu schützen und den Verkehrsfluss zu verbessern, was allen Mittelschichtenwählern am Herzen liegt, ohne diese

zu inkommodieren, was diesen nicht weniger am Herzen liegt. Auf diese Weise hofften die Grünen, das Vertrauen neuer Wähler zu gewinnen und endlich ihre Stammwählerschaft über die Bioladenkundschaft hinaus ausweiten zu können.

Das Wahlergebnis zeigt, dass die Grünen nach 20-jähriger Stagnation bei Kammerwahlen diesmal richtig lagen. Sie konnten ihren Stimmenanteil um die Hälfte vergrößern, von 10,3 auf 15,1 Prozent. Von dem ihnen treuen Kleinbürgertum mit komfortablem Lebensniveau erhielten sie einen deutlichen Auftrag, weiterzumachen, und ihm ein sauberes, gesundes und gemütliches Großherzogtum einzurichten.

Produktivistisch Wie keine andere Partei verteidigte die LSAP ungehemmt weiteres Wirtschaftswachstum. Damit hielt sie nicht nur am Produktivismus der organisierten Arbeiterschaft als Wählerreservoir fest. Sie hielt ein hohes Wirtschaftswachstum auch für nötig, um ohne unangenehme Umverteilungskämpfe den Sozialstaat zu finanzieren, dessen Verteidigung ihr politischer Geschäftsfundus ist. Auf diesen Sozialstaat ist ihre traditionelle Wählerschaft aus Arbeitern und Angestellten angewiesen wie ihre neue verbeamtete Kernwählerschaft auf den Staat als großzügiger Arbeitgeber. Ökologische und protektionistische Einwände versuchte die LSAP zu entkräften, indem sie die Verteilung künftiger Produktivitätsgewinne und Heimarbeit für bisserige Grenzpendler versprach.

Doch die Mischung aus Arbeitszeitverkürzung und Rifkin-Fantastereien scheint vielen Wählern unglaublich vorgekommen zu sein. Der Stimmenanteil der Partei, die sich zwischen Sozialpolitik und Asteroidenbergbau, zwischen Produktivismus und Ökologie hin und her gerissen fühlte, fiel von 19,2 auf 16,8 Prozent, auf die Hälfte der Stimmen, die sie vor 25 Jahren hatte.

Bleibt abzuwarten, wie sich die erneute Wachstumsdebatte auf die nun begonnenen Koalitionsverhandlungen und mehr noch auf die anschließende Regierungspraxis auswirken wird. Nicht dass nach den Erfahrungen mit ihrem *Zukunftspak* eine der drei Parteien auf die Idee käme, das hohe Wirtschaftswachstum zu drosseln. Aber das Kräfteverhältnis zwischen den Parteien und damit vielleicht auch zwischen der technokratischen, der nationalliberalen und der produktivistischen Verwaltung seiner Nebenerscheinungen hat sich verändert.



Zerstörtes Wahlplakat der ADR in Bridel



La bibliothèque universitaire vue de l'extérieur, devant le haut-fourneau (en haut à gauche), et à l'intérieur : plateaux flottants, patrimoine industriel valorisé, open space, haute technologie et ambiance wellness

Une visite à la Maison du livre – ou Luxembourg Learning Centre –, à Belval, qui donne une idée de ce que l'accès au savoir veut dire aujourd'hui : meubles design et accès gratuit à Internet rapide

josée hansen

Dichotomies Huit heures du matin passé de quelques minutes ce mardi. Il ne fait pas encore tout à fait jour à Belval et les trois degrés auxquels a soudainement chuté la température cette nuit se font encore ressentir plus fortement par les vents incessants qui balayent la Place de l'Académie, entre les deux centres commerciaux et la tour rouge feu de la banque. Au pied du haut-fourneau restauré en monument, un long immeuble blanchâtre se love dans la carcasse de l'ancienne *Möllerei* – où fut jadis préparée la charge pour le haut-fourneau, un mélange de coke et de minerai de fer –, remontant à 1912, et dont la partie sud a été sauvegardée en état de ruine. Sa façade est faite d'éléments triangulaires rappelant le célèbre sac à main *Bao Bao* d'Issey Miyake ou les robes métalliques de Paco Rabanne. Sauf qu'ici, il ne s'agit pas de métal, mais d'un vitrage en fibre de verre sérigraphié de motifs organiques blancs, qui permettent de réguler l'intensité lumineuse et sont censés rappeler la poussière qui enveloppa jadis les bâtiments lors de la production d'acier sur place. Des terrasses et jardins en hauteur structurent le long bâtiment (106 mètres), des bacs à eau rectangulaires nichés entre les fenêtres et décorés de plantes vertes lui donnent un esprit zen, esprit que l'on retrouve dans l'espace entrée en forme elliptique à fenêtres triangulaires, dans lequel a été installé un palmier dans une espèce de jardin sur gravier. Cela rappelle immédiatement le jardin de faux cactus dans l'espace ascenseurs de ce grand supermarché à Bertrange.

C'est en passant la deuxième porte, pour entrer dans la bibliothèque à proprement parler, qu'on a cet effet *wow* ! dont témoignèrent sur les réseaux sociaux tous les politiciens ayant assisté à l'ouverture de la Maison

Plus de forme que de fond, cette Maison du livre est néanmoins un petit miracle de volontarisme de la part du gouvernement, du Fonds Belval et du rectorat

du livre de l'Université du Luxembourg, ou Luxembourg Learning Centre, fin septembre. Un écran géant avec les couleurs du LLC, un néon *Welcome* après un portail électronique, puis la vue sur cette impressionnante structure à plateaux flottants, accessibles par les énormes escaliers en acier, où le blanc lumineux des rayonnages de livres contraste avec le noir de l'architecture moderne et celle, historique – la charpente métallique portante et un silo à minerais ont été restaurés pour rappeler l'histoire du site –, ainsi qu'avec le clinquant du mobilier design.

À cette heure-ci, les étudiants affluent déjà, l'accueil se fait par des employés souriants d'une société de sécurité privée – les bibliothécaires ne sont sur place que de 10 à 17 heures, alors que la bibliothèque est ouverte de 8 à 22 heures tous les jours de semaine (elle est bizarrement fermée le week-end). L'accès est gratuit et généreux pour tous, y compris les visiteurs

externes à l'université, qui peuvent très facilement s'inscrire en tant que lecteurs. Tout est automatisé, le prêt (pour lequel on doit avoir une carte de lecture) et même le retour de livres se font par des bornes électroniques. Mais rien à faire : malgré tout le design (ou à cause de cela) et la moquette grise à tâches imprimées installée à tous les étages, on a une étrange impression de se trouver dans l'espace VIP d'un aéroport nouvelle génération (dont le LLC partage le gigantisme), virant vers l'ambiance *wellness* des nouvelles piscines dans les espaces de repos (ces poufs géants...) Pas de doute : ici, tout est fait pour que les étudiants, qui jusqu'ici se sentaient exclus des grands immeubles prévus à Belval pour l'enseignement, soient à l'aise pour travailler, rechercher, passer leurs journées. L'heure avançant, de plus en plus de jeunes arrivent, sacs à dos et ordinateur à la main, s'installent le long des énormes tables de consultation, dans les *cubicles* colorés disposant de connexions électriques et wifi, prises et tables nécessaires pour leur équipement. Ce matin-là, il y en a qui y prennent leur petit déjeuner en travaillant, une jeune femme dort sur une des banquettes, d'autres discutent ou travaillent. Pas de doute, ils ont déjà pris leurs aises.

Le miracle de Belval Mine de rien, cette Maison du livre est un petit miracle de volontarisme de la part du gouvernement, du Fonds Belval et du rectorat de l'Uni.lu. Parce que le Luxembourg a une tradition dans le report des infrastructures pour le savoir – les Archives nationales, qui devaient s'installer juste en face du LLC et pour lesquelles un projet de construction était fin prêt, puis fut avorté au début des années zéro, ne voient toujours pas l'ombre d'un nouveau bâtiment et en parallèle, la construction d'une nou-

velle Bibliothèque nationale s'était longtemps enlisée dans un éternel débat sur son implantation, d'abord place de l'Europe, puis maintenant plus haut sur le plateau du Kirchberg, elle devrait être achevée en début d'année 2019 –, il était d'autant plus étonnant que le Fonds Belval ait réussi ce tour de force de faire construire une bibliothèque sans aucune polémique en l'espace de sept ans (entre le vote de la loi, en 2011, et sa mise en service) et dans le respect du budget de construction (59,5 millions d'euros pour 15 000 mètres carrés de surface brute).

Le projet a été attribué à François Valentiny, l'architecte-star du pays s'il en est, et il a réalisé un bâtiment à haute technologie, un peu bling-bling certes, mais tout à fait dans l'esprit des nouvelles bibliothèques qui se construisent dans le monde, comme celle, impressionnante, de Tianjin en Chine, ou la nouvelle bibliothèque municipale de Stuttgart : du gigantisme s'il-vous-plait, beaucoup de lumière, de grands escaliers, une sacralisation de l'accès au savoir, du mobilier coloré. La Maison du livre est une bibliothèque de lecture publique, donc où les livres sont en accès libre – ceux qui ont fait leurs études à Paris se rappelleront avec nostalgie des infrastructures beaucoup moins luxueuses de celle installée dans le Centre Pompidou. Là-bas, 1,4 million de visiteurs sont venus consulter les 360 000 livres en accès libres, la presse ou les ressources électroniques ou audiovisuelles en 2017. À Belval, le recteur Stéphane Pallage dit espérer 400 000 utilisateurs par an, mais la bibliothèque n'a encore aucune statistique sur le nombre moyen d'utilisateurs.

Ce chiffre semble optimiste, car les rayonnages, longs de 10,7 kilomètres sur les cinq plateaux or-

ganisés par thèmes, semblent bien vides encore. Il n'est que normal que, entre l'exiguïté de l'ancienne bibliothèque du Centre universitaire au Limpertsberg ou de celle de Walferdange et ici, il y a un saut quantique au niveau espace, qu'aucun bibliothécaire ne saurait combler en quelques mois. Actuellement, affirme le LLC, il y a 170 000 livres en papier, « ce n'est pas beaucoup, mais la majorité de nos livres sont électroniques ». La capacité de stockage est de 220 000 documents en rayonnage et de 230 000 en magasin. En comparaison, la BNL dispose de quelque 1,5 millions de livres. Mais c'est rassurant qu'il reste de la marge pour que le catalogue puisse s'enrichir. Mais peut-être que la principale qualité de cette Maison du livre est son équipement en nouvelles technologies : il y a 280 antennes wifi à travers le bâtiment, qui permettent un accès rapide, 152 postes de travail équipés de PC et on peut aisément emprunter des laptops pour 24 heures, que l'on peut même sortir du bâtiment. De longues tables longeant les plateaux permettent de travailler à plusieurs, des espaces de travail privatifs de s'isoler, des salles de différentes tailles de travailler ensemble. Les différentes cellules, individuelles ou communes, peuvent être réservées par voie électronique et un pad accroché au meuble affiche leur état (disponible ou pas).

La Maison du livre a ainsi le potentiel de devenir le véritable cœur du campus Belval, l'endroit qui symbolise à merveille cette ambition du gouvernement de passer de l'industrie lourde à la société du savoir. Sa forme extravagante et dispendieuse rappelle l'esprit nouveau-riche – « mir hunn et jo ». Néanmoins, c'est un endroit agréable. Mais on reviendra quand il y aura plus de livres.

Book lounge, free wifi

Deutschland

Die Qual der Entscheidung



Sehen so Gewinner aus? Claude Wiseler und Marc Spautz im Februar 2017 bei Angela Merkel in Berlin.

Martin Theobald, Berlin

Es ist ein Donnerstagabend in einem Berliner Café. Am Wochenende stehen Landtagswahlen in Hessen an. Es seien wieder einmal Schicksalswahlen für das Land, für Europa, für die westliche Demokratie an sich, schreibt die Presse darüber. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) hat zu einem kommunalpolitischen Stammtisch in jenes Café geladen. Dieser beginnt mit den üblichen Stuhlkreisritualen. Wieso man gekommen sei, was man sich wünsche, was man erwarte und wie wichtig der Kampf gegen rechts sei, wie sehr die SPD die Erneuerung brauche und was außerdem geschehen soll. Dann eine Bestandsaufnahme, was denn gerade schief laufe in der Republik.

Ein Bezirkspolitiker macht ungefragt den Anfang: Er verstehe die Welt und das Volk nicht mehr. Als Politiker rackere er sich sowohl in der Bezirksvertretung – das ist das Gemeindeparlament in Berlin – als auch in der Funktion eines Mitarbeiters einer Bundestagsabgeordneten ab. Man erarbeite Gesetze, erwirke Kompromisse, habe in der Großen Koalition Großartiges geleistet – für Volk und Vaterland. Nur niemand erkenne es an, niemand verstehe es. Der Politiker echauffiert sich: „Ich lebe in einer schizophren Welt, die Politiker arbeiten und arbeiten und arbeiten und das Volk versteht es nicht.“ Dann fasst er zusammen: „Das Volk ist dumm.“ Die neben ihm sitzende Politikerin leitet zu den Sachthemen über, wegen derer man doch an diesem Abend zusammengekommen sei: „Unisex-Toiletten“. Man wolle in öffentlichen Bädern und Sporteinrichtungen Unisex-Toiletten einrichten, damit Transgender- und Transident-Menschen die Qual der Entscheidung genommen werde.

Drei Tage später wählt Hessen. Die schwarzgrüne Koalition rettet sich mit einem Sitz Mehrheit in die nächste Legislaturperiode und einen halben Tag lang sieht es so aus, als bliebe alles beim alten. Zunächst werden in den Elefantenrunden der verschiedenen Fernsehsender Plattitüden und Phrasen ausgetauscht, wie sie an jedem Wahlabend zu hören sind. Am nächsten Tag gibt es dann Blumensträuße und Fernsichtbilder tapferer Lächler bei Gewinnern und Verlierern. Fast war es so, als bliebe alles beim alten – in einer Konsensrepublik mit Wohlfühlgarantie.

Doch dann zieht Bundeskanzlerin Angela Merkel Konsequenzen aus den Landtagswahl der letzten Wochen. Beim Bundesparteitag der Christdemokraten Anfang Dezember in Ham-

Ob Angela Merkel noch für drei weitere Jahre Kanzlerin bleibt, hängt von vielen Faktoren ab, die Merkel nicht bestimmen kann

burg möchte sie nicht mehr für den Parteivorsitz kandidieren. Zudem stehe sie bei der Bundestagswahl 2021 ihrer Partei nicht mehr als Spitzenkandidatin zur Verfügung, erklärte sie knapp und fügte auf Nachfrage hinzu, dass der Entschluss zum Verzicht schon lange gereift sei und sie sich nicht lange mit der Entscheidung gequält habe. Sie bewahrt sich damit vor einer demütigenden Selbstmontage durch ihre Partei wie es etwa Helmut Kohl erleben musste.

Das Heft des Handels in ihrer selbstbestimmten Zukunft hat Merkel in der Hand. Der Parteivorsitz wird in wenigen Wochen neu besetzt, wobei sich die möglichen Erben schnell zu den Startblöcken begaben: Annegret Kramp-Karrenbauer, Armin Laschet, Friedrich Merz und Jens Spahn. Sie alle haben ihr Profil, sie alle stammen aus dem Politikbetrieb, sie alle sind entweder Merkel-Vertraute oder haben mit der jetzigen Chefin noch ein Hühnchen zu rupfen. Bis zum Hamburger Parteitag wird noch viel passieren. In der Regel werden die Kandidaten, die als erste ihren Hut in den Ring werfen, am schnellsten abgelegt. Letztendlich werden am Ende die beiden Lager in der CDU jeweils eine Kandidatin oder einen Kandidaten präsentieren, lediglich Merz wird seine Außenseiterrolle durchhalten, dann wird gewählt – und gut ist.

Doch ob Angela Merkel noch für drei weitere Jahre Kanzlerin bleibt, hängt von vielen anderen Faktoren ab, die Merkel nicht bestimmen kann. Etwa davon, ob die CSU ihre parteiinternen Macht- und Hahnenkämpfe klären kann. Vor allen Dingen aber vom Koalitionspartner SPD, der bei den Wahlen in Bayern und Hessen mehr als deutliche Niederlagen einfuhr. Bei den Genossinnen und Genossen ist Chefin Andrea Nahles nun eine Getriebene, der das Hemd näher sein dürfte als die Hose, um ihr eigenes Schicksal gestalten und die eigene Macht bewahren zu können. Den Sozialdemokraten wird immer deutlicher bewusst, dass sie in erster Linie an ihrem schlechten Image scheitern, denn an der politischen Arbeit, die sie in der Großen Koalition leistet.

Doch es ist müßig darüber zu schreiben, wie sehr die Partei einen Neuanfang braucht, wenn ungefragt immer diejenigen nach verlorenen Wahlen zuerst ins Rampenlicht drängen, die Angst um ihre eigene Karriere haben. Wie laut nun FDP und AfD über das Ende der Ära Merkel jubeln, ist eine Randnotiz und zeigt sehr deutlich das Unvermögen der beiden Parteien mit Inhalten aufzuwarten, denn mit Feindbildern oder aus persönlichen Verletzungen heraus arbeiten zu müssen.

Europa hingegen verliert eine Bundeskanzlerin, die in einer ambivalenten Haltung zur EU stand. Sie erkannte zwar durch aus deren Wichtigkeit an, zeigte sich aber genauso oft genervt, wenn andere Völker andere politische Sitten und Schwerpunkte mit an den Verhandlungstisch brachten, Rücksichtnahme des übergroßen Deutschlands

Roumanie

L'âpre combat pour la justice

Mirel Bran

Les Roumains les aiment autant que le gouvernement les déteste. Les procureurs roumains déchaînent les passions depuis qu'ils s'attaquent à une classe politique réputée pour sa corruption. Le gouvernement a lancé une offensive contre les magistrats qu'il accuse d'abus dirigés contre les hauts fonctionnaires. Le 24 octobre, le ministre de la Justice Tudorel Toader a demandé la démission du procureur général Augustin Lazar. Agé de 62 ans, ce dernier est considéré par ses partisans comme le dernier rempart face à l'assaut mené par le gouvernement social-démocrate contre la justice. « Je vais continuer à travailler en respectant la Constitution et les droits de l'homme, a déclaré M. Lazar. Les critiques à mon encontre sont ridicules. Le flambeau de la dignité et de l'indépendance des magistrats sera transmis aux générations futures. »

Le bras de fer entre les hommes politiques et les magistrats a commencé début 2017, à l'arrivée au pouvoir des sociaux-démocrates, héritiers de l'ancien Parti communiste. Leurs attaques systématiques contre les magistrats ont affaibli la fragile démocratie roumaine. Le 20 juin, le chef de file des sociaux-démocrates et président de la Chambre des députés, Liviu Dragnea, a été condamné à trois ans et demi de prison ferme pour abus de pouvoir. Condamné en avril 2016 à deux ans de prison avec sursis pour fraude électorale, il fait l'objet d'une troisième enquête pénale pour avoir détourné vingt millions d'euros de fonds européens à travers une société de construction d'autoroutes.

Après le Brexit, le Roexit ?

M. Dragnea souhaite modifier la loi pénale afin de blanchir son casier judiciaire et limiter le pouvoir des magistrats. Son offensive contre les procureurs a porté ses fruits. Le 31 mai, il avait obtenu satisfaction après avoir demandé la destitution de la procureure cheffe, Laura Codruta Kovesi, devenue le symbole de la lutte anticorruption. « Plusieurs hommes politiques sont en train de changer brutalement la loi pénale, avait déclaré Mme Kovesi dans son dernier discours. Ils veulent protéger leur passé, leur présent et leur futur. Je demande à mes concitoyens de ne pas abandonner la lutte contre la corruption. »

Le 10 août, plus de 100 000 Roumains de la diaspora s'étaient rassemblés devant le siège du gouvernement pour protester contre la corruption au nom des cinq millions de Roumains partis en Europe de l'Ouest à la recherche d'une vie meilleure. Mais ils avaient été accueillis par des gaz lacrymogènes et des canons à eau lors d'une intervention d'une rare violence de la gendarmerie. Hommes, femmes, personnes âgées et enfants avaient été matraqués sans pitié par les forces de l'ordre. Cette manifestation, qui rappelait aux Roumains les images de la chute du régime communiste en décembre 1989, avait fait perdre aux sociaux-démocrates une grande part de leur électorat.

Les instances bruxelloises s'inquiètent des dérapages de la Roumanie, pays qui doit assumer pendant six mois, à partir du 1^{er} janvier 2019, la présidence tournante de l'Union européenne (UE). « Beaucoup de Roumains sont inquiets quant à des changements du cadre juridique qui pourraient affaiblir la lutte contre la corruption et l'indépendance de la justice, a déclaré le vice-président de la Commission européenne Frans Timmermans, le 1^{er} octobre. Ces inquiétudes sont partagées par la Commission européenne. S'il s'avère que les règles ne sont pas respectées, nous n'hésiterons pas à convoquer le gouvernement devant les instances européennes. »

Invitée à Bruxelles le 3 octobre pour une audition devant le parlement européen, la Première ministre Viorica Dancila a exprimé son indignation face à la pression européenne. « Je vous dis pour commencer que je ne suis pas venue ici pour vous rendre compte de quoi que ce soit, a-t-elle déclaré aux députés européens rassemblés en séance plénière. En Roumanie nous sommes en train de construire une vraie justice pour les citoyens. »

La Roumanie est-elle prête à respecter les règles du club européen ? Plusieurs voix du PSD évoquent déjà un choix en faveur d'une sortie de la Roumanie de l'UE. Après le Brexit, le Roexit ? « Le seul désir de ceux qui dirigent la Roumanie est de faire sortir ce pays de l'UE afin d'éviter des poursuites pénales, affirme Dacian Ciolos, ancien commissaire européen à l'Agriculture et étoile montante de l'opposition roumaine. La campagne en faveur du Roexit a commencé selon un plan mûrement réfléchi, mais c'est une position irresponsable par rapport au destin européen de la Roumanie. » Plusieurs associations promettent d'occuper à nouveau la place publique pour exprimer leur désir d'Europe. En décembre 1989, un mois après la chute du mur de Berlin, les Roumains avaient obtenu leur liberté au prix de leur vie, mais ils assistent actuellement au réveil des démons du passé.

forderten oder mahnten, dass Berlin Verantwortung übernehmen sollte – oder sie gar in eine Führungsrolle gedrängt wurde, während sie selbst selten in der dritten Reihe stehen wollte. Dies war selten mit ihrem Politikstil zu vereinbaren. Sie glaubte zu lange an die Vernunft europäischer Politikerinnen und Politiker, um oftmals enttäuscht aus Brüssel abzureisen.

Doch an jenem lokalpolitischen Abend in Berlin zeigte sich die ganze Misere im politischen

System Deutschlands – wie vieler anderer westlicher Demokratien –, begründet in der tiefen Entfremdung zwischen Politik und Volk. Beide mögen nicht mehr so richtig miteinander reden, wenn sie einander ihre Nöte und Ängste, Wünsche und Visionen schildern. Den spezifischen Anderen jedoch als „dumm“ zu verkaufen, ist keine Lösung. Weder wird die Politik ein anderes Volk bekommen, noch zeigt sich – abgesehen von der Demokratie – eine andere erstrebenswertere Staatsform am Firmament.

.....

109 000

ticker

.....

Keine Energie

Offre d'emploi: 1 technicien (m/f)

L'Etablissement de Radiodiffusion Socioculturelle, opérateur de la radio de service public radio 100,7, recherche pour son service technique.

M. Jean-Paul Hoffmann démissionne du poste de directeur

L'Etablissement de Radiodiffusion Socioculturelle annonce que M. Jean-Paul Hoffmann a démissionné de son poste de directeur de la radio 100,7 afin de poursuivre d'autres opportunités professionnelles.

Laurent Loschetter, Verwaltungsratspräsident des öffentlich-rechtlichen Radiosenders *100,7* will dort nicht Interimsdirektor werden. Nachdem weder er noch die für *100,7* zuständige Regierungskommissarin vergangene Woche auf die Anfragen des *Land* reagierten, ob er die Leitung des Senders übernehme, wenn Noch-Direktor Jean-Paul Hoffmann das Haus verlässt, erklärte er *Paperjam*, er habe „weder die Zeit, noch die Energie um Interimsdirektor von *100,7* zu sein“. Eine Aussage, die überraschen kann, nachdem Loschetter noch Ende September behauptete, voller Tatendrang zu sein. Schließlich erklärte er damals, sein persönlicher Freund, Staatsminister Xavier Bettel (DP), habe ihn unter anderem deshalb auf den Posten nominiert, weil er, was er anfangs, auch zu Ende bringe. Hoffmann hatte Ende September gekündigt, unter anderem weil er die Unabhängigkeit des Senders gefährdet sah, da die Dauer des Direktorenmandats beschränkt werden sollte. Die interne Ordnung des Senders sieht vor, dass der Verwaltungsratspräsident die Leitung übernimmt, wenn kein Direktor im Amt ist. Loschetter sagte *Paperjam*, man habe eine Lösung gefunden; es gebe ein „gentleman's agreement“, wonach Hoffmann bis Mitte Dezember bleibe, damit „genug Zeit bleibe, um seinen Nachfolger zu finden“. Hoffmann, der von 1990 bis 1996 Geschäftsführer des *d'Lëtzebuurger Land*, danach in der SES-Geschäftsführung als Vize-Präsident für die Kommunikation zuständig war, bevor er 2013 die Geschäftsführung von *100,7* übernahm, wird im Dezember neuer Kommunikationschef der Uni. Ob eineinhalb

Monate „genug Zeit“ ist, um einen Direktor einer öffentlichen Einrichtung zu ersetzen, der möglicherweise eine andere Stelle kündigt und eine Kündigungsfrist einhalten muss, kann allerdings bezweifelt werden. Zumal da auf der *100,7*-Webseite zwar eine Technikerstelle ausgeschrieben ist, der Direktorenposten aber immer noch nicht (Foto: Auszug der Webseite). Loschetters Aussagen gegenüber *Paperjam* kamen übrigens, nachdem die Vereinigung der Europäischen öffentlich-rechtlichen Sender ERU vergangenen Donnerstag ein Schreiben von Mitte Oktober veröffentlichte, indem sie gegenüber Bettel ihre Besorgnis um die „aktuelle Debatte“ um den Sender ausdrückte und kritisierte, Finanzierungs- und Verwaltungsmodell entsprächen nicht den Vorgaben des Europarates (*d'Land*, 43/2018). ms

Not good enough

Am gestrigen Donnerstag hat die CSSF mit einiger Verspätung endlich die Webseite zum Vergleich der Bankgebühren freigeschaltet, die unter der ergonomischen URL *www.frais-compte-paiements.lu* zu erreichen ist. Darauf werden laut CSSF die Gebühren auf Zahlungskonten auf „transparente und objektive“ Weise dargestellt und das für die Schalterbanken, die mindestens 25 Filialen in Luxemburg haben. Im Vorfeld hatte der Verbraucherschutzverband, der seit Monaten eine Kampagne gegen seiner Ansicht nach zu hohe Bankgebühren betreibt, schon kritisiert, dass die Seite keinen Vergleichssimulator bietet. Darüber hinaus ist fraglich die Darstellung der Bankgebühren auf der Seite ist, denn wie die CSSF selbst in einer Mitteilung warnte: „Il convient de noter que les tarifs publiés sur le site comparateur puevent ne pas correspondre aux tarifs que les prestataires de services de paiement sont susceptibles d'offrir à leurs cxlients dans le cadre d'une offre groupée des services (package of services).“ Wodurch die CSSF belegt, dass sie von den Bankgebühren nicht mehr versteht als die Verbraucher. Denn es sind gerade diese Service-Pakete, die es den Bankkunden unmöglich machen, nachzuvollziehen, bei welcher Bank

sie nun mehr oder weniger für ihre Bankgeschäfte zahlen müssen. ms

Alvin Sold,

mehrere Jahrzehnte Chefredakteur des *Tageblatt* und Generaldirektor der Editpress-Gruppe, der seit 2011 Administrateur délégué derGgruppe war, zieht sich laut Eintrag aus dem Firmenregister vom 25. Oktober aus der Geschäftsführung zurück. Er bleibt Mitglied im Verwaltungsrat. ms

Successful applicant

Das Gläubigerkomitee von Essar Steel hat ArcelorMittal und seinen Mitbietern vergangenen Freitag den Zuschlag für die Übernahme des indischen Stahlproduzenten Essar Steel gegeben. Wie der Konzern mitteilte, habe er die schriftliche Bestätigung erhalten, „successful applicant“ des Bieterwettbewerbs zu sein. Davor hatte ein indisches Gericht Arcelor-Mittal aber erst einmal zwingen müssen, Milliardenschulden seiner Filialen gegenüber Essar und seinen Gläubigern zurückzuzahlen. Während Arcelor-Mittal auf den indischen Markt drängt, sorgt sich in Luxemburg der christliche Gewerkschaftsbund LCGB um das Verzinzungswerk in Düdelingen, das im Rahmen der Ilva-Übernahme durch Arcelor-Mittal verkauft werden muss und für das weiterhin kein Zuschlag erteilt wurde. In einer Mitteilung bemängelt der LCGB, dass Liberty House, der Konzern der Unternehmerfamilie Gupta, der über seine Filiale Liberty Steel bereits vier andere Werke von Arcelor-Mittal übernommen hat und dem Interesse an Düdelingen und Lüttich nachgesagt wird, ein Mischkonzern ist, dessen Finanzierung „sehr obskur“ sei, und der Eigentümer der Familie Mittal sehr nahe stehen würden. ms

Internalités négatives

Qui l'eût pensé : les fonds immobiliers de Becca, Lux et Giorgetti (« Olos, Pharos & Cluster », *d'Land* du 20 avril 2018) qui, pris ensemble, pèsent plus d'un milliard d'euros, ont indirectement fait leur entrée dans les discussions de coalition. Ce fut Romain Wolff, le président fédéral de la CGFP, qui thématisa ce schéma d'optimisation fiscale agressive jeudi dernier lors de la

réunion de concertation entre coalitions syndicales. D'après Wolff, les critiques de la CGFP n'auraient pas provoqué de réactions à chaud de la part des potentiels coalitions. Ceux-ci se bornaient à écouter les exposés des représentants syndicaux qui se suivaient.

Wolff est revenu ce samedi sur la question dans une tribune publiée dans le *Tageblatt*. Il y dépeint les fonds d'investissement spécialisés (FIS) comme « der beste und deutlichste Beweis, dass es keine Steuergerechtigkeit gibt und dies politisch auch nicht gewollt zu sein scheint ». Introduit en 2007, le régime des FIS permet aux investisseurs de thésauriser les plus-values et rentes tirées de l'immobilier. Ces fonds ne paient qu'une taxe d'abonnement de 0,01 pour cent ; une forme de mainmorte fiscale à durée indéterminée. Et, avec un minimum d'habilité comptable, le FIS permet également de sortir les plus-values du groupe à des taux fiscaux très avantageux.

Romain Wolff, un ancien du service anti-fraude à l'Enregistrement, garde une sensibilité pour la question de l'équité fiscale. Il considère que les fonctionnaires et salariés payeraient leurs impôts « jusqu'au dernier centime », alors que les « Großverdiener » tireraient leur épingle du jeu. La CGFP demande donc « ein Umdenken » dans la question des FIS, notamment à l'occasion de la prochaine réforme fiscale. bt

Externalités négatives

Du point de vue de la place financière, le fait qu'une demi-douzaine de promoteurs autochtones profitent des fonds immobiliers pour optimiser leurs impôts, constitue un épiphénomène. Car ce produit est surtout destiné au marché international, gestionnaires d'actifs états-unis en tête. Le Luxembourg est aujourd'hui le principal domiciliaire européen pour les fonds immobiliers : 337 étaient domiciliés au Grand-Duché fin 2017, gérant un total de 55,6 milliards d'euros en actifs. Dans le *Wort* de ce mercredi, le cabinet d'audit EY se réjouit que les fonds immobiliers aient progressé de 23 pour cent entre août 2017 et août 2018. Alors que la CGFP revendique une taxation plus forte, l'Alfi appelle le prochain

Festnetzanschlüsse waren am 1. August bei der Luxemburger Post angemeldet. In einer Antwort auf eine parlamentarische Frage der DP-Abgeordneten Joëlle Elvinger und André Bauler erklärte Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP), die Zahl der klassischen Anschlüsse sinke seit Jahren. Ziel der Post sei es, bis 2024 alle Festnetzanschlüsse technologisch aufzurüsten und auf Internet-Protokoll umzustellen. Die Kunden bekämen von der Umstellung meistens nichts mit und könnten ihre Telefongeräte weiter benutzen. ms

gouvernement à introduire « un régime plus spécifique » (lisez : plus avantageux) pour les fonds immobiliers. Car la concurrence entre centres financiers serait « féroce ». bt

Equalization

Les firmes européennes Spotify, Booking.com et Zalando se sont prononcées cette semaine contre une taxe sur les revenus des entreprises numériques qui « causerait un préjudice matériel à la croissance économique et à l'innovation, à l'investissement et à l'emploi dans toute l'Europe ». Que ce soit par réflexe pavlovien, par principe ou simplement pour protéger les intérêts d'Amazon, le gouvernement luxembourgeois s'était toujours opposé à une telle « taxe Gafa » en invoquant le sacro-saint « level playing field ». Or, face au ralliement du groupe de Visegrád et de l'Allemagne à l'idée, les ministres des Finances néerlandais et luxembourgeois ont récemment revidé leur position. Au cas où l'accord européen inclura une « sunset clause », le Luxembourg pourrait être d'accord, a fait savoir Pierre Gramegna (DP) début octobre. Cette clause prévoit que dès que l'OCDE aura trouvé une solution au niveau mondial, elle remplacera la solution européenne. À moins que le Luxembourg ne préfère laisser le sale boulot aux Irlandais. Après tout, un veto suffirait pour faire capoter le projet au Conseil. Et pourquoi se salir inutilement les mains et la réputation ? bt





Apparitions de Willy Hein sur RTL-Télé entre 2000 et 2004

Willy Hein (1934-2018) – Une nécrologie

La passion d'un promoteur immobilier

Bernard Thomas

Décédé le dimanche 14 octobre, à l'âge de 84 ans, le promoteur immobilier Willy Hein vient d'être inhumé en toute discrétion à Hamm. « E Macher », « frech wéi Sau », « un visionnaire », « querelleur », « généreux », « un ennemi redoutable », « jovial », « capable du meilleur comme du pire » : nous avons parlé à quatorze de ses contemporains (politiciens, concurrents, collaborateurs) pour tenter de retracer l'histoire peu connue d'un des principaux Tycoons de l'immobilier luxembourgeois.

Willy Hein est né en 1934 à Bour dans le canton de Mersch, fils cadet d'une famille paysanne. Son frère aîné étant prédestiné à reprendre la ferme, Willy doit trouver sa propre voie d'ascension. Elle passera par l'armée et l'immobilier. Entré dans la Police, il anime une émission pour enfants sur *RTL-Radio* sur la sécurité routière qui lui confère une certaine notoriété. Mais celui qui se considérera toute sa vie durant comme un *outsider*, entre en conflit avec sa hiérarchie. Hein quitte la force publique en 1963 pour se lancer dans l'immobilier. Il fait ses débuts auprès de l'agence immobilière Weckbecker, dans un secteur immobilier encore peu encombré et relativement paisible : Une demi-douzaine d'agences se partagent alors la capitale. (Le Statec en recense plus de mille à l'heure actuelle.)

Rapidement, Willy Hein se met à son propre compte. Son idée était de réunir promotion, vente et gestion immobilières dans une entité. Il eut la persévérance nécessaire au métier. Il racontera plus tard les soirées interminables passées à boire du mauvais cognac jusqu'à pas d'heure chez des grands-mères, dans l'espoir de décrocher une parcelle. Une de ses premières grandes transactions, il la réalise en 1969-1971 : Hein acquiert 3,5 hectares de terrains sur le Kirchberg pour le compte de l'École Sainte Sophie, dont il vend les anciennes bâtisses, rue de la Congrégation, à l'État.

Dans de nombreuses opérations immobilières, l'ancien policier jouait le rôle d'intermédiaire, de mandataire dissimulé de l'État et des communes. Quand les autorités ne voulaient s'afficher officiellement, elles envoyaient Willy Hein sur le terrain. Il ne s'était pourtant jamais attaché à un parti. Bien que le CSV ait acheté un de ses appartements rue de l'Eau et que son frère ait été candidat sur la liste de la circonscription Est, les affinités et rancunes politiques de Hein changeaient au gré de ses succès et échecs commerciaux.

En 1980, lorsque la Ville de Luxembourg décide de faire ériger un parking rue du Fort Neipperg, c'est Willy Hein, plutôt qu'un fonctionnaire communal, qui est envoyé marchander avec les propriétaires des cabarets et strip-clubs. Le mandataire officieux réussira sa mission et rassemblera un terrain de 33 ares auprès de 31 propriétaires. Ces deals entre le promoteur et les responsables politiques étaient scellés par une poignée de main et financés par des lignes de crédit débloquées auprès de la BCEE. Mais Willy Hein se trouvait engagé en son nom

Dans les années 1970 et 1980, Willy Hein apparaît comme le promoteur de confiance du pouvoir politique. Jusqu'à ce qu'il s'enlise dans le dossier Place de l'Étoile

personnel : endetté jusqu'au cou, il dépendait de la seule parole politique.

« La commune et l'État lui faisaient confiance, et vice-versa », dit Colette Flesch (DP), qui était maire de la Ville entre 1969 et 1980. « Si les propriétaires savent que la commune a besoin du terrain, il auront tendance à augmenter les prix », c'est dans ces termes qu'elle explique le besoin du recours aux services de Hein. Pour éviter que la nouvelle ne s'ébruite, l'accord avec le promoteur devait rester confidentiel ; le Conseil communal n'était pas mis au courant, ni même la totalité du conseil échevinal. La commune finira par déboursier 154 millions de francs luxembourgeois pour 26 ares (sur lesquels sera érigé le parking) que Willy Hein avait acquis pour la somme de 114 millions. Quant aux 11,5 ares formant le coin de la rue Neipperg et de la rue de Bonnevoie (où le Fonds du Logement construira un bloc d'appartements), la commune déboursera 126 millions pour des terrains achetés à 80 millions. Au total, Willy Hein aura donc facturé 86 millions de francs en frais et commissions.

Suite à ces transactions, le nom de Willy Hein commence à apparaître dans les colonnes du *Land*, affublé de titres comme : « Stadt- und landbekannter Promoteur » ou « vielseitiger Baulöwe ». En 1981, lors d'un meeting électoral au Casino de la rue Notre-Dame, Robert Krieps, tête de liste du LSAP aux communales, aperçoit Hein dans l'audience et le sermonne : « Si je deviens bourgmestre, vous et vos semblables passerez un mauvais moment dans cette ville. » Mais ce seront les frais de notaire qui transformeront l'opération de la rue Neipperg en affaire politique. Le notaire Camille Hellinckx, qui avait établi 29 des 31 actes de vente, était également échevin DP de la Ville de Luxembourg. Or, il n'avait pas eu l'intelligence de quitter les réunions échevinales aux moments où le deal s'était décidé ; un conflit d'intérêts qui déclenchera une longue procédure judiciaire.

À partir de 1973, Willy Hein commencera à acheter des parcelles sur l'ancien Kirchberg, côté Weimerskirch (donc en dehors du périmètre du Fonds

Kirchberg). Pour relier les deux plateaux et valoriser sa nouvelle cité, Hein construira le pont Joseph Bech, « clé en main » et financé par la commune. Au Kirchberg, Hein dressera des tours d'habitation à l'aspect brutaliste. Une annonce pleine-page parue dans le *Land* promet aux acquéreurs potentiels une « véritable ville de loisirs à deux pas de la City », « ultra-moderne », « raffinée » et « esthétique », « où l'on ne vit que pour son plaisir, où ne travaillent que ceux qui sont là pour vous servir ». Cet élitisme affiché lui valut des critiques. En 1980, dans le mensuel *Forum*, Serge Kollwelter évoquait « des appartements de luxe destinés en grande partie aux fonctionnaires européens ». (Le Prince Félix sera un des habitants du nouveau quartier.)

En privé, Willy Hein n'était pourtant ni ostentatoire ni mondain. Il ne prenait jamais de vacances, et les rares excursions en famille étaient le plus souvent un prétexte pour visiter de nouvelles cités, de Munich à Düsseldorf. Hein ne conduisait ni Mercedes ni BMW, mais une Citroën, n'habitait pas une clinique villa au vert, mais un appartement assez quelconque et « bieder » au Belair. Comparé au promoteur-architecte Paul Retter, connu pour ses fêtes somptueuses où courait toute la haute société, l'explicite Hein vivait discrètement. Ceci lui valut une réputation de promoteur sans chichis.

À l'inverse d'un immeuble Retter, identifiable au premier coup d'œil (que ce soit sur le boulevard Royal, l'avenue Monterey ou le boulevard d'Avranches), il n'y a pas de « style Hein ». En un demi-siècle d'activités immobilières, Hein aura épousé toutes les modes, passant du brutalisme au postmodernisme. Du coup, son héritage urbanistique a moins prêté à la critique que celui de Retter, qui, dès 1981, donc une année après sa mort, sera vilipendé par l'urbaniste Léon Krier comme « dynamique ennemi de l'architecture qui traita avec une brutalité incroyable cette ville, dont la beauté avait attendu le cœur même des féroces occupants nazis ».

Dans les années 1980, après une soumission lancée par le ministre de la Culture, Pierre Werner (CSV), Willy Hein sera chargé de la « revitalisation » de l'îlot Clairefontaine, un quartier délabré dont il démolit la plupart des maisons anciennes. Il les reconstruit en mode « Disney World », ce qui confère jusqu'à aujourd'hui un aspect factice au pâté de maisons. Sur la place, il arrachera les pavés et creusera un gigantesque trou où sera aménagé un parking de 120 emplacements, réservés aux ministres, députés et hauts fonctionnaires. Étant donné l'importance du parking comme symbole de prestige personnel, ce projet aura fait beaucoup d'heureux. D'autant plus que Hein réussit à convaincre le cuisinier Tony Tintinger à quitter Esch-sur-Alzette pour ouvrir un restaurant Place Clairefontaine – Tintinger se rappelle que le gouvernement avait expressément demandé que s'y installe un établissement haut de gamme géré par un Luxembourgeois – qui deviendra à partir de 1984 la cantine ministérielle. (Les locaux du restaurant appartiennent à la CGFP, tout un symbole.)

À un moment pourtant, la relation entre le promoteur et le pouvoir politique a tourné au vinaigre. Par ses services rendus, Hein aura gagné beaucoup d'argent, mais peu d'estime. Dans les milieux politiques, il sera considéré comme un ex-flic de moins en moins utile et de plus en plus raseur. À la fin des années 1980, Hein a dépassé son zénith. Ses visiteurs se rappellent son bureau, rue Goethe, comme une capsule temporelle. Willy Hein refusait qu'on y touche. Avec ses boiseries foncées, son gigantesque agrandissement d'une photo aérienne de la capitale, son tapis-plain vert et ses meubles design, l'endroit exultait une atmosphère datée, celle du chic nouveau-riche des années 1970. Cheveux gominés en arrière et costumes mal ajustés, Willy Hein était devenu un anachronisme.

Mais il était encore capable de concevoir des projets grandioses. Au début des années 1990, il proposait ainsi à la commune d'ériger un nouveau stade à la Kockelscheuer et de construire des logements sur les terrains libérés route d'Arlon. Mais Hein avait tendance à rajouter sans cesse une couche, jusqu'à atteindre le point où aucun responsable politique ne pouvait le suivre. Maire de la capitale entre 1999 et 2011, Paul Helminger (DP) évoque un « interlocuteur difficile » : « Il avait toujours une carte qu'il tirait à un moment donné et qui remettait tout en question ».

La plupart des politiciens préféraient désormais garder leurs distances. Hein commençait à avoir une réputation de manipulateur rancunier, et ses récits avaient tendance à virer aux théories du complot. En 1982, alors que le pouvoir de nuisance de Hein était encore intact, le *Land* interprétait le « leak » de la correspondance entre promoteurs et échevins de la capitale comme signe, « dass sich der Krieg zwischen zwei Baulöwen zugespitzt hat ». (Un constat qui préfigure de trente ans la rivalité entre Guy Rollinger et Flavio Becca et ses dommages collatéraux politiques.)

En 1971, Hein avait fondé la Chambre immobilière du Grand-Duché de Luxembourg. Elle se posera en gardien de la « qualité » et de la « déontologie ». Le nom de ce lobby exprime un désir de respectabilité poussé jusqu'à l'usurpation institutionnelle. La « Chambre » deviendra pour Hein une manière de lutter contre sa marginalisation politique. Alors que son influence dans le secteur faiblit, il cherche à se donner une visibilité via les médias. Entre 2000 et 2005, Hein apparaît à huit reprises sur *RTL-Télé*, invité du « Top Thema » ou donnant des interviews devant des terrains vagues et des chantiers.

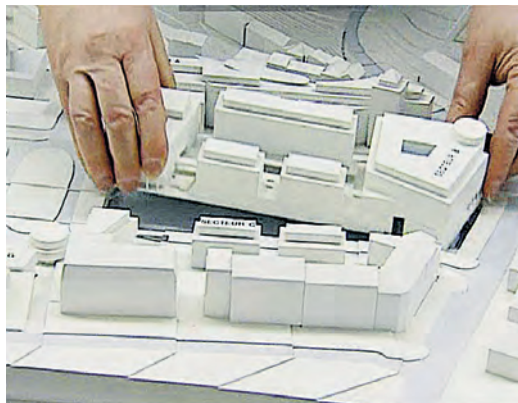
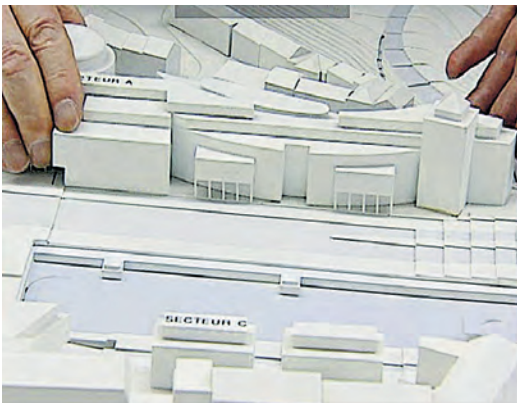
À partir de 1989, Hein commençait à avaler très gros : la Place de l'Étoile. Il s'en suivra une indigestion qui durera 27 ans. Empêtré dans ce projet, Hein passera largement à côté du boom de la place financière et de ses juteuses opérations immobilières. Le dossier Stäreplaz sera un désastre : annonces sans lendemain, procès à répétition, escarmouches entre propriétaires, concurrence entre État et commune. Et, surtout, un gouvernement qui refusait de « jouer

les promoteurs privés », bien qu'au milieu des années 1990, l'État y détenait 48 pour cent des terrains.

Pendant tout ce temps, Willy Hein aura vécu avec une épée de Damoclès au-dessus de la tête : En 1992, il avait contracté un crédit énorme auprès de la BCEE, qui lui permit d'acheter par petits bouts la Place de l'Étoile. Tous les grands projets de Willy Hein furent réalisés grâce aux crédits accordés par la banque d'État. Ceci alimentait la rumeur que, dans le dossier Stäreplaz, Hein agissait en réalité pour le compte du gouvernement. « On se demandait toujours d'où lui venait sa longue haleine, comment il tenait sans construire. La réponse se trouve probablement Place de Metz... », dit Paul Helminger. À qui voulait l'entendre, le promoteur racontait avoir agi comme mandataire officieux du Premier ministre Jacques Santer (CSV). Ce serait presque contre son gré qu'il aurait été entraîné dans le borbier de la Place de l'Étoile. L'ancien Premier ministre dément avoir donné un quelconque mandat à Hein ; mais, ajoute-t-il, il serait possible qu'il y ait eu des liens avec d'autres ministres, notamment celui des Travaux publics.

En 2007, il semblait que Hein avait finalement réussi à sextirper de la Stäreplaz en vendant ses terrains à John Jones, un homme d'affaires britannique financé par des pétrodollars qataris. Hein s'en tira sans gloire, mais, étant donné l'évolution des prix fonciers, avec profit. À ses proches il parlait de sa première journée en liberté, délesté du poids de la dette. Mais ce n'était que le début d'un long épilogue, qui prouve que Hein n'était pas un simple spéculateur, mais un véritable obsédé de la Place de l'Étoile, « son » projet qu'il ne pouvait lâcher. Car Hein n'avait pas tout vendu aux Qataris. Il avait gardé quelques encoches : rien qu'une soixantaine de mètres carrés, mais stratégiquement placés. Il dépensera toute son énergie et beaucoup de son argent en frais d'avocats pour en faire une minorité de blocage. Ce fut un étrange jeu de miroirs : Après avoir, des années durant, combattu les petits propriétaires de la Place de l'Étoile, ce fut Hein qui se retrouva dans le rôle du faible guérillero luttant contre le remembrement.

En 2016, le fonds souverain d'Abu Dhabi rachète les terrains aux Qataris (pour un prix estimé à 135 millions d'euros). Hein, désormais octogénaire, finit par lâcher. Il vend ses derniers lopins de terre ; après trois décennies, le remembrement est réussi. (Mais les nouveaux investisseurs ayant annoncé vouloir redessiner le projet, on est reparti pour des années de procédures.) À Hein, il ne reste plus que deux mètres carrés sur lesquels il a fait ériger une statuette d'un éléphant. Cet objet kitsch est un vestige de l'« Elephant Parade », une campagne en faveur des éléphants d'Asie menacés d'extinction. Mais, aux yeux de Hein, l'animal symbolisait tous ceux qui, par leur lourdeur, avaient bloqué son grand projet. Ce petit monument – illisible pour le passant – sera l'ultime trace que Willy Hein aura laissée sur la Place de l'Étoile.



Willy Hein exhibant son projet pour la Place de l'Étoile en 2004. Vue sur la Stäreplaz en octobre 1989

Wie Amazon und Co. 1,3 Milliarden Euro Verluste nach Luxemburg schoben und damit das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Wirtschaftsindikator unbrauchbar machten



Amazon hat 2017 633 Millionen Euro Verlust gemacht, die Micosoft-Tochter Skype 192 Millionen Euro Verlust, die Franchising-Gesellschaft von McDonald's schloss bereits 2016 die Türen

Technisches Problem

Michèle Sinner

Als das Stateg eine Woche nach den Wahlen die Wachstumszahlen für 2017 drastisch nach unten korrigierte, rochen manche ein politisches Manöver. Nur 1,5 Prozent Wachstum vergangenes Jahr statt einer Ausweitung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 2,3 Prozent, von der das Stateg bis dahin ausgegangen war – waren diese Zahlen etwa bewusst zurückgehalten worden, um den Wählern vorzumachen, es ginge dem Land besser als in Wirklichkeit der Fall ist? Wieso, wenn im Wahlkampf so viel darüber diskutiert wurde, dass die Wirtschaft zu schnell wachse?

Die neuen Zahlen interpretierte Finanzminister Pierre Gramegna (DP) am Rande der Koalitionsverhandlungen vergangene Woche aus diesem Blickwinkel: „Das BIP ist nicht so spektakulär gut, wie die Leute immer gesagt haben. Wir haben also kein so riesiges Problem zu schnellen Wachstums. Wir hatten im Schnitt eine Wachstumsrate von 3,5 Prozent seit 2014. Das sind vernünftige Wachstumsraten.“

Das stimmt, wenn man den Erklärungen glaubt, die Stateg-Direktor Serge Allegrezza hier und da machte, so nicht wirklich. Denn er gab mehr oder weniger deutlich zu verstehen, dass die neuen Zahlen die tatsächliche wirtschaftliche Entwick-

lung nicht mehr widerspiegeln, das BIP als Indikator beschädigt ist. In der Sendung *Kloertext* bei *RTL Télé* führte er das unglückliche Timing darauf zurück, dass man kurz vor dem Veröffentlichungstermin derart große Diskrepanzen feststellte, dass man bis auf die Mikrodaten einzelner Unternehmen zurückging, um zu prüfen, warum die neuen Berechnungen und die alten Vorhersagen so weit auseinanderlagen. Denn Ende 2017 beispielsweise, als die Regierung ihren vorläufigen Haushaltsplan in Brüssel einreichte, ging man darin noch von einem BIP-Wachstumsrate von zwischen zwei und 3,4 Prozent aus.

Dass die Wachstumsprognosen in Luxemburg oft und viel korrigiert werden, ist nicht neu und liegt an der offenen, auf den Export von Finanzdienstleistungen spezialisierten Wirtschaft. Aufgrund der hoch entwickelten Bankenbranche und der überdimensionierten Investmentfondsindustrie folgte die Wachstumskurve der Luxemburger Wirtschaft grosso modo der Kurve des Börsenindikators Eurostoxx50. Stiegen die Börsenkurse, stieg auch das Luxemburger BIP und mit ihm die Beschäftigungsrate und die Staatseinnahmen. Fielen sie, verlangsamten sich Wachstums- und Beschäftigungsrate, die Einnahmen aus der Abonnementstaxe fielen. Als weitere Faustregel konnte

man sich bisher meistens darauf verlassen, dass der Luxemburger Wirtschaftsmotor, durch die Finanzbranche getunt, meistens schneller drehte als der der Eurozone und ein paar Prozentpunkte Wachstum mehr aufzuweisen hatte.

Diese Zusammenhänge, egal in welche Richtung es ging, scheinen sich nun aufzulösen. Das BIP der Eurozone stieg 2017 um 2,3 Prozent an, also schneller als die 1,5 Prozent in Luxemburg. Dennoch wurden weiter neue Mitarbeiter rekrutiert, denn die Beschäftigungsrate stieg in der gleichen Zeit mehr als doppelt so schnell an, um 3,2 Prozent. Und die Steuereinnahmen fielen trotz Steuererleichterungen und Mehrwertsteuerausfällen beim elektronischen Handel insgesamt um 5,3 Prozent höher aus. Die Unternehmen zahlten zehn Prozent mehr Steuervorschüsse. Dass die Einnahmen ganz deutlich anstiegen, lag also nicht nur daran, dass die Steuerverwaltung Rückstände aus den Vorjahren eintrieb, sondern auch an einem steigenden Steueraufkommen insgesamt. So wies das Stateg in seinem *Conjoncture Flash* 10/2018 vergangene Woche auf „une certaine déconnexion du PIB voire de la valeur ajoutée des fondamentaux conjoncturels“ hin, und erklärte, diese Entkopplung sei auf die Operationen von ein paar multinationalen Unternehmen zurückzuführen. „Ces phénomènes, bien qu'isolés, ont donc un impact technique – mais significatif – et biaisent son interprétabilité en tant qu'indicateur synthétique de l'activité économique du pays.“ Rechnete man diese Operationen der Multis, die ihre Strategie im Laufe des vergangenen Jahres angepasst haben, heraus, erklärte Serge Allegrezza auch im 100,7-Interview, lägen die Wachstumszahlen für die restliche Ökonomie näher an dem, was man eigentlich erwartet hatte.

Besagte Operationen entsprachen laut *Conjoncture Flash* 2,5 Prozent des BIP von 2017, das den neuesten Berechnungen zufolge 55,301 Milliarden Euro entsprach, also 1,382 Milliarden Euro. Um welche Unternehmen es sich dabei handelte, wollte der Stateg-Direktor im Radiointerview nicht sagen, er riskiere eine Haftstrafe, wenn er das Statistikgeheimnis breche.

Doch ein Blick in die Firmenbilanzen der Luxemburger Niederlassungen der Multis steht jedem offen und darin lässt sich nachvollziehen, wie manche von ihnen, statt ihre Gewinne nach Luxemburg zu verschieben, sie 2017 offenbar anderswo verteilt haben. Amazon, der Online-Händler, der noch 2016 Gewinne von 219 Millionen Euro in Luxemburg meldete, fuhr 2017 einen Verlust von 633 Millionen Euro ein. Coca-Cola European Partners, die 2016 noch 461 Millionen Euro Gewinn in Luxemburg verbuchten, meldeten 2017 einen Gewinn von „nur“ noch 143 Millionen Euro, weil die Filialen statt wie im Vorjahr 467 nur noch 145 Millionen Euro Dividenden überwiesen. Der Ketchup-Fabrikant Heinz, der 2016 noch 6,6 Milliarden kanadische Dollar nach Luxemburg geleitet hatte, rund 4,4 Milliarden Euro, und einen Gewinn von rund 2,3 Milliarden Euro registrierte, entschied 2017, gar keine Dividenden nach Luxemburg zu überweisen, und der Gewinn fiel auf 51 Millionen Euro. Skype Global, die in den Vorjahren rund

Vor einem Jahr wurde noch befürchtet, Luxemburg könne 2017 sein mittelfristiges Haushaltsziel verfehlen, weil der konjunkturelle Anteil am Saldo zu hoch ausfalle. Damals ging man von einem BIP-Wachstum von 4,8 Prozent aus. So dass mittlerweile nur noch sicher ist, dass das BIP und alle Angaben, die daran gemessen werden, immer weniger aussagen

vier Prozent liegen werden. Dass die Luxleaks-Affäre aber auch in Zukunft noch Folgen auf das BIP haben wird, ist nicht auszuschließen, da die großen Anpassungen des Steuerrahmens erst zum kommenden Jahreswechsel mit der Atad-Richtlinie in Kraft treten, worauf es möglicherweise wieder unvorhersehbare Reaktionen geben könnte. Beziehungsweise solche Reaktionen, die sich nach den EU-Vorgaben zur Berechnung des BIP, denen das Stateg folgen muss, nicht so neutralisieren lassen, dass das BIP noch die wirtschaftlichen Realitäten im Land widerspiegelt.

Das hat auch Folgen an anderer Stelle. Als der nationale Rat für die öffentlichen Finanzen CNFP kürzlich der Regierung bescheinigte, vergangenes Jahr die europäischen Haushaltsregeln eingehalten zu haben, stützte er sich dabei auf die noch nicht korrigierten Daten von Juni, als man von einem BIP-Zuwachs von 2,3 Prozent ausging, also weitaus mehr als sich in der Zwischenzeit bestätigt hat. Durch die Korrekturen verändert sich natürlich auch das theoretische Wirtschaftspotenzial und in der Folge die Produktionslücke aufgrund derer schließlich das strukturelle Saldo berechnet wird, anhand dessen Brüssel misst, ob ein Euroland die Stabilitätskriterien einhält oder nicht.

Allerdings ging der CNFP bei seiner letzten Berechnung von einem BIP von 48,8 Milliarden Euro aus, während es laut *Conjoncture Flash* vom Oktober bereits sechseinhalb Milliarden mehr, nämlich 55,301 Milliarden betrug. Was das nun über den Zustand der Staatsfinanzen aussagt? Derzeit ist der Überschuss nominal und strukturell so hoch, und das mittelfristige Haushaltsziel mit einem strukturellen Saldo von -0,5 Prozent so niedrig, dass Luxemburg kaum Probleme hätte, es einzuhalten. Und im Prinzip steigt der strukturelle Saldo wenn der konjunkturelle Anteil am Saldo sinkt. Deshalb hatte man im Juni vergangenen Jahres, als man noch davon ausging, die Wirtschaft würde 2017 und 2018 um 4,8 Prozent zulegen, befürchtet, der strukturelle Anteil würde so weit sinken, dass Luxemburg riskiere, die Haushaltsregel nicht mehr einzuhalten, weil der konjunkturelle Anteil am Saldo zu hoch ausfalle (*d'Land*, 02.06.2017). So dass mittlerweile nur noch sicher ist, dass das BIP immer weniger aussagekräftig wird, obwohl an ihm nicht nur das Defizit, sondern auch die Staatsverschuldung gemessen werden. Zwar sagte ein Sprecher des Finanzministeriums dem *Land*, bei der Haushaltsplanung brauche man das BIP konkret nur, um die Verteilungsausgaben zu planen, bei denen es im Rahmen der Nato Auflagen gibt, mindestens zwei BIP-Prozent auszugeben. Alles andere werde im Nachhinein berechnet. Dennoch wird es spannend sein zu sehen, was das Nationale Wirtschafts- und Finanzkomitee den Koalitionspartnern kommende Woche über die Wirtschaftsentwicklung erzählen wird und über den finanziellen Handlungsspielraum, der sich daraus für die gerade begonnene Legislaturperiode ergibt. Am kommenden Donnerstag wird übrigens auch die EU-Kommission ihre neuen Prognosen über die Wirtschaftsentwicklung in den Mitgliedstaaten vorlegen, so dass man ebenfalls gespannt sein kann, zu welchen Ergebnissen sie kommt.



Stateg-Direktor Serge Allegrezza

Malgré la concurrence du commerce en ligne

Toujours plus de centres commerciaux en Europe

Georges Canto

Un peu partout en Europe apparaissent de nouveaux centres commerciaux, tandis que les infrastructures existantes s'agrandissent ou se restructurent. C'est notamment le cas au Luxembourg : après Diferdange et l'ouverture du centre « Opkorn » (un hypermarché Auchan et 23 boutiques sur 33 000 mètres carrés) en octobre 2017, ce sera bientôt au tour de la Cloche d'Or de voir surgir un énorme ensemble de 75 000 mètres carrés comprenant, outre l'inévitable hypermarché (à nouveau un Auchan), quelque 140 magasins et 22 points de restauration. Onze millions de visiteurs annuels sont espérés dans ce nouveau temple de la consommation, qui comprendra également une zone d'habitation de 250 appartements et un centre médical.

Les pays voisins ne sont pas en reste. En Belgique a été inauguré en octobre 2016 le centre « Docks Bruxelles ». Sur 61 000 mètres carrés, il compte 113 boutiques, une vingtaine de restaurants, huit salles de cinéma, un parcours d'aventures *indoor*, une salle pouvant accueillir 1 500 personnes et un musée. Premier centre commercial à s'ouvrir à Bruxelles depuis le début des années 1980, il devrait accueillir plus de huit millions de personnes par an. À Verviers, c'est un « CityMall » de plus de 22 000 mètres carrés qui devrait voir le jour d'ici deux ans.

En France, 2019 verra aboutir une dizaine de projets nouveaux, dont le « Shopping Promenade Cœur Alsace » (67 000 mètres carrés, soixante enseignes) près de Strasbourg. Mais le programme le plus pharaonique dans ce pays reste « Europa City », à Gonesse au nord de Paris. Sous l'égide de la foncière française Ceetrus (ex-Immochan, la même que celle qui est à la manœuvre au Luxembourg) associée à la chinoise Wanda, ce méga-centre qui devrait ouvrir en 2024 comprendra 230 000 mètres carrés de surfaces commerciales (500 boutiques), 150 000 de surfaces de loisirs et 50 000 de surfaces « culturelles ». La seule restauration occupera 20 000 mètres carrés et 2 700 chambres d'hôtel sont aussi prévues.

Selon une étude européenne de Cushman & Wakefield, entre juillet 2017 et décembre 2018, ce sont 6,8 millions de mètres carrés de nouvelles surfaces de centres commerciaux qui auront été inaugurés en Europe. Sur ce total l'Europe de l'ouest pèse 2,7 millions de mètres carrés, dont soixante pour cent en créations.

Le mouvement est porté par plusieurs facteurs. Dans certains pays (Turquie, Russie) ou régions, la densité de centres commerciaux est inférieure à la moyenne européenne et la création de surfaces nouvelles marque donc un effet de rattrapage, surtout si la zone concernée se porte bien économiquement ou démographiquement. De ce fait, l'Europe centrale et de l'est représente soixante pour cent des nouvelles surfaces dont 80 pour cent sont des créations ex-nihilo.

Le concept de « retail park » soutient également la croissance. Ces structures, qui mélangent les activités de shopping et de loisirs, avec des espaces de détente pour toute la famille et de vastes espaces verts qui

20 à 25 pour cent des malls américains pourraient être condamnés dans les cinq ans à venir. Et en Europe ?

incitent à la promenade, représentent le plus gros des nouvelles surfaces disponibles en Europe de l'ouest (77 pour cent). Pour les grandes foncières, il s'agit de remédier au vieillissement des centres existants dont la fréquentation baisse et où le taux de vacance augmente, en renouvelant l'expérience client.

Selon la fédération commerciale française Procos, les enseignes sont attirées par « des coûts d'exploitation (loyers et charges) plus adaptés aux potentiels de chiffres d'affaires de ces zones de chalandises », entraînant ainsi de nombreux transferts de magasins vers ces nouveaux « centres commerciaux à ciel ouvert ». Plusieurs grands projets de rénovation de centres existants vont d'ailleurs dans ce sens.

Le paradoxe est que plusieurs des grandes enseignes qui participent à cette frénésie sont à la peine ! C'est spécialement le cas des « locomotives » des centres commerciaux que sont les hypermarchés, dont le modèle connaît de fortes turbulences sur leurs marchés d'origine. Ainsi, Auchan, dont le directeur général pour la France reconnaissait début octobre que « ces dernières années, l'entreprise a été déstabilisée par l'ampleur de la transformation », a vu son chiffre d'affaires stagner au premier semestre 2018 et son excédent d'exploitation diminuer de 18,5 pour cent ! Quant à ses concurrents Carrefour et Casino, en difficultés pour des raisons différentes, ils font l'objet d'une rumeur de rapprochement. Au Royaume-Uni, le rachat envisagé d'Asda (filiale de Walmart) par Sainsbury pourrait se traduire par 2 500 licenciements. En Allemagne, Metro a annoncé une baisse de son chiffre d'affaires de 2,3

pour cent entre juillet et septembre en raison de la contre-performance des hypermarchés Real.

Le format des « grands magasins » (*department stores*) est aussi affecté. Le 25 octobre, la célèbre enseigne britannique Debenhams, fondée en 1778, a déclaré vouloir fermer cinquante de ses 165 points de vente au Royaume-Uni d'ici trois à cinq ans, supprimant 4 000 emplois sur un total de 27 000. Sur l'exercice 2017-2018, elle a enregistré une perte de 17 pour cent de son chiffre d'affaires, lui-même en baisse. En mai, Marks & Spencer avait déjà annoncé la fermeture de cent points de vente d'ici à 2022.

Enfin, certaines enseignes de distribution spécialisée, incontournables dans tout centre commercial, connaissent aussi des problèmes. Dans l'habillement, à l'exception notable de l'espagnole Zara, de la suédoise H&M et de l'irlandaise Primark, l'heure est à la morosité. La chaîne de mode française Camaïeu (900 magasins dans quinze pays, dont 27 en Belgique et deux au Luxembourg), très endettée alors que son chiffre d'affaires diminue, vient de demander une procédure de sauvegarde, la protégeant contre ses créanciers, après un plan de sauvetage en 2016. Dans le groupe Mulliez, qui contrôle Auchan, l'enseigne féminine Pimkie et ses homologues côté mode masculine, les magasins Jules et Brice, vont totaliser près de 130 fermetures.

Même son de cloche du côté de l'électronique grand public : issu de la restructuration de Metro en 2017, l'allemand Ceconomy, numéro 1 européen avec plus de mille magasins Media Markt et Saturn, a fait état d'un recul de 3,8 pour cent de ses ventes pendant l'été et, après l'annonce d'une baisse de douze pour cent du résultat opérationnel, son directeur général a été remercié mi-octobre. L'action a perdu la moitié de sa valeur depuis janvier.

Les exemples peuvent être multipliés, dans le jouet, le meuble, l'équipement de la maison et même la restauration. Peut-on craindre, dans ces conditions, une situation à l'américaine avec des centres commerciaux totalement abandonnés (lire encadré) ? Même si, à

l'évidence, certains nouveaux centres « mordent » sur les zones de chalandise de leurs voisins, cela reste encore peu probable. Selon une étude de la foncière Hammerson, le concept plaît toujours, surtout avec de nouvelles fonctionnalités et de nouveaux aménagements. Point important : les jeunes de 18 à 24 ans ne montrent aucune désaffection.

Mais la saturation est peut-être plus proche qu'attendu. Les surfaces nouvelles se réduisent chaque année depuis dix ans. D'après l'enquête Cushman & Wakefield, l'année 2017 avait déjà été marquée en Europe de l'ouest par une dégradation par rap-

port à l'année précédente (un recul de 17 pour cent en surfaces) et les chiffres pour 2018 devraient à nouveau être en baisse. Les taux de vacance sont en hausse et de nombreux projets ont été retoqués ou réduits : c'est le cas en Belgique avec UPlace à Bruxelles et CityMall à Verviers, ou en France avec Europa City dont le projet est sans cesse revu et retardé. Au Luxembourg, le centre Cactus à Lallange pourrait enfin voir le jour fin 2021, mais sur une surface commerciale totale de 7 500 mètres carrés (y compris les vingt boutiques), alors que le projet initial qui remonte à 2007 prévoyait quelque 35 000 mètres carrés.

Chronique Internet

2018 = 1984 + tech

Jean Lasar

« 1984 était censé être un avertissement, pas un manuel d'instructions », a-t-on pu lire ces derniers jours chez des commentateurs cyniques. Cet aphorisme, lancé semble-t-il en réponse aux mesures liberticides de l'administration Bush après les attaques du 11 septembre, refait surface au vu des événements atterrants qui s'enchaînent avec méthode pour achever de nous convaincre que nous avons bel et bien atterri dans l'univers post-vérité imaginé par George Orwell.

Son roman publié en 1949 suggérerait que l'évolution vers cette société dystopique, où les faits ne jouent pratiquement plus aucun rôle, résultait surtout de mécanismes de pouvoirs, conflits armés, surveillance et propagande servant les visées du régime autoritaire contrôlant la Grande-Bretagne. Mais il accordait remarquablement peu de place à la contribution de la technologie au démantèlement des régimes démocratiques. Peut-être l'expérience des régimes dictatoriaux du XX^e siècle et la sombre prophétie de 1984 nous ont-elles aidés à munir nos structures politiques de garde-fous solides capables d'éviter ce type de dérives. Mais nous découvrons aujourd'hui que ces garde-fous sont pris à revers par des moyens technologiques que nous n'avions évidemment pas prévus et qui les érodent avec une efficacité effrayante.

Le dernier épisode en date nous vient du Brésil, qui a élu dimanche dernier comme président un histrion ouvertement nostalgique de la dictature. La messagerie WhatsApp, utilisée par quarante pour cent de la population brésilienne, a été massivement mise à contribution par sa campagne pour inonder les téléphones de messages anti-gauche s'appuyant en grande partie sur de parfaites contrevérités. Le soupçon d'une manipulation comparable aux *fake news* des bots russes et de Cambridge Analytica sur Facebook lors des élections américaines de 2016 a bien été formulé à la suite d'une enquête publiée par le quotidien *Folha* de São Paulo.

Celle-ci suggérerait l'existence de contrats chiffrés en millions entre officines de relations publiques et états-majors de candidats pour lancer de telles opérations, mais aucune preuve n'a pu être apportée dans les temps. De telles opérations sont illégales au Brésil mais pratiquement impossibles à reconstituer parce que les messages farcis de *fake news* circulent dans des canaux de conversations privés et encryptés.

Les mensonges, omissions et exagérations ont toujours fait partie intégrante de l'arsenal des politiciens, mais amplifiés sur les réseaux sociaux et les messageries, ils changent radicalement la donne. Selon une étude menée par Eleições sem Fake à l'aide d'un outil appelé « WhatsApp Monitor » sur 350 groupes à caractère politique sur cette messagerie, 56 pour cent des images les plus partagées étaient de nature à induire en erreur ceux qui les voyaient, qu'elles fussent complètement fausses, qu'il s'agît d'images authentiques mais utilisées hors contexte ou se référant à des données fausses, ou encore que la source de l'information fût douteuse.

À pratiquement chacune des élections qui se sont soldées ces dernières années par une victoire ou une progression des tenants de l'intolérance et de l'autoritarisme, les campagnes auront été marquées par des opérations sophistiquées sur les réseaux sociaux qui avaient pour point commun un total mépris pour les faits. Bien que Facebook, propriétaire de WhatsApp, proteste de ses efforts pour endiguer ce type d'intox à grande échelle, il est clair que tant les états-majors de ces plateformes que la police et la justice sont, par définition, à la traîne face à ces phénomènes et tout juste capables, dans le meilleur des cas, à les détricoter et à identifier les donneurs d'ordre après-coup, lorsque les élections sont terminées et le mal fait.

À moins de réagir rapidement et vigoureusement pour remettre les faits au centre du débat politique, notamment en nous réappropriant les canaux sur lesquels nous communiquons, nous sommes donc vraisemblablement condamnés à voir s'effriter sous nos yeux ce corpus minimal de vérité requis pour une communication politique et des campagnes électorales rationnelles. Nos institutions ne sortiraient pas indemnes d'une généralisation des fausses informations diffusées sur nos gadgets, car en l'absence d'un socle de faits avérés et partagés sur lesquels puisse s'articuler un débat politique digne de ce nom, aucun fonctionnement démocratique n'est possible.



Lost in the supermarket – Approche-t-on d'une saturation de centres commerciaux en Europe ?

Zu Gast

Über die „Mini-Entreprise“ zur eigenen Firma

Carole Hartmann

„Eng gutt Plaz beim Staat“ bleibt für viele Jugendliche in Luxemburg das erklärte Berufsziel. Dabei bietet der Privatsektor lukrative Karrieren, und auch der Weg zur beruflichen Selbstständigkeit ist in höchstem Maße interessant. Es obliegt der Politik, insbesondere solche Initiativen zu unterstützen, um den Jugendlichen den Weg in die Selbstständigkeit zu erleichtern. Unternehmergeist wird jedoch auch zunehmend bei Staat und Gemeinden benötigt.

Das *Entrepreneurship* als solches wird mittlerweile in zahlreichen Sekundarschulen als Optionsfach unterrichtet. Hier werden Unternehmergeist und Eigeninitiative gefördert, um die persönlichen Talente, die Ambitionen und die Kreativität der Schüler hervorzuheben. Es geht aber auch um ökologisches und politisches Wissen, um sich in Zukunft beruflich einzubringen.

Carole Hartmann ist für die Demokratische Partei Gemeinderätin in Echternach und Vizepräsidentin der DP-Osten

Im Schuljahr 2016/2017 wurde ein pädagogisches Konzept in Zusammenarbeit mit drei Lyzeen (Lycée technique de Lallange, Lycée technique ECG und Lycée Ermesinde de Mersch) ausgearbeitet. Dies in Kollaboration mit der Berufswelt, insbesondere den Berufskammern.

Hauptziel ist eine pädagogische Herangehensweise, die der Realität auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft entspricht. In Arbeitsgruppen werden so genannte „Challenges“ ausgearbeitet, zusammen mit Vertretern aus den verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Diese Herausforderungen können anschließend in den Schulen oder in den Betrieben angewandt werden, um so akademisches Wissen in die Praxis umzusetzen.

Inzwischen wird die Option *Entrepreneurship* an insgesamt neun Sekundarschulen im ganzen Land angeboten. Nicht nur, um eine bessere Verbindung mit der wirtschaftlichen und sozialen Welt zu schaffen, sondern auch um transversale Kompetenzen zu entwickeln, die es den Jugendlichen späterhin erlauben, unternehmerische Herausforderungen anzunehmen. „Die Schule ist keine Einbahnstraße, sondern arbeitet im Sinne der Schüler und der Gesellschaft“, so Bildungsminister Claude Meisch.

Um die dazu nötigen „soften“ Eigenschaften zu fördern, wird ebenfalls Wert auf die kommunikativen Eigenschaften gelegt: auf Teamgeist, Kreativität, Risikoeinschätzung und Selbsterkenntnis.

„Entrepreneurial school“ ist eine bildungspolitische Initiative, die nicht nur praxisorientierter auf die Berufskarriere vorbereitet. Der innovative und pädagogische Ansatz soll dem Misserfolg in der Schule entgegenwirken, soll die Schüler besser fit machen für den Arbeitsmarkt und sie zur beruflichen Selbstständigkeit ermuntern.

Um junge Unternehmen als Startups auf dem Weg in die Selbstständigkeit – auch in Handel und Handwerk – zu unterstützen, möchte die DP übrigens Privatinvestitionen in junge, innovative Betriebe steuerlich erleichtern. Im Falle einer durchgehenden dreijährigen Finanzbeteiligung erhält der Investor einen Steuerkredit in Höhe eines festgelegten Teils seiner Investition. Diese Investition muss einen Mindestbetrag pro Unternehmen erreichen. Der Steuerkredit wird pro Person und Jahr nach oben gedeckelt. In Luxemburg besteht bereits ein erster Mikrofinanzfonds für die lokale Wirtschaft. Die DP wird die Vergabe von Mikrokrediten an lokale Betriebe verstärkt unterstützen.

Die DP ist davon überzeugt, dass besonders junge Menschen, die in innovative Projekte investieren und Eigeninitiative zeigen, mehr Unterstützung bedürfen.

Die kleine Zeitzeugin

Stell dir vor, es ist Tod und niemand geht hin!



Überall war der Tod besser als der tote Tod in Luxemburg

Michèle Thoma

Manche Wünsche gehen in Erfüllung.

Vor langer, langer Zeit, als es noch Feiertage gab, die man oft nur beging, gab es einen Totentag. An dem waren die Toten Meister. Mit diesen Toten gab es *no kidding*, man konnte sie nicht ignorieren und von ihnen pfeifend davon spazieren. Oder argumentieren, dass das alles nicht richtig sei, nicht echt, nicht das echte Leben und nicht der echte Tod, sondern nur ein Brauch, den niemand braucht. Nicht die Lebenden und schon gar nicht die Toten. Weil die sind ja gar nicht da, oder? Und falls sie da sind, warum sollten sie sich diese trübseligen, trüben Trüppchen geben, die schon Wochen vorher wehklagten wegen *Déi Deeg*.

Der Tag war traditionell grau, selbst er wagte nicht, sich übertrieben lebhaft zu präsentieren. Meist nieselte es, das Laub roch faulig, durch das die zum Tode Verurteilten der Grabstätte entgegenraschelten. Die Alten hatten da schon gebucht, ihr Geburtsdatum wartete schon auf dem Grabstein, über den die Regentropfen rannen. Der Pfarrer und die Messdiener murmelten vorbei, der Pfarrer besprühte alle mit seiner Klobürste. Nachher gab es die rituell behütelte Frage, wer der oder die Nächste sein würde, dann Kaffee und Kuchen bei der Matriarchin, es wurde noch ein super Nachmittag, auch für die Kinder. Denn eigentlich sahen sich alle ja nur am Totentag.

Und wie die vom Nachbargrab wieder geklufft war!

Das war in der Zeit, als es noch für alles eine Zeit gab, obschon die Rituale schon vollkommen entleert waren und sie nur noch absolviert wurden. Die Menschen, die damals jung und stark waren, rochen den Tod, die Leblosigkeit, mit der er zele-

Alles kann, nichts muss, im Leben wie im Tod. Mit Luftballons oder mit Rilke und Dylan

briert wurde, zumindest waren sie überzeugt davon. Weil sie waren der Wahrheit hinterher, alles musste echt und authentisch sein, das Leben, der Tod, die Rockmusik, Blut und Tränen mussten echt sein oder gar nicht. Und warum sollte man pünktlich wehklagen? Und wenn, warum dann nicht wirklich, warum riss sich niemand die Haare vom Schädel? Weil das der Farah-Diba-Frisur nicht bekommen wäre? Warum zerriss niemand seinen Anzug, warum zerbiss niemand seinen Pelzmantel? Jeder Tag ist Geburtstag, dachten diese jungen starken Menschen, wir sterben, kaum dass wir geboren werden. Sie würden ab jetzt diesen langweiligen luxemburgischen Tod boykottieren, sie würden sich weigern, am Tag des offiziellen Todes einzurücken, sich dem Todeskommando anzuschließen. Sie würden die Familienaufstellung schwänzen, die subtile Blickkontrolle der familiären Kontrollorgane.

Wenn es wenigstens Russland wäre, schwärmten sie, wo die Nachkommen der Oma Zigaretten und Schnaps bringen, obschon sie ihre eigene Oma nicht damit assoziierten. Und man musste nicht mal tot sein, auch die Besucher_innen werden gespeist und getränkt, und es mussten sich auch nicht alle tot stellen, um den Tod nicht unnötig zu reizen. Wenn es wenigstens Mexiko wäre, alle würden sich in einem orgiastischen Totentanz vereinen. Das ist noch Kultur, die können Tod. Wenn es noch wenigstens Tibet wäre, wo Jenseits-Trippler_in von einem Begleitservice durch die Geisterbahn eskortiert wird, neun Tage und Nächte lang. Oder Bali. Oder bei den Menschenfresser_innen. Immer tollere Kulturen fielen ihnen ein, mit einem immer tolleren Tod.

Überall war der Tod besser als der tote Tod in Luxemburg. Der Tod im Pelzmantel.

Viele Jahre später ist der Wunsch der jetzt nicht mehr so großen, starken jungen Leute in Erfüllung gegangen. Alles kann, nichts muss, im Leben wie im Tod. Außer sterben, blöd, ja, noch. Jeder kann seine Todesparty organisieren, oder die *best friends* kümmern sich drum. Mit Luftballons. Oder mit Rilke und Dylan. Oder aus dem Welt-raum, Programm Sternenstaub. Jeder kann denken, wann er wo wessen will, niemand täuscht mehr etwas vor; wer lieber angesichts der Sanduhr an einem tunesischen Strand meditiert, bitte! Oder bei einem guten Essen mit *bon survivants*, bitte! Niemand wird mehr vom Bannstrahl der Familie getroffen, die es nicht mehr gibt. Oder sie ist *relaxed*, cool, ehrlich. Wie man selber.

Zu Allerheiligen ist sie gerade in Mexiko, sie läuft in Touristentrupps über die Friedhöfe.



Plus de profondeur

Découvrez le Lëtzebuurger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

Brief an die Redaktion

Mehr Demokratie – nein Danke?

Eigentlich denkt man, die Bürger seien in der jetzigen Zeit vor allem mit ihren Volksparteien und deren Vertretern unzufrieden. Wollen sie also vielleicht mehr partizipative direkt-demokratische Möglichkeiten, das heißt mehr Eigenverantwortung übernehmen? Der Mouvement écologique erwartet, dass die nächste Regierung die „initiative populaire“ einführt, als eine von neun zentralen Zukunftsanregungen. Die Petition Nummer 1 105, die zurzeit bei *chd.lu* zur Unterschrift ausliegt, schlägt genau das vor. Die Initiative für Demokratie-Erweiterung ASBL regt darin die „Abhaltung eines Referendums zur Einführung der Bürgergesetzgebung von unten in Luxemburg“ an. Allerdings hat die Petition nach etwas über zwei Wochen nur 30 Unterschriften erhalten. Die Angelegenheit scheint also kaum jemanden zu interessieren oder als unterstützenswert angesehen zu werden. Schade! „Mir wölle bleiwen, wat mer sinn“, wir wollen nichts weiterentwickeln und alles beim Alten belassen. Nach dem Motto: „Do you want change?“ Alle sagen Ja. „Do you want to change?“ Niemand meldet sich! Okay, die üblichen „Vaterfiguren“ werden es dann schon für uns richten?! Alfred Groff, Bartringen

Woher kommen die vier Wahlbezirke?

Wie die Sozialisten einen Systemfehler schufen

Michel Dormal

Alle paar Jahre nach den Wahlen gibt es die gleiche Debatte über tatsächliche und vermeintliche Ungerechtigkeiten des Luxemburger Wahlsystems. Und jedes Mal passiert dasselbe, nämlich nichts. Im Mittelpunkt der Kritik: Die Einteilung des Landes in vier Wahlbezirke und die ungleiche Verteilung der Mandate zwischen den Bezirken. Wie alt dieser Streit ist, verdeutlicht folgendes Zitat: „Zwar mag man in der Vielheit der Bezirke eine größere Garantie für die Berücksichtigung der lokalen Interessen erblicken, aber in Verbindung mit der Ungleichheit der Kreise vereitelt diese Vielheit die reine Durchführung des wirklich gleichen Rechtes aller Wahlberechtigten.“ So stand es Anfang 1919 im *Luxemburger Wort*¹. Fast hundert Jahre später sind wir keinen Schritt weiter. Auch der Entwurf für eine neue Verfassung lässt das Wahlsystem, wie es ist. Verständlich, dass sich Frustration aufbaut. Diesmal hat Robert Mehlen (ADR) öffentlichkeitswirksam, wenn auch sicher nicht uneigennützig, den Gang vor das Verfassungsgericht und gar den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof angekündigt.

Kein Mensch weiß heute noch, wie die merkwürdige Einteilung der Wahlbezirke eigentlich entstanden ist. Darauf angesprochen, glauben fast alle Wähler, die meisten Politiker und selbst einige Fachleute, dass das irgendwas mit althergebrachter Tradition zu tun habe. Zu verantworten habe den ganzen Schlamassel, so vermutet man, daher wahrscheinlich die frühere Rechtspartei und heutige CSV, die vom aktuellen System ja auch unbestritten stark profitiert. Kürzlich behauptete sogar ein seriöser Historiker im Radio, die Wahlbezirkseinteilung rühre daher, dass die Konservativen damals „Elementer aus der Zeit vom Majorz (...) déi d'Virherrschaft vun der Rietspartei sollte festschreiben“, durchgesetzt hätten².

Doch mitnichten. Die Wahrheit lautet ganz anders. Es ist, zumindest für Verfassungshistoriker, eine spannende Geschichte. Eine Geschichte, die auch mit der bis heute ungelösten Frage der ausländischen Einwohner zusammenhängt. Es ist die Geschichte eines tragischen Missverständnisses. Und alle Probleme, die wir heute diskutieren, waren dabei von Anfang an völlig klar und bekannt.

Doch der Reihe nach. Erster Akt: Wir schreiben das Jahr 1918. Dass es eine Verfassungsreform geben wird, die das allgemeine Wahlrecht einführen soll, ist zu diesem Zeitpunkt im Prinzip beschlossene Sache. Wie das konkret aussehen soll, welches Wahlsystem man installiert, was in der Verfassung und was nur im einfachen Wahlgesetz geregelt wird, steht aber noch in den Sternen. Die Kammer diskutiert die großen Prinzipien, streitet heftig über Monarchie und Frauenwahlrecht. Die Regierung beauftragt unterdessen still und leise den Regierungsrat Nickels damit, ein Gutachten und einen Vorabentwurf für ein Wahlgesetz auszuarbeiten. Man will vorbereitet sein, denn es gilt viele technische Details zu klären. Alle möglichen Varianten werden in dem Bericht diskutiert und vorsichtige Empfehlungen ausgesprochen, ohne den parlamentarischen Beratungen vorzugreifen. Der Vorschlag, der im Sommer 1918 in der Schublade liegt, der Öffentlichkeit aber unbekannt ist, lautet, zwei Wahlbezirke einzuführen. Geogra-

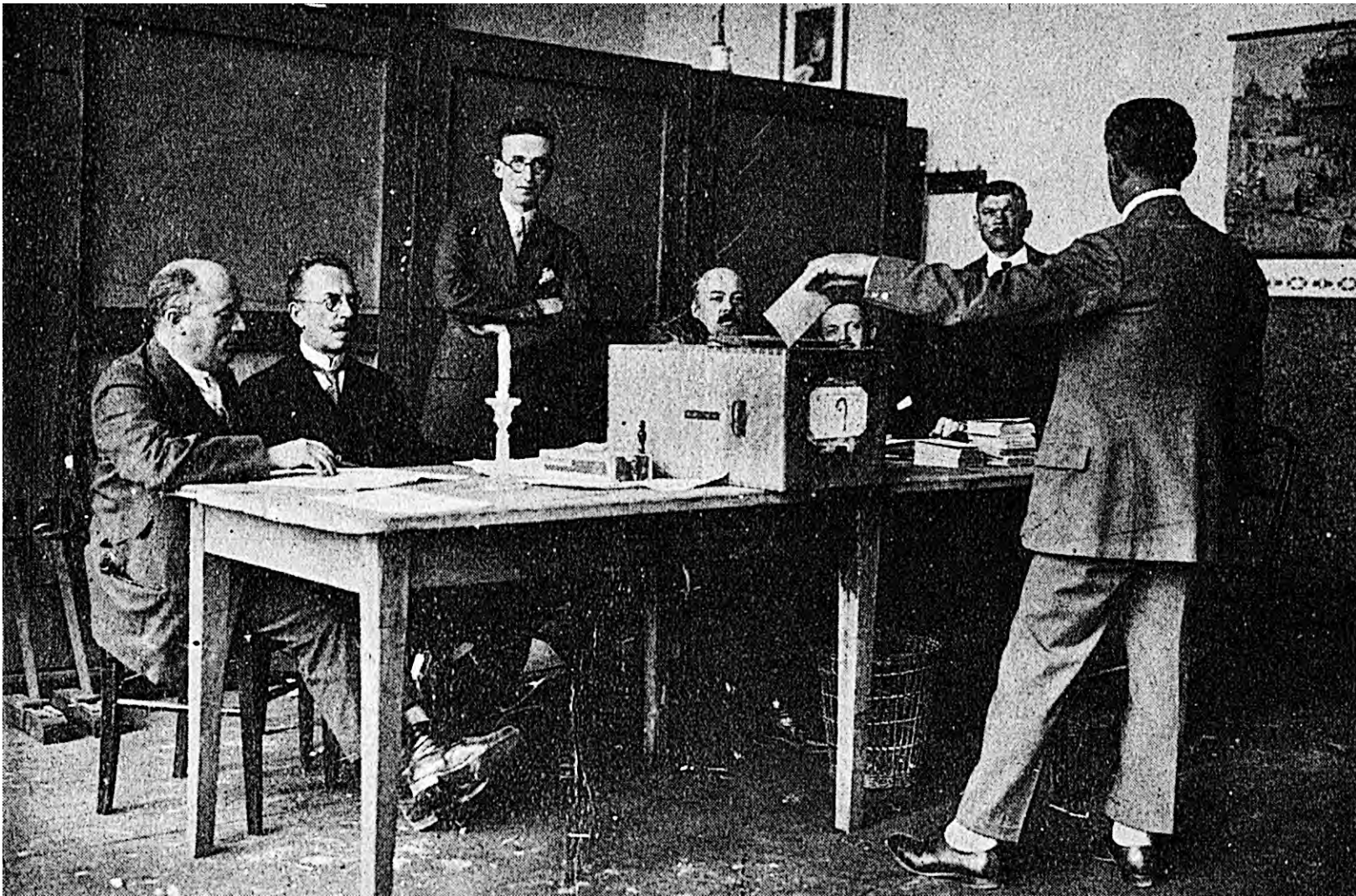
Die Sozialisten fürchteten, dass Sitze, die in ihren Augen den Arbeitern im Minett quasi zustünden, mit der Ausdehnung der Wahlkreise gleichsam aufs rückständige Land entführt und dort die Rechtspartei stärken würden

fisch würden die auch gar nicht zusammenhängen: Esch soll dem Entwurf nach beispielsweise mit Clerf in einen Topf. Vielmehr sollen die Bezirke unter dem Gesichtspunkt möglichst ähnlicher Bevölkerungs- und Mandatszahlen festgelegt werden³.

Warum nicht ein Einheitsbezirk? Dafür gibt es handfeste Gründe. Die damalige Verfassung besagt in Artikel 56, dass nicht alle Abgeordneten auf einmal gewählt werden, sondern dass alle drei Jahre je eine Hälfte der Kammer erneuert wird. Blöderweise hatte in den Wirren der Ereignisse niemand daran gedacht, diesen technischen Artikel auch in die Prozedur zur Verfassungsreform aufzunehmen; er wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg abgeschafft. So fand man sich in der Situation wieder, dass ein Einheitsbezirk nur machbar gewesen wäre, wenn das ganze Land alle drei Jahre zu den Urnen gerufen worden wäre. Also favorisiert der Vorabentwurf die nächstbeste Lösung mit zwei Bezirken. Der Bericht thematisiert auch, dass die Bezirksgrenzen dabei anders zu ziehen seien, je nachdem, ob man die ausländische Bevölkerung mitzählt oder nicht. Doch es folgt gleich der Hinweis, „que c'est là une de ces questions que se rattachent intimement aux intérêts de tel parti politique et qu'elle sera résolue sous la poussée de considérations utilitaires“⁴.

Das sollte sich später noch als sehr wahr erweisen. Doch zunächst ein kurzes *Entracte*: Der Staatsrat, dem der Entwurf Ende 1918 zugeleitet wird, kritisiert die angedachte Wahlkreisaufteilung. Mit Verweis auf spezifische regionale Interessen empfiehlt er vier statt nur zwei Wahlbezirke. Glasklar erkennt der Staatsrat bereits damals, dass man damit das Prinzip der Verhältniswahl sabotiert: „Les restes de listes inutilisées seront, dans leur ensemble, plus grands.“ Allerdings hielt man das für einen „inconvenient d'ordre plutôt secondaire“⁵.

Soweit, so gut. Folgt der zweite, dramatischere Akt: Wir schreiben das Frühjahr 1919. Bislang war nur von Vorarbeiten zum einfachen Wahlgesetz die Rede. Alles sehr technische Zusammenhänge. Niemand hat bis zu diesem Zeitpunkt daran gedacht,



Aus der *Luxemburger Illustrierten* vom 10. Juni 1928: Stimmabgabe in einem Wahlbüro im Bezirk Zentrum zu den Kammerwahlen vom 3. Juni 1928

der Frage der Wahlbezirke Verfassungsrang zu geben. Die Regierung hat dem Parlament unterdessen den Vorabentwurf für das Wahlgesetz zur Kenntnis gebracht. Der Vorschlag ist nach wie vor, zwei große Bezirke einzurichten – der Kritik des Staatsrats zum Trotz. Nun liegt der Ball bei den Abgeordneten. Da überrumpeln die Sozialisten und ihr Wortführer Joseph Thorn die anderen Parlamentarier. Noch kurz zuvor, auf einem Parteitag im Herbst 1918, hatte die Sozialistische Partei die „Einführung der Verhältniswahl in radikalster Form, mit einem einzigen Wahlkreis“ als Ziel ausgegeben⁶. Am 27. März 1919 stellt sie dagegen ohne Vorwarnung den Antrag, die Verteilung des Wahlgebiets in Süden, Zentrum, Norden und Osten nicht nur einzuführen, sondern sogar in Artikel 52 der Verfassung festzuschreiben⁷. Eine 180-Grad-Wende! Man verweist süffisant darauf, dass der Staatsrat, wenn auch aus anderen Gründen, ja ebenfalls vier Bezirke vorge schlagen habe. Spätestens hier hätten bei den Sozialisten eigentlich die Alarmglocken läuten müssen: Mit dem reaktionären Staatsrat war man sich ansonsten kaum jemals einig.

Was hat sie geritten? Die Antwort hat mit parteipolitischen Kalkülen und mit der ausländischen Bevölkerung zu tun. Die Verteilung der Abgeordnetenmandate auf die Kantone bemaß sich seit 1841 nach der Einwohnerzahl, unabhängig von der Nationalität. Bekanntlich ist das im Kern bis heute so. Damals wie heute führt das dazu, dass in den Bal-

lungsräumen, in denen besonders viele ausländische Arbeitnehmer leben, auch besonders viele Mandate vergeben werden. In einem Einheitsbezirk oder im Falle einer Zusammenlegung von Esch/Alzette mit mehreren ländlichen Gemeinden würden diese Surplus-Mandate zwar rechnerisch erhalten bleiben. Aber darüber, an welche Partei sie gehen, hätten nicht mehr nur die Wähler der sozialistischen Hochburg Esch/Alzette zu entscheiden, sondern eben alle Wähler. In den Worten von Joseph Thorn anlässlich der Parlamentsdebatte vom 27. März 1919: „Le canton d'Esch a au moins quatre députés qui représentent non pas des Luxembourgeois, mais (...) les 20 000 étrangers qui vivent dans le canton d'Esch (...)“. Or, avec vos grandes circonscriptions électorales, ces 20 000 personnes (...) seraient réparties à travers tout le pays, ce sont les cantons agricoles (...) qui profiteraient de ces quatre députés“⁸.

Sitze, die in den Augen der Sozialisten quasi von Amts wegen den Arbeitern im Minett zustehen, würden mit der Ausdehnung der Wahlkreise gleichsam aufs rückständige Land entführt. Dort, so die Befürchtung, würden sie die Rechtspartei stärken: „Nous n'entendons pas qu'on accole les cantons agricoles au canton d'Esch (...) et que vous renforciez dans cette enceinte, au détriment de la population industrielle, l'influence de la population agricole“⁹. Kurz: Die vier Wahlbezirke sollen Esch vor den Konservativen schützen. Und das Ganze soll Verfassungsrang bekommen, damit später nichts mehr daran zu rütteln ist. Zu lebendig ist die Erinnerung an die Jahrhundertwende, als tatsächlich versucht worden war, den Kanton Esch aufzuspalten.

Die zuständige Parlamentskommission verwirft den Vorschlag zunächst und will an maximal zwei Wahlkreisen festhalten. Denn, in den Worten des Berichterstatters von der Rechtspartei: „Pour la représentation proportionnelle il faut avoir des circonscriptions aussi grandes que possibles“¹⁰. In einem Wahlbezirk mit nur acht Abgeordneten wäre die Zahl der Stimmen, die für ein Mandat erforderlich sind, viel zu groß, um eine gerechte Abbildung zu gewährleisten. Doch die Sozialisten bleiben hart. Sie drohen damit, die Reform des Wahlsystems ganz zu kippen, wenn die gewünschte Wahlkreiseinteilung nicht zustande kommt: „Nous ne voulons pas la représentation proportionnelle à n'importe quel prix et (...) si le prix que nous devons payer, est trop cher, (...) eh bien nous voterons contre“¹¹. Die Sozialisten gehen aufs Ganze, ohne für eine Sekunde zu bemerken, dass sie sich gerade selbst eine Grube graben.

Letzter Akt: Die Rechtspartei gibt nach und stimmt ausgerechnet am 1. April dem sozialistischen Vorschlag zu, um das Prinzip der Verhältniswahl zu retten. Das *Luxemburger Wort* rühmt tags darauf die verantwortungsvolle Haltung der Rechtspartei, die im Interesse des Landes Kompromissbereitschaft zeige, während die Konkurrenz parteipolitische Machtkalküle betreibe. Allzu schwer fällt dieses Zugeständnis aber nicht. Denn die Sozialisten haben nicht alle

Konsequenzen durchdacht. Zwar stellt ihre Wahlkreiseinteilung sicher, dass der Süden weiterhin viele Abgeordnete in die Kammer entsendet. In der Summe aber begünstigt das System trotzdem die Rechtspartei. Im Süden erhalten die Konservativen nämlich mindestens einen fairen Anteil. In den konservativen Hochburgen im ländlichen Raum hingegen verzerrt die geringe Zahl zu vergebender Sitze den Proporz zu ihren Gunsten, und das gleich mehrfach. Dasselbe Phänomen findet sich auch in anderen Ländern. In Spanien ist es stark ausgeprägt¹². Einzigartig dürfte aber sein, dass man in Luxemburg dem politischen Gegner diesen Vorteil regelrecht aufdrängt.

Da kann Alex Bodry heute noch so sehr auf die CSV schimpfen, die sich angeblich jeder Reform des Wahlsystems verweigere. Soweit es die Bezirke betrifft, sind es seine eigenen Genossen, die historisch den Karren in den Dreck gefahren haben. Hätten sie sich damals wenigstens damit begnügt, die Sache ins Wahlgesetz zu schreiben. Dann hätte man das Missverständnis später korrigieren können. Aber es musste ja unbedingt in die Verfassung, um spätere Änderungen auszuschließen. Sogar der Staatsrat, dem die Stabilität sonst das höchste Gut ist, fand das dann doch übertrieben und warnte im April 1919: „Lon comprend que la Chambre tienne à inscrire la disposition dans la constitution, il se peut cependant que nous ayons sujet de le regretter plus tard“¹³. Wie wahr! Und so darf man sicher sein, dass die Tragödie weitergeht und die Diskussion bei den nächsten Wahlen aufs Neue beginnt.

Michel Dormal ist Politikwissenschaftler an der RWTH Aachen. Zur Geschichte der Demokratie in Luxemburg erschien 2017 von ihm das Buch *Politische Repräsentation und vorgestellte Gemeinschaft. Demokratisierung und Nationsbildung in Luxemburg (1789-1940)*.

¹ *Luxemburger Wort*, 2. April 1919, S. 2

² www.100komma7.lu/article/aktualiteit/wahlsystem-eeen-thema-an-de-koalitionsverhandlungen

³ *Compte Rendu des Séances de la Chambre des Députés*. La Constituante de 1918-1919. 5^e Vol. Annexes des deux sessions (Band 109), S. 291

⁴ Ebd., S. 293

⁵ Ebd., S. 317

⁶ Ben Fayot, *Sozialismus in Luxemburg. Von den Anfängen bis 1940*, Luxemburg 1979, S. 194

⁷ *Compte Rendu des Séances de la Chambre des Députés*. La Constituante de 1918-1919. 3^e Vol. (Band 107), S. 2345

⁸ Ebd. S. 2371

⁹ Ebd., S. 2372

¹⁰ Ebd. S. 2357

¹¹ Ebd. S. 2374

¹² Dieter Nohlen, *Wahlrecht und Parteiensysteme*. Opladen 2014, S. 106

¹³ *Compte Rendu des Séances de la Chambre des Députés*. La Constituante de 1918-1919. 5^e Vol. Annexes des deux sessions (Band 109), S. 8



ADR-Gruppensprecher Gast Gibéryen am Wahlabend des 14. Oktober. Die ADR verfehlte im Ostbezirk knapp einen Sitz

Voir une pièce de Vincent Macaigne au théâtre est une expérience inoubliable. Cette photo est issue de *Je suis un pays*, un des deux spectacles (avec *Voilà ce que jamais je ne te dirai*) qui seront invités le week-end prochain, les 9 et 10 novembre, au Grand Théâtre. La pièce dure trois heures et est une voyage barré à travers la culture politico-pop de notre époque. Vincent Macaigne (*1978), auteur, acteur, réalisateur et metteur en scène de la nouvelle génération française, avait attiré l'attention à Avignon en 2011 avec son adaptation de *Hamlet* intitulée *Au moins j'aurai laissé un beau cadavre*, coproduite par les Théâtres de la Ville et invitée au Luxembourg – comme cette production du Théâtre de Vidy-Lausanne. Écrit par Macaigne lui-même, *Je suis un pays* est une critique du trop-plein du capitalisme, une dystopie sur l'anthropocène et en même temps une grand fête avec un déluge de sons et d'images. À ne pas rater ! jh



Événement

« La racaille habituelle »

Le 8 avril 2008, les Einstürzende Neubauten, emblématique groupe d'*industrial rock*, jouait à la Rockhal, entamant là sa grande tournée européenne à Belval. Blixa Bargeld, son charismatique chanteur et compositeur (*1959), arriva au Luxembourg la veille en train, via Cologne et Wittlich. Il a l'habitude d'organiser ses voyages avec l'aide du *Guide Michelin* pour prévoir des escales gastronomiques dans des restaurants étoilés. Mais nous sommes dimanche/lundi, beaucoup de restaurants sont fermés. Au Luxembourg, il mangera à l'Apoteca, époque Damien Klein et son « kitchen rock », dont « la carte est un peu confuse ». Le soir, il dîne au Clairefontaine et y voit des « Politiker, laute Amis, Russen in Hosenträgern... Das übliche Gesocks für ein besterntes Restaurant » (« des politiques, des Amerloques bruyants, des Russes en bretelles... la racaille habituelle pour un restaurant étoilé »). On sait tout cela parce que Blixa Bargeld a publié son carnet de voyage de cette tournée sous le titre *Europa Kreuzweise – Eine Litanei* (Residenzverlag Salzburg, 2009 / photo : en 2004 à la Kulturfabrik, TPC).

C'est donc par un juste retour des choses que Bargeld, invité par l'artiste Filip Markiewicz à intervenir dans son exposition personnelle *Celebration Factory* au Casino Luxembourg, lira des extraits de ce livre le 14 novembre à 19 heures au premier étage, dans l'installation de Markiewicz. Et comme il sera au grand-ducé, il en profitera probablement pour aller manger, mais aussi et surtout pour donner un concert avec ses Einstürzende Neubauten la veille, le 13 novembre à la Philharmonie, pour une présentation de leurs *Greatest Hits* issus de quarante ans de carrière. Le concert, organisé en collaboration avec le Casino, sera en même temps l'ouverture du festival de musiques nouvelles *Rainy Days*, qui aura cette année comme thème *Get real* et s'étendra jusqu'au 25 novembre (philharmonie.lu ; casino-luxembourg.lu). jh



Coup de gueule

Qu'ils crèvent les critiques...

...est le titre du livre autobiographique de Jean-Pierre Léonardini, critique de théâtre et responsable du service culturel du quotidien communiste *L'Humanité* (éditions Les solitaires intempestifs, mars 2018). Léonardini y constate qu'« aujourd'hui, plus que hier, tout concourt à dévaluer la fonction critique ». Une affirmation que le service culturel du *Land* ne peut que signer des deux mains. Car il est devenu normal de recevoir des missives d'insultes de tout bord, la plupart du temps par voie électronique ou via réseaux sociaux, du « vous devriez avoir honte » à « quel journalisme lamentable », en passant par « t'es-tu jamais demandée si tu étais qualifiée pour écrire sur le théâtre ? » Les annonceurs que sont aussi les institutions culturelles préfèrent désormais soutenir les médias dédiés à la communication, magazines féminins branchés ou culs de bus, mais demandent néanmoins illico presto des PDF des critiques parues dans le *Land* pour leurs revues de presse, n'ayant plus conscience que la critique est un métier, qu'il faut du temps et des compétences pour réfléchir aux choses vues, de l'expérience et des outils théoriques pour pouvoir les appréhender et expliquer aux lecteurs. Au *Land*, on a toujours défendu la critique comme style journalistique, et on continuera à le faire. Mais une critique sérieuse, en connaissance de cause, qui peut aussi être négative, si l'œuvre vue/lue ou entendue le mérite. Les lecteurs ne sont pas dupes. Dans le dernier *Opus*, magazine culturel allemand, tous les musées annoncent leurs expos. En guise de remerciement, *Opus* publie des « critiques », comme celle, dithyrambique de l'exposition de Bouschet & Hilbert, avec Laura « Minelli », qui aurait lieu au Casino. Or, impossible de l'avoir vue, elle est à Enghien-les-Bains. *Just sayin'...* jh

Marché de l'art

Mise en abyme

Au moins, on peut dire qu'Alex Reding ne manque pas d'humour : parmi les conférences du programme-cadre de la quatrième édition de la foire Art Week qu'organise le galeriste, il y aura une conférence de la journaliste (*Financial Times*, *The Art Newspaper*) experte en marché de l'art Georgina Adams, auteure e.a. de *Dark side of the boom: The excesses of the art Market in the 21st century*, qui viendra parler du marché de l'art en surchauffe – quelle mise en abyme que de parler des dérives du marché au cœur même de ce marché... (vendredi 9 novembre à 16 heures au Hall Victor Hugo). Par ailleurs, on pourra assister à une conférence d'Enrico Lunghi sur *Vingt ans d'art contemporain au Luxembourg* (le 10 à 16 heures) et Suzanne Cotter y présentera la nouvelle orientation du Mudam (le 11 à 16 heures). Or, malgré toutes les activités – *Kids corner*, *artists talks*, publications –, la Luxembourg Art Week est surtout une foire d'art (photo de l'édition 2017 : Eric Chenal/Law), avec cette fois cinquante galeries venues de sept pays, dont 32 dans la section *Positions* (sélectionnées par un jury) et 18 dans la partie jeunes galeries *Take Off* (du 9 au 11 novembre au Hall Victor Hugo ; Salon du Cal du 9 au 15 novembre au Tramsschapp ; luxembourgartweek.lu). jh



Théâtre

Bipolaire

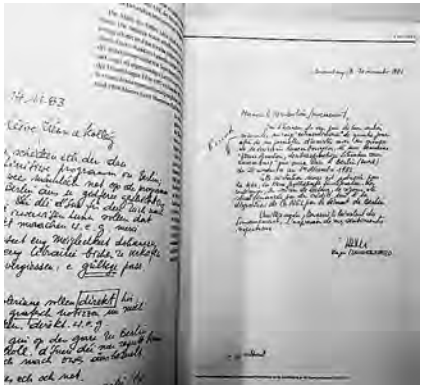
Thomas Melle (*1975, photo : Katja Strempel) est un des auteurs allemands les plus en vue, écrivant des nouvelles, des romans et, surtout, du théâtre. La saison dernière, Anouk Wagener avait adapté et joué sa pièce *Annie* au Kasemattentheater. Mardi prochain, 6 novembre, les Capucins invitent à la première de *Vesetzung*, une pièce de Melle écrite en 2017, dont la version luxembourgeoise est mise en scène par Max Claessen et fait jouer neuf acteurs germanophones, de Marc Baum en passant par Nora Koenig à Germain Wagner. L'histoire qui joue dans le milieu scolaire parle d'un sujet que Melle connaît bien pour en être atteint : la bipolarité ou le syndrome maniaco-dépressif. Le metteur en scène Max Claessen y voit une métaphore de la société contemporaine, en état d'urgence permanent (cinq représentations, jusqu'au 24 novembre ; theatres.lu). jh



Luxemburgensia

Trésor(s)

À l'heure où Maggy Nagel (DP) a, lors de son bref passage au ministère de la Culture, aboli le congé culturel et que chaque artiste demandeur d'un quelconque soutien financier auprès d'un ministère de plus en plus bureaucratique doit remplir un long formulaire et déposer toutes sortes de pièces justificatives, le procédé fait sourire : en novembre 1983, l'écrivain Roger Manderscheid, haut fonctionnaire au ministère de la Culture, envoie une lettre manuscrite (à l'encre verte !) au président du gouvernement Pierre Werner (CSV), pour lui demander un congé spécial de quatre jours afin de pouvoir assister, « avec un groupe de dix luxembourgeois » à un colloque sur la littérature luxembourgeoise à Berlin. Werner a simplement répondu avec un « D'accord, PW » manuscrit sur la lettre (photo : TPC). Voilà un des documents rares, choisis complètement au hasard dans la foultitude d'informations dont recèle le troisième tome de *Fundstücke – Trouvailles (2016-2017)* du Centre national de littérature, un trésor de 504 pages richement illustrées qui vient d'être publié. Le recueil regorge d'essais, de créations littéraires et de documents sur lesquels travaillent chercheurs et auteurs et qui prouvent que la littérature autochtone donne matière à penser (35 euros). jh



Théâtre

Le deal le plus long

Fabien Rodrigues

Avec Koltès, il est rarement pertinent de parler de texte « agréable », celui-ci est plutôt dense, semble parfois infini, s'avère parfois clairement pompeux, mais il met au défi permanent les sens et les capacités cognitives de celle ou celui qui l'écoute. Et celui de Dans la solitude des champs de coton, présenté actuellement au Théâtre Ouvert de Luxembourg dans une adaptation percutante, ne fait pas exception !

Si l'auteur est réputé pour n'avoir que peu d'intérêt pour les personnages raisonnables ou psychologiques, leur préférant les interactions bien réelles d'humains l'étant tout autant, son style semble se placer à l'opposé par sa sophistication, l'amoncèlement de périphrases, d'inversions adverbiales et autres circonvolutions syntaxiques qui demandent une concentration de chaque instant... Pourtant l'action se résume assez facilement : deux hommes se retrouvent face à face dans ce qu'on imagine être une ruelle sombre ou un terrain vague près d'une voie ferrée en pleine nuit. Aucun n'est là par hasard : l'un d'eux, a fait de cet endroit sa vitrine, son terrain de prédilection pour vendre ce qu'il peut à ceux qui

Le Tol présente *Dans la solitude des champs de coton* de Koltès dans une adaptation percutante de Pol Cruchten

en ont besoin ; l'autre s'est aventuré ici à la recherche de quelque chose qu'il n'a pas l'habitude de consommer. S'agit-il d'un schéma classique dealer-client ou bien d'une transaction plus... charnelle ? Le doute ne cessera de planer sur cette nature, sans qu'il ne soit jamais apporté de réponse précise.

Sans jamais que cette transaction n'ait lieu non plus en l'occurrence, car l'un et l'autre, tels chien et chat, n'auront de cesse que de se renifler, de se justifier, de s'emporter ou de se séduire sans pour autant se satisfaire... Tous deux sont seuls, l'un dans sa condition,



Joël Delsaut (à gauche) et Massimo Riggi

l'autre dans son désir inassouvi. La majeure partie de la pièce est occupée par la négociation, menée à grands coups de petits monologues comme autant de missiles sémantiques envoyés dans le camp adverse. La violence inéluctable n'arrivera, elle, que sur le tard, aussi sournoise que sous-entendue par le « Alors, quelle arme ? » final. Pour mener à bien ce sulfureux combat de coqs et de mots et sublimer l'âpre texte de Bernard-Marie Koltès, il n'y a pas la place à l'erreur dans l'interprétation et peu pour la mise en scène : le défi est relevé haut la main par cette belle production du Tol.

En effet, après le succès de *Vincent River* la saison dernière, Massimo Riggi est à nouveau bluffant dans un rôle petite frappe à fleur de peau, qui lui sied particulièrement bien. On a beau dire, le jeune acteur de 23 ans a non seulement la gueule de l'emploi, mais aussi les ressources et le talent pour incarner le très complexe dealer, tout à tour bienveillant, commerçant, manipulateur, écorché vif, nostalgique, menaçant, violent... Son partenaire Joël Delsaut est tout aussi convaincant et campe un client plus dans la retenue, un peu vieille France, se réclamant de valeurs telles que l'honneur ou l'affront équivalent.

Venu chercher quelque chose dont il a visiblement et honnêtement honte, il ne laissera finalement jamais place à la tentation. Il est facile de ce fait pour le public d'en faire le méchant ou l'ennuyeux, mais Joël Delsaut a su en faire un personnage intègre et juste, un épithète applicable d'ailleurs à l'intégralité des deux prestations.

Pour la mise en scène, c'est Pol Cruchten qui s'essaie ici à un nouvel exercice pour cette première création de la saison au Tol. Plus habitué aux plateaux de cinéma, le réalisateur à la carrière éprouvée livre ici, assisté de Véronique Fauconnet, une mise en scène adéquate, sans fanfreluches inutiles qui auraient pu gêner les acteurs ou le public dans son appréhension du texte : un décor minimaliste entre jour et nuit, dur et froid, mais qui laisse passer le peu de lumière autant que les intrigues de chaque personnage, des interactions sobres mais tendues, chargées du désir que l'un projette sur l'autre tout au long de l'action.

Le Tol surprend donc une fois encore par un choix audacieux, difficile et pointu, qui aurait très bien pu prendre l'eau. C'était sans compter sur un casting de choix et une exécution impeccable, qui embarquent le spectateur dans une histoire aussi courte que vive, aussi éreintante qu'exaltante...

Dans la solitude des champs de coton de Bernard-Marie Koltès ; mise en scène par Pol Cruchten, assisté de Véronique Fauconnet ; scénographie et costumes : Jeanny Kratochwil ; avec Massimo Riggi et Joël Delsaut sera encore joué au Théâtre Ouvert de Luxembourg les 10, 23, 24 novembre et le 1er décembre à 20h ainsi que les 20, 21, 22, 28, 29 et 30 novembre à 19h et le 18 novembre à 17h30 ; informations : www.tol.lu

Tanztheater

Existenzkampf

Anina Valle Thiele

Neben Akram Khan zählt er zu den Großen der Londoner Tanzszene. Ist die Rede von Hofesh Schechter, so überschlägt sich das internationale Tanz-Feuilleton in Lob: „Hardrocker unter den Choreografen“, „Chronist der Menschendämmerung“, „ein Star in der internationalen Tanzszene“. Fünf Jahre nachdem der israelische Choreograf im Grand Théâtre *Sun* zeigte, waren er und sein Ensemble nun eine Woche lang in Luxemburg und präsentierten während seiner Künstlerresidenz neben *Political Mother*, dem Stück, das den Durchbruch in seiner Karriere markierte, eine *Show*, in der er Nachwuchstänzern eine Bühne gab und schließlich zum krönenden Abschluss ein *Grand Finale*. Vormalis Tänzer der Batsheva Dance Company, zog Schechter 2002 nach London und gründete dort 2008 sein eigenes Tanz-Ensemble, die Hofesh Schechter Company. Heute ist die britische Metropole Schechters Zuhause, „wie eine Stadt voller verloreener Seelen. Ich bin stolz, eine davon zu sein“, sagte er in einem Wox-Interview.

Moderner Tanz ist bei ihm politisch – eine Form von Underground. Seine Tanz-Shows gleichen Rockkonzerten. Zornig, wütend, kraftvoll, tänzerisch präzise und dabei streckenweise so laut, dass am Eingang Oropax verteilt wird und die Bühne brennt. Hängende Köpfe wie Marionetten, gebeugte Rücken, trippelnde Schritte, ein wütendes Stampfen und Abgleiten in den Rausch bis hin zur schieren Ekstase, gefolgt von leisen, gleitenden Schritten durch Nebelschwaden und schepperndem Getöse: Das ist Schechters Tanzsprache.

Political Mother, das zum Auftakt seiner Residenz im Grand Théâtre zu sehen war, ist eine Parabel auf politische Indoktrination und eine tänzerische Reflexion über Macht und Masse(n). Zehn Tänzer und sieben Musiker dröhnen einen über 70 Minuten zu – eine Show wie auf einer harten Droge, ein Höllen-trip. Martialisch ersticht sich ein Samurai, während die Musiker im Hintergrund rocken. Bald tritt ein Diktator auf, der durch eine Maske verzerrt röhrt. Worte scheinen unwichtig, die *Hate-Speech* und Agitation ist auch so unverkennbar. *Political Mother* lebt von Brüchen. Rammstein trifft auf Klezmer-Klänge; Harmonien erweisen sich als trügerisch,



Grand Finale

Bei Hofesh Shechter ist moderner Tanz politisch – eine Form von Underground

kollektive Formationen als magisch bedrohlich. So recken die Tänzer ihre Arme in die Luft und werden von einem Schimpanse begutachtet, lassen sich die Menschenmassen von einem Führer leiten und wie schwingend zum Mitmachen verführen. Die emotionale Sogwirkung der individuellen Unterordnung wird der Abwesenheit oder dem Nichtgelingen von Zweisamkeit gegenübergestellt. Kurz verweilt ein Paar eng umschlungen, doch Wärme und Schutz sind nur flüchtige Situationen. Die Körper der Tänzer recken sich gen Himmel, um rasch wieder zusammenzufallen – wie vom Boden angezogen. Schechters Logik: Auf einen Tanzschritt nach vorne folgen zwei zurück. Am Ende von *Political Mother* steht eine unverkennbare Nachricht: „Where there is pressure, there is folkdance.“ Tanz als Ausbruch und einzige Ausflucht.

Im *Grand Finale* scheint er den nahenden Untergang, den er in *Political Mother* einläutet, verspielt fortzusetzen. Jedoch ohne Diktator, vielmehr mit Wänden, denen letztlich nicht zu entkommen ist. Zehn Tänzer und sechs Musiker als Streich-Ensemble bilden einen für Schechter fast kitschigen Auftakt. Die dunklen, hochgezogene Wände fungieren als Kulisse, die die Choreografie vorzugeben scheint: Wände, die sich zusammenschieben, mit denen die Tänzer vorbeigehend tanzen, sich an sie anlehnen oder daran abprallen. Sein Ensemble durchläuft archaische Riten, Techno-Gemeinschaften und Kollektive, in denen es flüchtigen Halt findet, um am Ende doch einzeln zu Boden zu gehen: ein Spiel mit Tanzgenres, Volkstänzen und Musikstilen und eine finale Party, die nicht gut endet. Die Tänzer tragen mal zum verzerrten K&K-Walzer, zur Polka oder zu orientalischen Klängen herabhängende, erschöpfte Körper über die Bühne. Marionettenhaut werden die Toten zu Grab getragen, salutieren Überlebende karikatüresk. Still wird es am Ende, noch immer ist es neblig. So schafft Schechter auch in seinem *Grand Finale* eine gespenstische Atmosphäre, in der sich die Figuren zu elektronischen Klängen in Ekstase tanzen, um irgendwann an den Mauern der Welt zusammenzubrechen. Wenn Seifenblasen über die Bühne fliegen, werden sie zerplatzen. Die Welt im freien (Zer-)fall!

Political Mother (am 23. Oktober im Grand Théâtre)
& Grand Finale (am 26. und 27. Oktober);
 Choreografie & Musik: Hofesh Shechter. Keine
 weiteren Vorstellungen.



Art contemporain

Célébrer la nature

josée hansen

Bathélémy Toguo n'aime pas qu'on voie dans son travail une interrogation sur son « africanité » ou sa « négritude » : « Mon travail ne porte pas du tout sur l'Afrique », s'offusque-t-il. Même si la première œuvre que l'on voit en entrant dans le grand espace de la galerie Nosbaum-Reding montre un arbre dans lequel pendent quatre têtes décapitées noires. « Note *Strange fruit*, 1939, tu regarderas ce soir sur Internet », dit-il, limite énervé par la question de la journaliste. *Strange fruit* est une des chansons les plus célèbres de Billie Holiday, enregistré en 1939, et qui pleure les lynchages racistes du Ku Klux Klan aux États-Unis. « Je peins la mémoire de ce qui s'est passé », explique Toguo, mais que son thème dans ce travail-ci n'est ni le racisme, ni même la politique, mais le rapport de l'homme à la nature, qu'il veut célébrer.

Dans cette première salle, les grandes encres sur toile de deux mètres sur deux, à dominante verte, sont issues de sa série *Homo Planta*, réalisée cet été à la Fondation Blachère à Apt. Toguo, 51 ans, né au Cameroun et vivant et travaillant entre Paris et Bandjoun, y était invité pour une exposition personnelle à laquelle il convia aussi les amis de son collectif Bandjoun Station. Dans une mise en scène très théâtralisée, il y montra ces nouvelles œuvres majestueuses, des dessins vivaces d'humains dans la nature, au milieu d'arbres, de fruits ou d'éléments végétaux réduits à de grands gestes. *Reforestation* a pour motif une plantation de jeunes arbres entourés de proverbes africains « choisis au pif » affirme l'artiste, rencontré lors du vernissage jeudi dernier. Des proverbes comme celui-ci : « J'ai d'avantage peur de celui qui me respecte que de celui qui me menace ». Ces tableaux peuplent magnifiquement l'espace lumineux de la galerie.

Dans la deuxième salle, plus petite, la couleur, le style et le ton changent complètement : *New world order* est une installation de grands tampons en bois posés par terre ou sur des chaises et des tables. Les manches de ces tampons ont des formes anthropomorphes « parce que ce sont des hommes qui prennent des décisions dans les administrations », explique l'artiste. Les textes des tampons sont reproduits en bleu foncé sur des émaux accrochés le long des murs, tous en allemand (et à vendre à la pièce) : *Freiheit*, *Frontex*, *Ausweis*, *Ihre Papiere bitte*, *Heimatlos*... Autant de messages en rapport avec les migrations que Toguo a lus ou entendus dans la rue ou dans la presse. « C'est un regard de l'artiste sur la société », affirme-t-il, assumant aussi des slogans utilisés lors des manifestations xénophobes à Dresde et ailleurs – *Merkel muss weg*, *Wir sind das Volk* –, qui sont, pour lui, juste un témoignage de ce que pense le peuple. Cette salle, très accrocheuse, est une continuation de l'installation *Urban requiem* que Toguo avait réalisée en 2015, dans le cadre de la biennale très politique d'Okwui Enwezor. Il l'a adaptée peu à peu aux contextes changeants. « Mon travail parle de problèmes actuels », dit-il, comme celui que « les frontières ne sont pas ouvertes de la même manière à tout le monde. » L'harmonie rêvée est loin d'être atteinte.

L'exposition *Heimatlos* de Bathélémy Toguo dure encore jusqu'au 5 janvier 2019 chez Nosbaum-Reding, 2, rue Wiltheim à Luxembourg ; ouvert du mardi au samedi de 11 à 19 heures ; nosbaumreding.lu.



L'installation *New world order* et l'artiste Bathélémy Toguo chez Alex Reding

Films made in Luxembourg

Independance Day op Lëtzebuergesch



Den Änder Jung als ganz melancholische Charel Kuddel, deen e Comeback als Superjhemp probéiert

josée hansen

Grad wei d'Gefor ëm d'Kroun an den Altar am Gréissten ass, de Premier Bretelle sech als geféierlechen Usurpateur erausstellt an dem Volle ordonnéiert, virun him ze knéien, bleift de Charel Kuddel stoen a widdersprécht dem wäitleefge Cousin vum Grand-Duc héritier. An dat obwuel e säi Liewe laang nom Motto „Maach ewéi d'Leit, da geet et der wéi de Leit“ gelieft huet. Säi Bouf ass paff iwwer dee stënterleche Courage vu sengem Papp, a kënnt sech es nach manner zou, dass deen abeemol ufänkt, de *Feierwon* ze sangen. De Publikum d'ailleurs och net. Firwat der Däiwel géing ee Superheld am Zivil kennen d'Kroun – an an engems d'Onofhängekeet vum Granduschi – retten, andeems en dem Méchel Lenz seng Hymn op en... Zuch séngt? E Lidd vun 1859, dat geschriwwe guff fir deen éischten Zuch, deen aus der Stater Gare fortgefuert ass an an deem dee mythesche Saz „Mir wëlle bleiwe wat mir sinn“ (oder, wéi vill Leit dacks sangen, „Mir wëlle jo keng Preise sinn“) am Refrain virkënn. D'Lidd beséngt d'Schéinheet vun der Heemecht, „mir hale fest un der Scholl“ anesouweider. Och de Bretelle ass esou platt, dass en een Ablack wéi ugeschweest do steet – an esou kennen d'Leit sech duerch d'Bascht maachen. Matt der Zeen rutscht de *Superjhemp retörns* an de Kitsch, an, jo, an e pathetische Paterjotisssem of, deen esou gutt an eng Zäit vu Walkampf mat der Heemecht, Nation Branding matt schlechter Konscht a Facebook-Säiten, déi Iwwerfriemungsängscht undreiwten, passt.

Dobäi hat alles nawell nach ganz uerdentlech ugefaang. De Comic *Superjhemp* ze verfilmen ass en ale Wonsch vu ville Leit, déi Popkultur gären hunn. Den Andy Bausch hat als éischten déi Iddi, an der Thierry-Expo am CNA konnt een souger eng Foto vum Van Werveke als Superjhemp gesinn: den Andy wollt hien an deëer Roll. Mä de Filmfong huet dem Bausch dat net zougetraut a säin Dréibuch esou dacks duerchfale gelooss, bis en et opginn huet. (Dass de Bausch hei eng *guest appearance* mécht, weist, dass en op d'mannst net nodroënd ass). 2011 dunn huet de Claude Waringo vu Samsa d'Rechter kaf an de Félix Koch (*1980) gefrot, ob en de Superjhemp wëllt verfilmen. Dat Joer war grad dee 26. vun am ganzen 29 Albumen erauskomm. De Koch, deen ënner anere bei *Bernd das Brot*, deem *Kika*-Dauerbrenner fir Kanner, geléiert huet, a grad mam *Ravioli-Ritter*, engem 30-Minuten-Kuerzfilm iwwer *Fantasy*-Spiller, säin Ofschloss op der Filmschoul vu Pottsdam-Babelsberg gemaach hat – e Film, deen dem Claude Waringo gutt gefall huet, wéi dee seet –, sollt mat engem dach klenge Budget dat hikréien, wat kengem aneren zougetraut guff: e Superheldefilm mat *Special Effects* drop an derwidder. Am Verglach: dem Bryan Singer sai *Superman returns* vun 2006 huet 204 Milliounen Dollar kascht an der bal 400 weltwäit eragepillt. De Lëtzeburger Film huet ronn 3,5 Milliounen Euro kascht, dovunner 2,6 vum Filmfong. Ass en och honnert mol méi schlecht?

Matt sengem almoudesche Paterjotisssem passt de Superjhemp-Film besser wéi e wollt bei déi aktuell Diskussiounen iwwer Heemecht an Nation Branding

nen Euro kascht, dovunner 2,6 vum Filmfong. Ass en och honnert mol méi schlecht?

Nët wierklech. Natierlech ass alles e bësse méi schapppeg hei: Dem Superheld säi Costume ass Handaarbecht an d'Effekter ginn haaptsächlech um Computer matt vill *Sound-Effects* – de *whooshh!*, wann de Superjhemp matt den Hänn an den Taschen flitt – gebastelt. Mä iergendwéi ass de Film Uganks ganz gelongen: Wéi e mat Archivmaterial vun *RTL* vum Tuerm vun der Cathedral, dee brennt, (1985) oder de Bommeleer-Attentater aus den Achtzeger ufänkt, fir de Personnage Superjhemp ze situéieren, ass ganz flott. Do gëtt ee sech dann an engems bewosst, dass dat schonn alles zimlech lang hir ass, wéi déi ganz Superjhemp-Geschichten och al sinn: Dat war ëmmerhin virun drësseg Joer, e puer Generatiounen si schonn opgewuess derounst. De Félix Koch hat aacht Joer, wei deen éischte *Superjhemp*-Album 1988 publizéiert guff, dee leschten Album kumm 2014 eraus, an de Roger Leiner, deen de Jhemp mam Lucien Czuga (Text) erfonnt a gezeecht huet, ass 2016 gestuerwen. D'Idee vun den Dréibuchautoren Félix Koch an Thierry Faber, fir de Film nët an d'Achtzeger- oder d'Nonzegerjoeren unzesiedelen, mä haut, 2018, an de Superjhemp als eelere Mann ze weisen, dee probéiert, e Comeback ze maachen, ass also eigentlech ganz gelongen. Besonnesch well dee Superheld vum Änder Jung gespillt gëtt.

Hie gëtt der ganzer Geschicht eng touchant Melancholie: Säi Charel Kuddel – esou heescht de Superjhemp am Zivil an als Staatsbeamten am Ministère vun den hoffnungslose Fäll –, dreemt permanent vun deem spannende Liewen, dat en eben opginn huet, fir d'Félicie Fleck, deemools Reporterin, haut Hausfra, ze bestueden (ganz gelongen: d'Désirée Nosbusch). Mais de Kuddel ass esou melancholesch, dass en net gesinn huet, wei säi Jong e brillante jonken Technik-Geek ginn ass (Etienne Halsdorf, frësch an iwwerzeegend), dee sech an d'Nopeschmeedche Jill (Adèle Wester) verléift an

eng geféierlech Frëndschaft mam komeschen Noper Erni (Jean-Paul Maes) ugefaangen huet.

Da gëtt et do nach de schrulligen a faarweblanne Polizist Schrobiltgen (wonnerbar burlesken Luc Feit) an déi grad esou trei wei sexy Secrétärin Joffer Lamesch (super: d'Fabienne Hollwege), den Ierfpränz (naiv gespillt vum Jules Waringo), den (Avant)-Premier Bretelle (Jules Werner) oder den Haffmarschall, deen nët méi echt kéint sinn wéi dëse vum Henri Losch, plus zwee RTL-Journalisten (Tommy Schlessler a Julie Kieffer, béid sech selwer ëmmer trei). Voilà. Aus deem Figurekabinett soll dann e Film ginn, iwwer Alginn, iwwer Dreem an iwwer dat topest Ideal vu Generatiounen vu Lëtzeburger, dass een ëmmer soll schéi brav kuschen a sech nëmmen net mucksen am Liewen.

An esou ass et um Enn haaptsächlech e Film iwwer Lëtzebuerg. Dee peinlech *Product placement* am Film an deen nach méi peinleche Marketing ronderëm – Superjhemp-Kleeder, Superjhemp-Kachéis an esou weider – maachen, dass ee mengt, et wier een iergendwou an eng grouss Reklamm gefall. Mä och soss ass dat Bild vu Lëtzebuerg, dat de Film weist, zimlech vereelt. Dat Land do ass eent, wou d'Leit ebe Staatsbeamte sinn, déi ëmmer e faulen Job hunn an um Gottesbiddeswille keng Iwwerminutte wëlle maachen. Et ass e Land, wou d'Fra nach ëmmer entweder e sexuelle Fantassem wéi d'Joffer Lamesch oder eng neurotesch Hausfra wéi d'Félicie Fleck ass. Et gëtt och nëmme Lëtzeburger an deem Land, d'Frontalieren verursache nëmme Stau. Passend dozou sinn natierlech och quasi nëmme Lëtzeburger am Sall, also där, déi och Lëtzebuergesch verstinn – mais dofir ginn déi ALL de Film kucken, de Week-End waren souger d'Sonndesmettesséancen gerammelt voll.

An esou ass et ëmsou méi onverständlech, firwat de Kuddel/Superjhemp iwwerhaapt onbedéngt dat langweilg Land mat deem langweilige Liewe wëll retten. An zwar virun engem Béisen, dee sech d'Kroun wëll opsetzen, déi sengem Cousin légitime ment zousteet (dass de Mann Bretelle / Bettel heescht, an esou ugedeit gëtt, dass seng Muecht nach ëmmer illégitime ass, wéi d'CSV dat zanter 2013 behaupt, ass vläicht e bëssen ze wäit gesicht). Hei kënnt d'Menace vu bannen – weinstens ass d'Metapher vum Friemen als Feind evitéiert ginn, ouf! – an awer muss d'Heemecht verdeedegt ginn. Matt vill pompöser Musek, wéi wann am amerikanesche Kino d'Marines e Land iwwerfale, an deem néidege Pathos gewannen dono d'Monarchie an d'Famill, och dat wéi an den amerikaneschen Superproduktiounen à la *Independance Day*. An dat lescht Bësselchen subversive Geesch vum *Superjhemp* ass flecten. Schued.

Festival Touch of Noir

Cactus de Transylvanie

Kévin KroczeK

Deux grands cactus sont plantés sur la scène du Grand auditoire du centre culturel Op-derschmelz. Au milieu donc, les deux plantes sur un gros tas de sable. À droite, un bureau avec ordinateur, téléphone et divers dossiers. À gauche, un écran blanc sur lequel, on le comprend, vont être projetées des images. Des tribunes ont été installées, donnant à l'endroit une allure de théâtre, et justement, une représentation va avoir lieu. Dans le cadre de la deuxième semaine du festival Touch of Noir, en ce mardi 23 octobre, est programmée la pièce *Blackout* de Claire Thill et de la compagnie Independent Little Lies. Des représentations avaient déjà eu lieu à la Kulturfabrik et au Théâtre des Capucins en début d'année (voir *d'Land* du 2 mars) et les critiques et retours avaient été plus que positifs. Le spectacle, rapidement, s'intéresse au cas d'un présentateur météo et d'une collaboratrice un peu trop envahissante. Une catastrophe climatique approche, est citée la fameuse année sans été, 1816, source d'inspiration de Mary Shelley notamment et de son *Frankenstein*. Sur scène, Marc Baum, Larisa Faber, Pascale Noé Adam et la toujours étonnante Sayoko Onishi. C'est que ce conte noir, aux accents de *giallo*, offre au public des moments de frissons intenses. Sayoko Onishi donc, après une chorégraphie de butôh, s'approche de Marc Braum, endormi, et le maltraite. Vision cauchemardesque. Ce dernier se réveille, en sueur, bouleversé et les spectateurs compatissent. Plus tard, des quasi jumelles, en imperméables jaunes, font face au public, elles crachent du sang. Il y a du *Suspiria* et du *Twin Peaks* dans ces moments horribles magnifiés par des jeux de couleurs criardes. Pendant ce temps, les cactus sont toujours là, impassibles.

Le lendemain, c'est la compagnie Ghislain Roussel qui propose une séance de lecture scénique sous un titre évocateur, *Nous sommes les vampires du capitalisme*. La salle a été réaménagée. La scène a disparu, tout comme les tribunes. Seuls quelques canapés sur lesquels les curieux qui ont répondu présent, sont assis. Ambiance intimiste et conviviale pour deux heures de lectures, et surtout de discussions. En guise de préambule, une photographie d'un requin du Groenland, reconnu pour sa grande longévité, 400 ans. Ses yeux sont infectés par un parasite qui le rend aveugle. La première analogie est faite, nous sommes un requin aveugle et indifférent. Nous sommes les vampires du capitalisme, non pas seu-

Pour sa dernière édition sous l'ère Igniti, le festival Touch of Noir a su piquer la curiosité des assoiffé(e)s de découvertes



La lecture *Nous sommes les vampires du capitalisme* de la compagnie Ghislain Roussel et le trompettiste américain Ambrose Akinmusire à Dudelange

lement les victimes de ce système mais aussi ses créateurs. Une heure durant, Stéphane Ghislain Roussel, Edith Bertholet, Julien Ribeiro et Jean-Philippe Rossignol enchainent la lecture de textes, souvent intéressants. Est aussi projetée une scène du *Nosferatu* de Werner Herzog sur un grand écran. La Transylvanie, Wagner et son *Rheingold*, puis Klaus Kinski, magnétique. Seule manque Myrto Andrianakou, dernière camarade de la compagnie qui a eu un empêchement. En hommage à ses origines grecques, un verre d'Ouzo est proposé aux spectateurs. Sensuit une longue discussion qui part du capitalisme donc, large sujet, puis qui dévie rapidement sur l'art et la culture, même si au final aucun débat de fond n'est vraiment mené. Le projet n'est qu'à ses prémises, à voir maintenant comment il évoluera.

Le festival touche à sa fin le lendemain, jeudi 25 octobre. La salle est comble pour du jazz pur jus. C'est le trompettiste américain Ambrose Akinmusire qui est attendu. Le 12 octobre est paru chez Blue Note son superbe dernier album solo, *Origami Harvest*. On y



retrouve le rappeur californien Kool A.D., qui donne un peu de sa voix, donnant au projet des airs de Jazz Liberatorz. Alliance quasi parfaite entre jazz et musique dite urbaine. Pour sa date dudelangeoise par contre, c'est avec son quartet que le trompettiste a fait le déplacement. Pas de musique synthétique, mais du bon jazz acoustique et brut. Sam Harris est au piano, Harish Raghava à la contrebasse et Justin Brown est à la batterie. Ambrose Akinmusire lance les hostilités. Un superbe solo d'emblée. Son jeu est fluide, il joue sur les graves. Rejoint par ses musiciens, le quartet démarre lentement, très lentement. Toute la première partie du concert donne ainsi l'impression d'assister à une introduction interminable jusqu'à ce que Justin Brown n'offre au public un impressionnant solo qui fait pardonner tout le reste. Le festival touche ainsi à sa fin. Alors que la première semaine a été assez calme en termes de fréquentation, la seconde a su fédérer. Pour sa huitième édition, et dernière sous l'ère Igniti, le festival Touch of Noir a su piquer la curiosité des assoiffé(e)s de découvertes, un peu comme un cactus après tout.

Musique classique

Ultima verba

José Voss

« On peut être tranquille : quand Philippe Herreweghe 's'attaque' à des monuments du répertoire, ceux-ci sortent passablement métamorphosés, et l'on pousse des 'oh !', des 'ah !', tellement ce qui nous

apparaissait un peu rabâché devient avec lui évident, euphorisant. Ce soir, c'est à un merveilleux voyage en Mozartie qu'il nous invitait ». Ce que nous écrivions ici-même, il y a huit ans presque jour pour jour, nous



L'interprétation d'une étincelante noirceur que signe Herreweghe est parfaitement maîtrisée, cohérente de pensée et de geste

les reprenons volontiers, mot à mot, pour ce nouveau périple au bout de la Mozartie auquel le chef gantois nous a conviés, le 23 octobre dernier.

Au programme, deux immenses partitions. Ouvrant la soirée, la *Symphonie n° 41 dite « Jupiter » K 551* convainc par la clarté des plans, la netteté des articulations, la lisibilité de la polyphonie. À cela s'ajoute que l'Orchestre des Champs-Élysées, pure créature du Flamand, tranche agréablement sur la sonorité passablement standardisée des orchestres dits internationaux. En Mozartien né et accompli qu'il est, Herreweghe est ici comme un poisson dans son eau. Main de velours mais poigne de fer, mariant le charme mélodique à l'élégance expressive, il conduit son orchestre, sans cabotinage et sans fanfreluches, droit au but. Au travers de tempos d'une fluidité remarquable, cette page chef-d'œuvrale atteignant des sommets de grandeur lumineuse s'éploie comme dans une sorte de fondu enchaîné. Ni précieux, ni poisseux, ce Mozart a de l'allure. Comparaison n'étant pas raison, on s'abstiendra toutefois de faire le moindre rapprochement avec la version qu'en a donnée, il y a tout juste un mois, Christoph König à la tête des SEL.

Fin 1791, Mozart se meurt. Le 5 décembre, Mozart est mort. Sa main retombe sur la huitième mesure du *Lacrimosa* de son *Requiem K 626*, chant du cygne qu'entoure un halo mystique, notamment en raison de sa composition peu de temps avant la mort

prématurée et mystérieuse de son auteur à l'âge de seulement 35 ans. Sitôt inachevée, l'une des plus fabuleuses pages de l'histoire de la musique sacrée (et de la musique tout court) entre dans une postérité pleine de bruits et de rumeurs. Avec une partition amputée de ses derniers mouvements qu'un honnête mais obscur tâcheron du nom de Süßmayr, qualifié dans la correspondance de Mozart des sobriquets d'« âne » et de « trou-du-cul », s'emploiera à achever. Voilà pour les circonstances tragiques de la genèse de ce chef-d'œuvre absolu, patrimoine immarcescible de l'humanité tout entière, et ce, nonobstant les spéculations et querelles qu'il suscite régulièrement et qui continuent de déchirer les musicologues et chefs de toutes obédiences.

Que dire de l'interprétation d'une étincelante noirceur que signe Herreweghe, « artiste en résidence » de la saison en cours, sinon qu'elle est parfaitement maîtrisée, cohérente de pensée et de geste ? Les qualités de tendresse tragique (*Lacrimosa*), de finesse doloriste (*Agnus Dei*) et de lumière radieuse (*Cum Sanctis*) sont remarquablement servies. Les passages fugués (*Confutatis*, la fugue titanique du *Quam olim Abraham*) sont tout sauf d'assommants penums polyphoniques assenés avec une ponction académique. Pas de phrasés pachydermiques, mais une réalisation tonique, épurée, enlevée et élevée, d'une grande intensité spirituelle, qui plus est, portée à bout de cordes vocales par un qua-

Philippe Herreweghe et ses troupes aux prises avec le dernier Mozart

tuor soliste de haut vol (Emöke Baráth, soprano ; Eva Zaičik, mezzo-soprano ; Maximilian Schmitt, ténor ; Florian Boesch, basse), une réalisation dont la pulsation des cordes dynamise l'élan des envolées chorales, soulève irrésistiblement les chœurs du Collegium Vocale Gent ainsi que les cœurs des auditeurs du grand auditorium de la Philharmonie.

« La mort est une amie », confiait Wolfgang à son père, Leopold. Châtiment divin dans l'opéra *Don Giovanni*, elle n'est ici que miséricorde, espoir, promesse fervente d'une vie future éternelle. Une amie ? Oui ! Et c'est bien aussi ce visage amical, amène, bienveillant de la Camarde que Herreweghe a tenu à dévoiler à un public tourneboulé comme pas deux.



10.11.2018 - 20.12.2018

www.centredart-dudelange.lu



Assan Smati

PASSERI



Myriam Hornard

... AND THE ASHES BLEW TOWARDS US



Zoom op d’Sprooch

Wäerten: Pronosticsverb?



Temporal Liesart mat Hëllefverb: *Hie wäert muer um zéng scho fortgefuer sinn*

François Schanen

Am InfoDesk vun der Uni Lëtzebuerg (*eng Fro iwwer „wäerten“*) versicht e Student d'Reegelen ze entdecken, wéini „wäerten“ eng sécher oder eng onsécher Ausso ausdréckt. Hie schreift: „Et gëtt Leit, déi steif a fest behaapten, soubal ee *wäert* benotzt, wier eng onsécher Zukunft gemengt.“ Am *LOD* awer gi mat der Traditionoun zwou Funktiounen illustréiert: 1) d'Modalverb als Beuerteelungs- oder Aschätzungsverb (*drückt eine Möglichkeit, eine Hoffnung, eine Vermutung, eine Wahrscheinlichkeit aus*); 2) d'Hëllefverb vum sougenannte Futur (*drückt eine Gewissheit über Zukünftiges, eine Drohung aus*). Mee stëmmt dës Ënnerscheedung mat där vun der „onsécherer“ a „sécherer“ Zukunft iwwereneen? D'Äntwert verlaangt schwiereg an delikat Nuancë vu semantesch-grammatische Kategorien (Genus verbi, Modus, Tempus) an erlaabt eng ganz Palette vun Aschät-

Pronostic bedeit, datt d'Propositionoun vun enger Ausso an der Zukunft läit an hire modale Wourechtsgehalt ageschat ka ginn

zungen haaptsächlich wat de Wourechtsgehalt vun de propositionalen Inhalter ugeet.

Eigentlech ass et net déi éischte Kéier, datt „wäerten“ a menge Lëtzebuergesch Sproocherubriken a Zoomen hei am *Land* mat senge Formen, senge Funktiounen a senger Semantik thematiséiert gëtt. D'Fro, ob et „reng Futurformen“ am Lëtzebuergesche gëtt (am Fong gëtt et keng: cf. „No Future? Hu mer e Futur am Lëtzebuergeschen?“), ass schonn e puer mol explizit gestallt ginn, an esou ass am Enseignement vun de lëtzebuergesche Verben² d'Schwiergeeket entstanen, fir dat temporaalt Hëllefverb an dat epistemescht Modalverb *wäerten*³ ausereneenzehalen an, parallel derzou, déi an der traditioneller Grammatikalisierungstheorie zesummegeesate Verbkomplexer oder Futur-I- an Futur-II-„Tempora“ oprechtzeerhalen. *Elo wäerte si gläich fortfuieren* wär e Pronostic vun enger Propositionoun am Futur I an *elo wäerte si bal schonn eng ganz Stonn ënnerwee sinn* wär och e Pronostic, en „Optativ“ iwwer ee scho vollendete Prozess.

Sécher ass et, datt et nëmmen *ee Paradigma vu flektéierte Forme* vum lëtzebuergeschen „wäerten“ gëtt – d'Forme vum sougenannten Indikativ Präsens: *ech wäert, du wäerts, e wäert / si wäert / 't wäert, mir wäerten, dir wäert, si wäerten*. Weder Infinitiv- nach Partizipform: d'lëtzebuergesch „wäerten“ ass, vun de Formen hier, e streng defektiivt Verb!

Eng zweet Charakteristik vum Verb „wäerten“ besteet elo doran, datt et, syntaktesch, ausser engem Nominalgrupp als Subjekt (deen am Passiv ausgelooß ka ginn), och *mat engem Infinitiv oder Infinitivgrupp* (als Propositionoun) funktionéiert. Esou kann et, an der traditioneller Grammaire, kontextuell zu deenen zwou funktionelle Liesaarte féieren: 1) zu enger temporaler mam Hëllefverb „wäerten“ („wäerten“ + Infinitiv Prozessual oder Infinitiv Perfekt: *hie wäert muer fortfuieren; hie wäert muer um zéng scho fortgefuer sinn*) an zu 2) enger epistemesch modaliséierter mam Modalverb „wäerten“: *hie wäert warscheinlech / wuel scho schlofen*.

Hei e puer Beispiller (tëschchen der Futur- an der Modalfunktioun gëtt et kee fërmlechen Ënnerscheid!), déi déi zwou Funktiounen illustréieren: *Si wäerten dat um Emm vun der Woch schonns an Uecht huelen*: Infinitivgrupp Futur I (Aktiv Prozessual). *Si wäerten dat spëttestens muer den Owend an Uecht geholl humm*: Infinitivgrupp Futur II (Optativ vun der Vergangen-heet). *Mir wäerten déi Demande un déi verantwortlech Instanz weiderreechen* (Aktiv Prozessual). *Fir lessen an Drénke wäert scho beschtens gesuergt sinn*. (Passiv, Bilanz). *Du wäerts dech nach wommenen, wat dir geschitt, wann s de mer net d'Wourecht sees*.

D'Paradigmë vum Futur I (*mir wäerten déi Demande weiderreechen*) an II (*déi wäerten déi Demande scho weidergereecht humm*) ginn traditionell als grammatikaliséiert ugekuckt. Mee wann ee si (mat oder ouni explizitte Modal- an/oder Zäitergänzungen) an eng syntaktesch-semantesch Struktur abaut („Beuerteelungs-/Aschätzungsverb vum Spriecher + Propositionale Gehalt vum Infinitiv- oder Infinitivgrupp“), da mierkt ee séier, datt „wäerten“ méi de Wourechtsgehalt vun der Propositionoun ausdréckt, wéi faktesch objektiv d'Zukunft datéiert. An enger Ausso wéi: *Si ass muer de Mëtteg doheim* mat ass am Indikativ Präsens gëtt e Fakt behaapt an eng Propositionoun zäitlech situéiert. Benotzen ech elo de Saz mat *wäerten*, da kléngt éischer déi modal Aschätzung vum Spriecher mat „aller Warscheinlechkeet no“: *Si wäerte muer de Mëtteg* (aller Warscheinlechkeet no) *doheim sinn*. Amplaz den zukünftege Fakt ze behaapten, maa-chen ech kloer e Pronostic iwwer d'Propositionoun: *Si //wäerten // muer de Mëtteg doheim sinn*.

Ganz allgemeng ka gesot ginn, datt d'Präsenz vum Verb „wäerten“ op eng Modalitéit *Pronostic* hweist, wéi d'Modalverben *kann / soll / muss / géing / géif ...* eppes iwwer d'Relatioun vum Subjekt mam Prädikat an der Nominalform (Infinitiv/Infinitivgrupp) aussoen: *De Premier //kann / soll / muss / géing / géif / wäert ... // eng Ried iwwer de Budget halen*! humn déiselwecht syntaktesch Struktur, mee verschidde Modalitéiten a „Spriechakten“.

D'Wuert *Pronostic* bedeit, datt d'Propositionoun vun enger Ausso an enger Zukunft läit. Et bedeit och, datt de Wourechtsgehalt vun dëser Annonce modal ageschat ass. Am Ufank vun eiem Text schwätzt de Student vun enger onsécherer a sécherer Ausso an denkt am Fong un déi onsécher a sécher Zukunft als Ëmstand vun der Propositionoun. Wann d'Ausso e Verb am Indikativ Präsens enthält mat lexikaleschen Temporalmemberen, dann huet een éischer eng faktesch Ausso, mee dat bedeit net onbedéngt, datt déi annoncéiert Zukunft sécher ass: *Hie këmt muer* ass faktesch, mee huet net deeselwechte Wourechtsgehalt wéi: *Hie këmt vläicht muer* (Zweifel). Hëlt een awer de Saz mat *wäert*, da gëtt d'Annonce kloer e Pronostic: *Hie wäert muer* kommen modaliséiert net d'Zukunft, mee déi ganz Propositionoun. Mee mat *wäert* kann een awer och nëmmen d'Resultat vun engem vollendete Prozess virussoen a „pronostickéieren“: *Hie wäert muer ëm zéng schonn do sinn / ukomm sinn*.

¹ Cf. *Lëtzebuergesch Sproocherubriken* (Schortgen, 2013): „6. No future“ (S. 25-27); „47. Mir wäerte manner Wuesstem hunn am Joer 2009“ (S. 111-113: J.-Cl. Juncker); „48. Well ech hunn eng Schwiërmamm“ (S. 113-115); „49. Wat fir Modalitéiten?“ (S. 115-117); cf. InfoDesk: „Eng Fro zu wäerten – Hu mer e Futur am Lëtzebuergeschen?“ (Äntwert vum Caroline Döhmer: Jo, an awer och Nee).

² Cf. zum Beispill F. Schanen / J. Zimmer: 1, 2, 3 *Lëtzebuergesch Grammaire*: „1. Le groupe verbal“ (Schortgen, 2005); Men et formation professionnelle: *Les verbes luxembourgeois* (Binsfeld 2005); P. Gilles, Uni Lëtzebuerg; *Luxogramm, Informationssystem zur Grammatik des Luxemburgischen*; J. Lulling: *Verbentabellen op Lëtzebuergesch* (Delarosa 2014)

³ Cf. Antje Dammel: „Präteritopräsentia im Luxemburgischen – Eigenwege einer verbalflexivischen Sonderklasse“ (S. 159-161: wäerden), in: Cl. Moulin / D. Nübling: *Perspektiven einer linguistischen Luxemburgistik. Studien zu Diachronie und Synchronie*, Heidelberg, 2006

⁴ Cf. *Lëtzebuergesch Sproocherubriken* (Schortgen, 2013) 47, 48 a 49 (Foussnott 1)

Poste vacant

Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse

Le Service national de la jeunesse se propose d'engager

un(e) salarié(e) E

à 40 heures/semaine et à durée indéterminée.

Les candidat(e)s au poste de salarié(e) doivent être titulaires d'un diplôme d'aptitude professionnelle (DAP) ou d'un certificat d'aptitude technique et professionnelle (CATP) dans le métier d'électricien.

La mission consiste à assurer l'entretien et le fonctionnement des centres Marienthal et Hollenfels. Les tâches

y relatives peuvent être consultées à l'adresse internet suivante : <http://postes-vacants.men.lu>

Les candidat(e)s auront une connaissance adéquate des langues luxembourgeoise, française, allemande et anglaise. Ils (Elles) maîtriseront par ailleurs les outils informatiques usuels.

Une première sélection sera faite sur base des dossiers.

Les candidatures accompagnées d'un curriculum vitae, d'une copie du diplôme requis ainsi que d'une photo récente sont à envoyer à
Monsieur le Directeur du Service national de la jeunesse
B.P. 707
L-2017 Luxembourg
pour le 16 novembre 2018 au plus tard.

d'Lëtzebuenger Land

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983

Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Letzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Gérant, rédacteur en chef** Romain Hilgert (48 57 57-22; rhilgert@land.lu), **Rédaction** Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu), Josée Hansen (48 57 57-26; jhansen@land.lu), Ines Kurschat (48 57 57-28; ikurschat@land.lu), Michèle Sinner (48 57 57-20; msinner@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu) **Photos** Sven Becker (sbecker@land.lu) **Administration** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Mise-en-page** Pierre Greiveldinger **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Publicité** Maison Moderne Media Sales 10, rue des Gaulois Luxembourg; boîte postale 728, L-2017 Luxembourg (27 17 27 27-32; francis.gasparotto@maisonmoderne.lu); **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 4,00 € **Abonnement annuel** 140,00 € **Abonnement étudiant/e** 75,00 € **Comptes en banque** CCPLULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLULL : IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGLULL : IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEELULL : IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLULL : IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXLULL : IBAN LU59 0080 0484 9600 1003



Arts plastiques



Des multiples de chez Susse Frères

Marianne Brausch

En affirmant d'entrée de jeu que « Jean Mich (1871-1932) est un des sculpteurs luxembourgeois les plus remarquables de la Belle Époque », le Musée national d'histoire et d'art (MNHA) donne le ton : la fierté de présenter un artiste qui certes en son temps était connu, mais qui aujourd'hui est sinon oublié, en tout cas peu connu.

Une autre particularité de cette exposition, que l'on pourra voir jusqu'au 31 mars de l'année prochaine, au premier étage du musée du Fëschmaart,

c'est que le co-commissaire de l'exposition (avec Régis Moes, conservateur au musée, qui précise comptabiliser 19 œuvres de l'artiste), n'est autre qu'une personnalité du monde politique luxembourgeois : le député socialiste Alex Bodry est, comme l'indique le colophon, un collectionneur passionné de Jean Mich.

« Un sculpteur luxembourgeois à Paris », est le sous-titre choisi assurément pour attirer le visiteur mais aussi, parce que Jean Mich n'était effecti-

vement pas un inconnu dans la capitale française vers 1900 et bien au-delà, puisqu'il a travaillé en Chine, à l'occasion de plusieurs séjours, entre 1903 et 1910. Un pays qu'il ne reverra pas par la suite, car chassé, comme son ami l'ingénieur Eugène Ruppert, qui y travailla sur d'importants chantiers d'infrastructure, par la révolution de 1911. Et parmi ceux qui connaissent Jean Mich encore aujourd'hui, c'est beaucoup grâce à une de ses pièces extrême-orientales, *Chih-Fan riant*, reprise en 1999 par l'artiste contemporain Juan Munoz...

Un sculpteur luxembourgeois connu le succès jusqu'en Chine : Jean Mich est à découvrir au MNHA

Mais revenons au parcours hors normes et aux autres œuvres, de Jean Mich, natif de Machtum. Dans la chronologie de la vie de l'artiste présentée au MNHA, on peut voir un touchant portrait, sans doute réalisé d'après une photographie, car il en a la pose statique, de ses parents qu'il réalisa tout jeune au crayon. Leurs origines modestes ne le prédisposaient assurément pas à faire des études artistiques à Paris et à Munich, ni à travailler dans un atelier-studio du quartier de Montparnasse, effectivement l'endroit par excellence de l'effervescence artistique au tournant du siècle dernier. Une photographie le montre travaillant en 1902 chez lui, dans la renommée et chic rue Campagne-Première.

On verra aussi dans l'exposition que Jean Mich, outre la sculpture, avait un coup de crayon assuré et enlevé. C'est démontré par des lithographies pour la revue luxembourgeoise *Aih-Da* et les champagnes Mercier en 1907. Connu et apprécié à l'époque dans son pays natal, Jean Mich fut un des membres fondateurs du Cercle artistique, il est l'auteur du monument à Laurent Ménager au Pfaffenthal (1905), de sculptures pour la Caisse d'Épargne (1912), du monument à l'homme le plus fort du monde, John Grün à Mondorf (1914). Mais en 1920, c'est Claus Cito qui remportera le premier prix du concours pour le monument aux soldats ayant combattu dans les rangs français en 1914-1918, plus connu sous le nom de *Gëlle Fra*. La proposition de Jean Mich constitue une pièce maîtresse de l'exposition monographique mais on peut imaginer que la facture très Arts Nouveaux de la jeune femme laissant tomber d'une main des pétales de roses de la gerbe qu'elle tient dans l'autre, avait un côté moins hiératique et solennel que la figure féminine aux bras levés et au corps comme sculpté par le vent de la proposition de Cito.

Les roses, qui étaient une spécialité horticole luxembourgeoise, reviennent de manière récurrente dans l'œuvre de Jean Mich, tout comme le sourire non seulement sur le visage de cette jeune femme, mais d'autres pièces, ce qui donne – et cela est dit dans l'exposition – une expression en-

fantine (pour ne pas dire un peu niaise) et stéréotypée (donc réductrice) à ses représentations des Asiatiques. Déjà exposée à Liège en 1913, puis au Salon des artistes français de 1914, *Chih-Fan* devient néanmoins une pièce à succès de la fonderie parisienne Susse Frères vers 1921-22. Elle est alors tout à fait dans le goût du public pour les objets décoratifs à caractère extrême-oriental.

Jean Mich, ayant dû quitter la Chine où il laissa en plan à cause de la révolution chinoise un important projet de monument au vice-roi à Hanyang (avec son ami luxembourgeois l'ingénieur Eugène Ruppert), s'installa comme artisan-sculpteur en 1922 à Arcueil dans la région parisienne, où il meurt en 1932.

L'exposition *Jean Mich (1871-1932), un sculpteur luxembourgeois à Paris*, est à voir au Musée national d'histoire et d'art (MNHA), Fëschmaart, Luxembourg-ville, jusqu'au 31 mars 2019 ; ouvert du mardi au dimanche de 10 à 18 heures ; nocturne le jeudi jusqu'au 20 heures ; www.mnha.lu.



Proposition pour le monument aux soldats

Exposition

Un grand pas, un nouvel outil

Lucien Kayser

La paire d'expressions du titre salue le cubisme à son avènement, elle est due au galeriste Daniel-Henry Kahnweiler, « un grand pas est accompli, un nouvel outil est forgé », il compte parmi les premiers, et ils n'étaient pas nombreux, à se rendre compte de la révolution esthétique qui se faisait, car il ne s'agissait de rien moins que de l'éclatement de la forme homogène. Et cela choquait, scandalisait, c'est une de ces réactions toutes négatives, d'un critique, qui a fini par donner son nom à la nouveauté. L'exposition du Centre Pompidou, et comme il serait faux de dire que l'on connaît trop bien, met en exergue les propos moqueurs de Louis Vauxcelles, dans le quotidien *Gil Blas*. Nous sommes en 1908, Braque expose son *Grand Nu* (il est juxtaposé ici à une sculpture en pierre de Derain) : « M. Braque est un jeune homme fort audacieux. Il méprise la forme, réduit tout à des schémas géométriques (voilà pour le cube justement)... Ne le railloons point, puisqu'il est de bonne foi. Et attendons. » Sans doute que notre critique lui aussi était de bonne foi, il a eu la surprise la connaître la suite, il est mort en 1943 seulement.

Voilà pour les commencements, du côté de la réception du moins. Plus sérieusement, l'exposition montre ce qui a précédé, a été plus ou moins déterminant pour Picasso et Braque, les deux initiateurs. *Les Demoiselles d'Avignon* ramènent à l'archaïsme, au



Les Nus, tout en cubes, de Braque et Derain

primitivisme, c'est un choc auquel Braque répond par sa sculpture, une femme dans toute sa beauté naturelle, dit-il, je n'ai pas l'habileté, personne ne l'a. Son ambition est autre, démesurée : « Je veux exposer l'Absolu et non simplement la femme factice ».

Pour la géométrisation, on se reportera bien sûr à Cézanne, une salle entière en témoignage, et paysages et natures mortes donnent à leur tour cette nouvelle manière de traiter la nature, suivant le maître de la montagne Sainte-Victoire. Et plus tard ce sera Apollinaire, toujours aux côtés de ces peintres, jusqu'à sa mort en 1918, des suites de

sa blessure à la tête par un éclat d'obus, qui rejettera la réalité de vision, pour celle de la conception. La concomitance frappe, la même année 1918, Ozenfant et Jeanneret publient *Après le cubisme*, leur manifeste du purisme, et l'année suivante, c'est Cendrars, toujours des poètes les accompagnant, qui pose la question pourquoi le cube séffrite.

L'exposition, de la sorte, s'étend sur une dizaine d'années, pas plus. C'est suffisant, vu les chefs d'œuvre qui font plaisir aux yeux, et le fait d'en revoir y est pour beaucoup. Et puis il y a ce qu'on pourrait appeler le cubisme, ou mieux les cubistes, dans tous leurs états, dans leur diversité, à commencer par ceux qui ont suivi et fait les beaux jours des salons, les Léger, Delaunay, Gris, et ce fut l'éclatement de la couleur (alors que le cubisme se trouve à tort souvent réduit à la monochromie, et celle-là en plus estompée). Et puis la sculpture, et si Apollinaire avait constaté déjà qu'on peut peindre avec ce qu'on voudra, que dire de la sculpture, des matériaux employés, des constructions dont on a l'audace.

Pour cette dernière qualité, le visiteur s'attachera le plus à la salle consacrée aux collages, aux papiers collés, aux assemblages. Sous les doigts de Picasso, de Braque aussi, c'est l'invention constante, et notre émerveillement. Et une radicalité qui frappe, d'autant plus fort en opposition à Henri Laurens par exemple, de l'enjouement, certes, mais moins de rigueur, moins de force. Les constructions en forme de guitare de Picasso, que de matériaux y entrent, jusqu'à la tôle et la plaque de métal et fer fera près de 80 centimètres.

C'est la guerre, dans un gigantisme tout autre, on a vu la toile à Metz, elle n'est pas exposée à Paris, le rideau de scène du ballet *Parade*. Chant du cygne, une sorte d'adieu ? Un autre temps s'annonce très vite, des fois en opposition, avec Matisse, dans la dernière salle de Beaubourg, sa Porte-fenêtre à Collioure, dès 1914, sa *Tête blanche et rose*. Et d'autres, Mondrian, Marcel Duchamp, ouvriront des horizons plus lointains.

L'exposition *Le Cubisme* au Centre Pompidou, niveau 6 galerie 1, dure jusqu'au 25 février 2019, ouvert tous les jours sauf le mardi de 11 à 21 heures, nocturnes le jeudi jusqu'à 23 heures ; centrepompidou.fr.

STIL

Les lumières de la *Stad*

Cyril B.

En cette saison, nombreux sont ceux qui partagent le plaisir un peu coupable de jeter un coup d'œil aux intérieurs douilletts, coquets, blafards ou glauques, des gens déjà rentrés chez eux à la tombée de la nuit. Ceci dit, la notion de sphère privée ne signifie plus grand-chose depuis que tout un chacun expose fièrement ses nouvelles idées déco sur Pinterest ou partage son intimité sur les réseaux sociaux. Du coup, les nuits allongées dévoilent

d'autres intérieurs susceptibles d'intéresser les curieux coincés dans les embouteillages ou les autobus. Ce sont ceux des bureaux, violemment éclairés par des lumières vives, exposés au regard de tous, au travers de larges fenêtres symbolisant tout autant l'hypocrite image de transparence des entreprises et des administrations modernes que le manque d'imagination des architectes qui copient-collent des façades en verre et acier depuis quelques décen-

nies. Mieux que les « journées portes ouvertes », les « nocturnes lumières allumées » exposent à tous les beautés cachées que recèlent les *open-spaces*, depuis le boulevard Royal jusqu'à l'avenue JFK, en passant par la Cloche d'Or.

Visiblement, les tendances décoration de l'entreprise-qui-n'a-rien-à-cacher obéissent à des codes qui semblent encore plus stricts que le feng-shui :



L'imprimante partagée devient ainsi, après la kitchenette et l'ascenseur, le troisième lieu de socialisation de l'entreprise

Les bureaux en stratifié clair, les fauteuils ergonomiques à assise et accoudoir réglables, la moquette grise, les lampes en acier et le porte-manteau pour quatre constituent l'équipement de base de l'employé de bureau, sans doute aussi interchangeable que le mobilier. Il faut avouer que c'est un environnement qui semble plus propice aux clics de souris, aux sonneries de téléphones à bas volume et aux clapotis des claviers qu'au chant des oiseaux, à l'hilarité partagée et aux rêveries créatives.

Déjà débarrassée des encombrants écrans cathodiques des ordinateurs, des tapis de souris, des armoires à classeurs, des fax et, dans une large mesure, des documents en papier, la place de travail arbore une esthétique ascétique et, disons, pour le moins épurée. Si l'écolo local ne voit pas de paradoxe à aller chercher sa salade au quinoa bio et sa limonade aux baies de goji au volant de sa Porsche Panamera, il aura néanmoins à cœur de conforter sa bonne conscience en renonçant à son imprimante personnelle. L'imprimante partagée devient ainsi, après la kitchenette et l'ascenseur, le troisième lieu de socialisation de l'entreprise, où l'on imagine que managers et collaborateurs se croisent et partagent des banalités sur les prix de l'immobilier, les embouteillages ou les malheurs du F91 Dudelange en Europa League.

Même la décoration se doit d'être aseptisée, et l'on peut sans doute expliquer l'envolée des prix de l'art contemporain par la seule nécessité d'accrocher une toile dans chaque bureau de chef et une lithographie tous les dix mètres d'*open-space*. Force est de constater que le politiquement correct s'accommoderait assez mal d'une odalisque d'Ingres ou d'une aquarelle provocante d'Egon Schiele.

C'est peut-être ce qui pousse, en réaction, une certaine tendance à la personnalisation. Malgré les avancées en termes d'égalité des sexes, si les mamans se voient souvent offrir des cadeaux pour leur intérieur,

la fête des pères est souvent l'occasion de remplir les bureaux masculins de preuves d'amour, moches mais attendrissantes. Le mug décoré à la gouache qui vous laisse les lèvres violettes après votre café de 10h30, le cadre photo décoré avec des bouchons en plastique ou le pot de fleur incroyablement métamorphosé en pot à crayons ornent ainsi les bureaux des privilégiés qui ont une place fixe. Les autres se résignent certainement à contempler leur seul voisin semblant s'épanouir dans cet environnement aussi lumineux qu'hostile : le ficus, ou le yucca, dernière trace de vie dans ces univers aseptisés, et lointaine réminiscence d'un monde où la jungle ne se limitait pas à une compétition pour avoir la dernière portion de bouchée à la reine à la cantine, obtenir la prochaine promotion ou avancer d'une place dans la liste d'attente pour avoir droit à une place de parking.

Ceci dit, il ne faut jamais désespérer de l'humanité, et le salut vient parfois des sources les plus inattendues. C'est ainsi que l'on peut remarquer, depuis quelques années, la multiplication de gros ballons, de préférence de couleur bien clinquante. On se plaît à imaginer les employés, badge autour du cou, tentant de garder l'équilibre assis sur ces grosses boules oranges pendant qu'ils passent des ordres de bourse, traitent votre dossier, ou répondent au téléphone. Comme souvent, le meilleur, ce n'est pas ce que l'on voit, c'est tout ce que cela laisse imaginer !



L'endroit

Dès son ouverture, le *wine bar La Réserve* à Limpertsberg fit un énorme tabac. Cela grâce au service des adorables serveuses, certes, et de son agréable intérieur. Mais avant tout grâce à son exceptionnel rapport qualité-prix. De bons pinards y sont offerts à un prix moyen de six à huit euros, alors qu'ailleurs cela grimpe facilement au-dessus de dix et même quinze euros le verre. Même chose pour les tapas, en général en-dessous de dix euros la portion. Depuis quelques semaines, un *take-out* s'est rajouté au bar à vin, à la Place Guillaume à l'entrée du passage vers la Place d'Armes (photo : GD). Côté vins et alcools forts, on y retrouve surtout des marques nationales, comme Alice Hartmann, Schmit-Fohl, Legill, Claude Bentz etc. Deux régions étrangères sont proposées de façon alternative tous les deux mois pour diversifier l'offre. Très intéressant aussi, le comptoir avec les cochonnailles, charcuteries et autres fromages. Des produits rares y sont proposés, comme un délicieux lard de Venise qui se prête bien à l'apéro en fines tranches sur du pain grillé. Ou encore du jambon noir de Parme, de la *sobresada*, du boudin noir ou du bœuf séchés. Des mélanges sur plateau peuvent être composés à partir de 8,20 euros par personne. Cerise sur le gâteau : la Réserve vend aussi les baguettes croquantes de chez Au pain de Mary, ainsi que son onctueux nantais. À consommer sans modération. GD

L'événement

Il y a quelques jours fut révélé le nom de l'enseigne qui allait occuper le *rooftop* du fameux Centre Hamilius. **Manko** est un restaurant péruvien de la prestigieuse avenue Montaigne à Paris, à quelques mètres du non moins glamour Plaza Athénée (photo : GD). C'est au sous-sol du Théâtre des Champs Élysées que Gastón Acurio, Chef péruvien de renom, a installé la première de ses dépendances européennes il y a à peine trois ans (*manko-paris.com*). Acurio est celui qui a le plus contribué à la renommée de sa cuisine nationale à travers le monde. Ses franchises se comptent par douzaines, ses propres établissements itou. À Paris, il s'est associé avec le chanteur Garou, alors qu'en salle trône le phénix des nuits parisiennes Tony Gomez, entrepreneur de l'amusement tous azimuts, qui créa successivement l'Amazional, le Banana Café et l'Étoile et a relancé des boîtes comme Chez Castel ou le Queen, avant de reprendre la direction du célebrissime Fouquet's en 2015. Dans l'antre sombre du Manko, il est l'élément lumineux, très à l'écoute de la clientèle qui le suit jusque dans les soirées cabaret organisées dans le bar-maison. Dans l'assiette, que des spécialités délicieuses, à leur tête l'*aeropuerto*, plat national dont le mélange astucieux est descriptif de ce qu'est la cuisine péruvienne : de la vraie fusion gouteuse et bien plus complexe que les seuls *ceviche* et le *pisco sour* que l'on connaît partout. Nous y reviendrons dès ouverture du Manko-Luxembourg. GD

L'endroit

Lorsque le Chef d'un restaurant se fait la malle et laisse la place à son second, on est curieux de savoir si l'endroit va évoluer dans la continuité et la même qualité. Au **Twosixtwo** de la route d'Arlon, nous répondrons « positif » suite à un déjeuner agréable. Après des années de bons et loyaux services, le couple Catherine et Julien Elles a tourné le dos à l'empire commercial Smets pour évoluer vers de nouveaux horizons (à découvrir). Baptiste Heugens, le second, a repris le tout sans frustrer la clientèle maison. À part avoir rendu plus lumineux l'énorme loft avec vue sur champs en blanchissant ses murs (photo : GD), le nouveau cuistot n'a pas choqué les habitués par un changement de direction culinaire conséquent. Baptiste Heugens est en adéquation avec ce qu'il a appris en maison et réalise des assiettes fort agréables à regarder et surtout à déguster. Le choix est réduit, mais bien équilibré et le végétarien s'y retrouvera autant que l'amateur de viande, de poisson ou de volaille. Le risotto aux champignons des bois et la canette façon thaï que nous y avons dégustés lors de notre passage étaient parfaits, de toute finesse et de cuisson parfaite. Les amateurs de sucré ne s'arrêteront pas au menu en deux temps (trente euros), car les desserts ne sont pas en reste, et même le crémeux au chocolat ne viendra pas alourdir l'agape, sa substance étant aussi légère qu'onctueuse. Le jeune Chef promet de rajouter quelques éléments de séparation et des plantes à la déco, histoire de rendre le cadre encore plus *cosy*. GD

Entre chien et loup

On appelle « entre chien et loup » le moment qui précède le crépuscule, l'heure de tous les dangers quand les contours des choses s'effacent et qu'on voit les loups garous sortir de leurs repaires et les feux follets s'allumer dans les sous-bois.

Dans son livre porté par un souffle narratif exceptionnel, l'historien Henri Wehenkel dresse le portrait de seize Luxembourgeois pris dans l'engrenage de la Collaboration –

grands bourgeois, ouvriers montés en grade, journalistes *völkisch*, cadres techniques ambitieux, artistes conformistes... L'auteur pénètre jusqu'aux niveaux des enjeux, des lieux de décision, des endroits où les chemins se séparent et où il faut choisir. Le livre donne à sentir ces choix dans toute leur urgence sans pour autant faire de jugement de valeur. Il s'agit, selon l'auteur, d'« éclairer les recoins obscurs de la société luxembourgeoise ».

Le livre de 304 pages richement illustré et qui se base sur une série d'articles du *Lëtzebuurger Land*, est disponible en librairie au prix de 29 euros ou peut être commandé en ligne sur www.land.lu, par téléphone 48 57 57-32, courriel land@land.lu ou fax 49 63 09.

